

Stenographisches Protokoll.

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

V. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 16. Dezember 1947.

Inhalt.

1. Personalien.

Krankmeldung (S. 1937).

2. Ausschüsse.

Zuweisung der Anträge 118/A und 119/A (S. 1937).

3. Regierungsvorlage.

Bundesgesetz, womit das Warenverkehrsbürogesetz abgeändert und seine Geltungsdauer verlängert wird (516 d. B.) — Ausschluß für Handel und Wiederaufbau (S. 1937).

4. Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (464 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1948 (497 d. B.).

Spezialdebatte:

Gruppe X, umfassend Kapitel 19: Land- und Forstwirtschaft, und Kapitel 28, Titel 3: Österreichische Bundesforste (Fortsetzung).

Redner: Honner (S. 1937), Widmayer (S. 1941), Prirsch (S. 1946), Rosenberger (S. 1950), Mitterdorfer (S. 1952), Spielbüchler (S. 1955), Ing. Kottulinsky (S. 1956), Voithofer (S. 1958), Ludwig Mayer (S. 1960), Tazreiter (S. 1961) und Traußnig (S. 1962).

Gruppe XI, umfassend Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten.

Spezialberichterstatte: Aichhorn (S. 1964);

Redner: Fischer (S. 1965 und S. 1972), Kostroun (S. 1968), Kristofics-Binder (S. 1974), Porges (S. 1976), Dr. Scheff (S. 1977), Brunner (S. 1980), Krisch (S. 1982) und Dr. Kolb (S. 1984).

Gruppe XII, bestehend aus Kapitel 22: Ernährungswirtschaft.

Spezialberichterstatte: Proft (S. 1985);

Redner: Honner (S. 1986), Hilde Krones (S. 1989), Hinterdorfer (S. 1992), Horn (S. 1996), Dr. Nadine Paunovic (S. 1999), Krisch (S. 1999), Rupp (S. 2001), Gierlinger (S. 2003) und Mayrhofer (S. 2005).

Abstimmungen:

Annahme der Gruppen VI bis VIII (S. 1952);

Annahme der Ausschlußentscheidungen zu den Gruppen VI und VIII (S. 1952).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 10 Minuten.

Präsident **Kunschak** eröffnet die Sitzung. Krank gemeldet ist der Abg. Dr. Nemezc.

Die Anträge 118/A und 119/A wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Von der Bundesregierung ist folgende Regierungsvorlage eingelangt:

Bundesgesetz, womit das Warenverkehrsbürogesetz vom 27. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 112, abgeändert und seine Geltungsdauer verlängert wird (516 d. B.).

Sie wird dem Ausschluß für Handel und Wiederaufbau zugewiesen.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen und die Spezialdebatte über die Gruppe X des Bundesvoranschlags 1948 fortgesetzt.

Abg. **Honner**: Hohes Haus! In einem Lande wie dem unseren, das gegenwärtig nicht genügend landwirtschaftliche Produkte zu erzeugen vermag, um seine Bevölkerung halbwegs zu ernähren, ist bei allen zu treffenden Maßnahmen von entscheidender Bedeutung, daß berücksichtigt wird, was der Boden unseres Landes zu produzieren vermag und wie diese Produkte verwendet werden sollen. Von den Leistungen und den Aufbringungen unserer

Landwirtschaft hängt ein wesentlicher, man könnte sagen, ein entscheidender Teil unserer Ernährung ab.

Es ist richtig, daß wir selbst bei vollster Ausnützung der zur Zeit unserer Landwirtschaft gegebenen Möglichkeiten nicht in der Lage wären, auf allen Gebieten den Ernährungsstand der Vorkriegszeit zu erreichen oder gar einen Ernährungsstand, wie er vor der Nazizeit und vor dem Kriege war, sicherzustellen. Wir waren aber in der Vornazizeit und in der Zeit vor dem Kriege auf verschiedenen Gebieten unserer Ernährungswirtschaft schon so weit, den Bedarf unseres Volkes aus eigenen Aufbringungen zur Gänze oder nahezu zur Gänze zu decken. Wir haben unseren Brotmehlbedarf aus dem Ertrag unserer Roggenernte weitgehend decken können. Wir produzierten annähernd unseren Kartoffelbedarf, wir produzierten mehr Zucker, mehr Milch, Käse und Butter, als wir selbst verbrauchten. Wir konnten von diesen heute so seltenen Dingen sogar ins Ausland exportieren. Wir wissen schon, daß diese früheren Möglichkeiten infolge der Auswirkungen der Kriegszeit und der Kriegshandlungen, infolge der Vernachlässigung der

1938 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

Anbauflächen und der Verlüderung des Bodens in der Nazizeit und infolge der teilweisen Senkung des Viehstandes eine Einschränkung erfahren haben.

Hier aber stellt sich sofort von selbst die Frage: Haben wir in den zweieinhalb Jahren seit unserer Befreiung vom Nazijoch wirklich alles getan, um mit diesen kriegsbedingten Schwierigkeiten einigermaßen fertig zu werden? Wollen wir selbst kritisch sein, dann müssen wir feststellen, daß nicht alle Anstrengungen gemacht wurden, um die Erzeugung unserer heimischen landwirtschaftlichen Produkte systematisch zu steigern.

Vor kurzem wurde in der Presse die Feststellung gemacht, daß in Österreich mindestens 600.000 ha Bodenfläche durch Bewässerung oder Entwässerung in landwirtschaftliche Nutzflächen umgewandelt werden könnten. Meine Partei hat schon in den ersten Wochen der Provisorischen Staatsregierung durch ihre Vertreter in dieser auf diese Möglichkeiten der Vergrößerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche hingewiesen und dabei verlangt, daß in dieser Richtung energische Schritte zur Verbesserung unserer Eigenversorgungslage unternommen werden.

Geschehen ist aber bisher in dieser Beziehung noch nichts. Allerdings wurde dem Parlament ein sogenanntes Wasserbautengesetz vorgelegt, das auch in dieser Beziehung einige Maßnahmen vorsieht. Wir haben in Verbindung mit dieser Frage auch darauf hingewiesen, daß durchgreifende Maßnahmen getroffen werden müssen, damit jeder Quadratmeter brachliegenden Bodens auch tatsächlich der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werde, um ein Höchstmaß an Eigenaufbringung landwirtschaftlicher Produkte zu erreichen. Die Gemeinde Wien, wie auch andere Städte und Industriegemeinden unseres Landes haben in Verfolg dieser Parole Gärten und andere landwirtschaftlich ungenützte Grundstücke der Bearbeitung und Bebauung zugeführt und damit die Versorgung der Bevölkerung vor allem mit verschiedenen Gemüsesorten wesentlich erleichtert.

Aber wir stellen fest, daß zur selben Zeit und bis zum heutigen Tag draußen in den landwirtschaftlich ertragreichen Gebieten unseres Landes immer noch große Flächen Ackerbodens brach liegen bleiben, weil die Besitzer dieses Bodens, vor allem die Großgrundbesitzer, an seiner Bebauung wenig Interesse zeigten und noch immer zeigen. Dies, obwohl wir ein Gesetz haben, das sie zur restlosen Bebauung ihrer Ackerflächen verpflichtet und, falls sie es nicht tun, auch Maßnahmen vorsieht, um sie dazu zu zwingen. Man hat es wohl an Appellen und auch an geharnischten

Aufrufen an diese Saboteure unserer Ernährungswirtschaft nicht fehlen lassen, aber die angedrohten Strafmaßnahmen blieben wirkungslos, weil diejenigen, an deren Adresse sie gerichtet waren, wußten, daß ihnen schon nichts passieren werde. Daher ist auch die Wirkung solcher Appelle und Aufrufe meistens ausgeblieben.

Wenn es nun aber trotz vielfacher Sabotage seitens der Großgrundbesitzer noch nicht zu einem völligen Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft gekommen ist, dann danken wir dies der großen Zahl der kleinen und mittleren Bauern, den Keuschlern und Pächtern, die ungeachtet vieler Schwierigkeiten jedes Fleckchen Boden emsig bebauten und bearbeiteten und ihre Erzeugnisse auch brav und willig abliefern, oft sogar mehr als ihnen vorgeschrieben war. Diesen braven Bauern gebührt der Dank unseres Volkes, und ihnen möchte ich auch von dieser Stelle aus den Dank meiner Partei zum Ausdruck bringen. (Ruf bei der ÖVP: Na, die werden sich aber freuen!) Es ist ein Unglück für unser Land und für unsere Ernährungswirtschaft, daß sich der beste und ertragreichste Boden leider nicht in den Händen dieser fleißigen, dem arbeitenden Volke verbundenen und unserer Heimat treu ergebenden Bauern befindet (Ruf bei der ÖVP, sondern in den Händen der Besatzungsmacht!) sondern noch immer in den Händen von Bodenwucherern und Bodenspekulanten, in den Händen der Großgrundbesitzer, die seit eh und je die Feinde unseres Volkes und der Masse der Bauern gewesen und geblieben sind. In zahlreichen Ländern wurde der Boden den Großgrundbesitzern abgenommen und jenen gegeben, die ihn bearbeiten und bebauen, den Bauern. Den Boden den Bauern, die ihn auch bearbeiten — gerade das fordert auch in Österreich immer wieder die Kommunistische Partei.

Es ist jetzt zwei Jahre her, daß der Herr Bundeskanzler Ing. Figl in seiner Regierungserklärung über die Notwendigkeit der Bodenreform und ihre eheste Durchführung auch in Österreich gesprochen hat. Viele tausende Landarbeiter, Bauernsöhne und landarme Bauern haben diese Regierungserklärung mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen. Sie sahen und sehen in der Bodenreform den Weg für sich, aus Knechten und Lohnsklaven der Großbauern und Großgrundbesitzer wieder freie Bauern zu werden. (Ruf bei der ÖVP: Siehe Rußland!) Aber auch in dieser Beziehung hat die Regierung, haben die beiden Koalitionsparteien nichts unternommen, um das gegebene Wort der Regierung auch einzulösen. Die Regierungskoalition hat sich aber nicht nur über die eigene Regierungserklärung des Jahres 1945, sondern auch über die einstimmigen

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1939

Beschlüsse der Landtage von Niederösterreich und des Burgenlandes hinweggesetzt. Am 15. April dieses Jahres hat der burgenländische Landtag die Regierung und den Nationalrat einstimmig aufgefordert, die Vorarbeiten für die Durchführung der Bodenreform zu beschleunigen und zum Abschluß zu bringen. Am 1. Juli dieses Jahres hat der niederösterreichische Landtag einen einstimmigen Beschluß im gleichen Sinne gefaßt. Aber um diese Beschlüsse kümmern sich weder das Landwirtschaftsministerium noch die Regierung, noch die gegenwärtige Koalition als Ganzes. Auch der Nationalrat selbst läßt jede Initiative in dieser Frage vermissen. Im Budget für das Jahr 1948 sind wieder keine Mittel für die Durchführung der Bodenreform vorgesehen.

Die Forderung nach der Bodenreform ist die Forderung der breiten Masse unserer Landbevölkerung. Viele Heimkehrer, die sich jetzt der Landwirtschaft zuwenden möchten, finden keinen Boden, weil er sich noch immer in den Händen der Großgrundbesitzer, darunter nicht weniger ausländischer, befindet. Viele Kinder der bäuerlichen Bevölkerung sind gezwungen, die ihnen lieb gewordene Scholle zu verlassen, weil ihr kleines Ausmaß sie nicht ernähren kann. Viele tausende Landarbeiter würden das Leben auf dem Dorfe dem in der Stadt vorziehen, wenn sie so viel Grund und Boden ihr Eigen nennen könnten, um damit eine Familie schlecht und recht zu ernähren. Aber, man verweigert ihnen, worauf sie berechtigten Anspruch hätten.

Seitens der Österreichischen Volkspartei wird uns entgegengehalten, daß in Österreich die Bodenverteilung so ungünstig ist, daß für einen Großteil unseres Staatsgebietes die Bodenreform überhaupt nicht in Frage kommt. Es bestreitet niemand — auch wir nicht —, daß die Bodenreform in den Alpengebieten anders durchgeführt werden mußte als im Flachland, im Burgenland anders als in der Steiermark. Aber das ist kein Grund, die Durchführung der Bodenreform überhaupt zu verzögern oder ganz zu verweigern. Die Tatsache, daß 366.000 Bauern mit Betrieben unter 20 ha knapp 2 Millionen Hektar Boden haben und 6000 Großgrundbesitzer 3.5 Millionen Hektar besitzen, ist so aufreizend, daß sie auf die Dauer nicht bestehen bleiben kann. Die Regierung, die sich weigert, die Bodenreform durchzuführen, stellt sich auf die Seite der 6000 Großgrundbesitzer und gegen die 366.000 Bauern.

Die Vertreter des landwirtschaftlichen Sektors der Österreichischen Volkspartei führen ständig Klage über die Landflucht und den Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft. Sie unterziehen sich aber nicht der Mühe, nach den Ursachen der Landflucht zu forschen. Es ist

eine bekannte Tatsache, daß vor 1938 aus keinem Teile Österreichs so viele arbeitsfähige Menschen ausgewandert sind wie gerade aus dem Burgenland. Was trieb sie zur Auswanderung? Der Boden des Burgenlandes befindet sich zum größten Teil in den Händen magyarischer Fürsten, ehemaliger Habsburger-Sprößlinge und diverser Fürsten, Grafen und Freiherrn. Diese plünderten die burgenländische Landbevölkerung, sie beuteten die Landarbeiter maßlos aus und trieben sie dadurch von der heimatlichen Scholle. Im Burgenland besitzt jeder Großgrundbesitzer durchschnittlich so viel Äcker und Weiden, wie 56 und so viel Wald wie 342 Bauernfamilien. 41 Prozent der burgenländischen Bauern sind gezwungen, von diesen ungarischen Fürsten, Grafen und Habsburger-Prinzen zu den drückendsten Bedingungen Boden zu pachten. Sie schufteten und rackerten daher nicht für sich, sondern für die Herren des Bodens.

In Niederösterreich hat jeder Großgrundbesitzer durchschnittlich 544 ha, davon 116 ha landwirtschaftliche Nutzfläche; der Bauer hingegen nur durchschnittlich 1.8 ha. Darum müssen die Hälfte der niederösterreichischen Bauern ebenfalls Boden zu sehr drückenden Bedingungen von den meist feudalen Grundherren pachten.

Geben Sie den Bauern Boden und Sie werden eine wesentliche Ursache der Landflucht und des Arbeitermangels in der Landwirtschaft beseitigt haben! Die Verteidiger des Großgrundbesitzes, die auch hier im Parlament sitzen, erklären immer wieder, daß sie gegen die Bodenreform sind, weil sie das geheiligte Privateigentum verteidigen. Dabei aber verschweigen sie, daß der Großgrundbesitzer in Österreich, wie auch anderswo, zum Großteil durch Bauernlegen, also durch gewaltsame Enteignung entstanden ist. Das sagt ihnen die Geschichte unseres Landes und das Studium der zahlreichen Kriege, die die Bauern auch unserer Heimat für ihre Befreiung geführt haben.

Die Bodenreform gibt also den Bauern nur zurück, was ihnen schon früher gehörte, was man ihnen im Laufe einiger Jahrhunderte geraubt und abgeschwindelt hat. Allein in diesem Jahrhundert wurden auf dem Gebiet des heutigen Österreich viele tausend Bauerngehöfte gelegt und ein großer Teil ursprünglichen Acker- und Wiesenlandes in freiherrliche Jagdgründe umgewandelt.

Wer gegen die Bodenreform ist, schützt also die hochgeborenen Landräuber, die Liechtenstein, Sprinzenstein, Hoyos, Auersperg, die Habsburger und die Rothschild, jene Leute, die ihren Grundbesitz durch die Vernichtung vieler tausender Existenzen österreichischer Bauernfamilien erworben haben.

1940 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

Von den Gegnern der Bodenreform wird oft auch behauptet, daß der Großbetrieb wirtschaftlicher und rentabler sei als der Kleinbetrieb, daß die Sicherung unserer Ernährung nur durch den Großbetrieb möglich sei. Die amtliche Statistik beweist aber das Gegenteil. Die kleinen und mittleren Betriebe sind es derzeit, die Österreich mit Brot versorgen. Während bei den Großbetrieben von der landwirtschaftlich genutzten Fläche weniger als 15 Prozent als Ackerland und der Rest als Wiesen und Weiden benutzt werden, nutzen die Bauern 63 Prozent ihres Bodens als Ackerland aus. (Ruf bei der ÖVP: Wie ist das bei den Russenbetrieben?) Darüber kann ich Sie ja einmal informieren, jetzt fehlt mir die Zeit dazu. Die amtlichen Statistiken beweisen, daß auch in normalen Zeiten der Großgrundbesitzer viel mehr Boden brach liegen ließ als der Bauer.

Auch in der Viehwirtschaft sehen wir dasselbe Bild. Der Großteil des Nutzviehs befindet sich im landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetrieb. Auch dafür einige Beispiele. Auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in bäuerlichen Betrieben entfallen 76 bis 93 Stück Rinder; in Großbetrieben hingegen nur 15 Stück auf 100 ha. Der Zwergebetrieb steht mit 145 Schweinen auf 100 ha an der Spitze der Schweinehaltung, während im Großbetrieb nur acht Stück auf 100 ha fallen. Die produktivste und ergiebigste Bodennutzung in Österreich ist also beim bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieb, nicht aber beim Großbetrieb.

Daher widerspricht die Ablehnung der Bodenreform durch die gegenwärtige Regierungskoalition nicht allein den Interessen der Bauernschaft, sondern auch den eminenten Interessen unserer Volksernährung. Dafür aber hat der Großgrundbesitzer, der der österreichischen Wirtschaft viel weniger gibt als der Kleinbesitzer, einen besonders großen Anteil an den staatlichen Zuwendungen für die Landwirtschaft. Die Großgrundbesitzer und die Großbauern werden auch bei der Zuteilung von Pferden und hochwertigem Nutzvieh, landwirtschaftlichen Maschinen, Werkzeugen und Ackergeräten, bei der Zuweisung von Baumaterial, besserem Saatgut und Düngemitteln, bei der Zuerkennung von Krediten und anderem mehr bevorzugt. Der kleine Bauer, der Keuschler, aber macht vergeblich Bittgesuche. Wohin immer er kommt, wird er mit leeren Versprechungen abgespeist.

Wer heute Saatgut, Nutzvieh, Düngemittel, Baumaterial, Werkzeug, Kupfervitriol usw. benötigt, muß, will er diese notwendigen Sachen bekommen, gute Beziehungen zu den Dorfgewaltigen der ÖVP und den Wortführern

der bäuerlichen Genossenschaften und der Landwirtschaftskammern haben. Tanzt er nicht nach ihrer Pfeife, dann wird er schikaniert und nicht selten zugrunde gerichtet. Der kleine Bauer, der in diesen und vielen anderen Dingen beispielsweise mit Zugkraft, Holz und Streu vom Großgrundbesitzer und Großbauern abhängig ist, wird dadurch immer mehr zu einem Sklaven und zu einem hilflosen Ausbeutungsobjekt. Die ÖVP-Mehrheit in diesem Hause liebt es zwar, bei jeder Gelegenheit von einem freien Bauerntum auf freier Scholle zu sprechen, aber sie tut nichts oder nur sehr wenig, um diese Phrase zur Wirklichkeit zu machen. In Wirklichkeit schützt sie die Interessen der Großgrundbesitzer und der Großbauern, und die Masse der kleinen Bauern ist ihr nur Mittel zu diesem Zweck.

Nicht anders verhält es sich mit der Politik der ÖVP gegenüber den Land- und Forstarbeitern. Man weint sehr viele Tränen über die zunehmende Landflucht selbst der Söhne und Töchter der Bauern, aber man tut nichts, um der arbeitenden Landbevölkerung den Aufenthalt im Dorf oder auf dem Gutshof in materieller und kultureller Hinsicht erträglich zu gestalten. Sie wissen ebenso wie ich, daß noch tausende Landarbeiter und Knechte mit dem Vieh im Stall gehalten werden. Und da wundern sie sich, wie immer mehr und mehr Menschen die Flucht diesem Elend vorziehen? Das vorliegende Budget sieht in Bezug auf die Besserung der Verhältnisse unter der Landarbeiterschaft wenig vor, und der Widerstand der ÖVP-Mehrheit gegen eine fortschrittliche Landarbeitergesetzgebung ist keineswegs geeignet, der Landflucht und dem Landarbeitermangel entgegenzusteuern.

Die österreichische Volkspartei, als deren Sprecher der Abg. Hans gestern die demagogische Behauptung aufstellte, daß der gegenwärtige Stand der Sozialgesetzgebung das Werk der Österreichischen Volkspartei sei, verweigert den Landarbeitern beharrlich jene Rechte, die für die übrige Arbeiterschaft schon eine Selbstverständlichkeit geworden sind. Allerdings muß man hinzufügen, daß die SPÖ keinen ernsthaften Kampf führt, um diesen Widerstand und die unhaltbaren Zustände auf dem Lande, die Benachteiligung der Land- und Forstarbeiter zu beseitigen.

Abschließend möchte ich sagen: Die Fragen der Land- und Forstarbeiter interessieren nicht allein die Bauern, sie sind Lebensfragen für die gesamte Bevölkerung Österreichs, Lebensfragen für unsere Volkswirtschaft, für unsere Volksernährung, für die Zukunft unseres Landes. Solange aber hier eine Politik betrieben wird, die den Großgrundbesitzer schützt und bevorzugt, die die Bodenreform sabotiert, können weder die Bauern

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1941

zu ihrem Rechte kommen, noch kann die Ernährung gesichert, noch unsere Volkswirtschaft, zu deren wichtigsten Zweigen die Land- und Forstwirtschaft gehört, in Schwung gebracht werden. Ohne Bodenreform gibt es in Österreich keinen sozialen Fortschritt und keine dauernde Sicherung der Demokratie, keine wirkliche Bauernbefreiung. Will man in Österreich die Ernährungsschwierigkeiten überwinden und in absehbarer Zeit erträgliche Versorgungsverhältnisse schaffen, dann muß gerade den kleinen und mittleren Bauern von seiten des Staates jede erdenkliche und jede nur mögliche Hilfe geleistet werden.

Abg. Widmayer: Hohes Haus! Als wir vor einem Jahr das Kapitel Land- und Forstwirtschaft behandelt haben, habe ich im Auftrage der Sozialistischen Partei unsere große Unzufriedenheit mit der Tätigkeit des Landwirtschaftsministeriums, wie überhaupt mit der ganzen Agrarpolitik, wie sie die Mehrheit dieses Hauses vertritt, zum Ausdruck gebracht. Ich habe auch heute wieder die Aufgabe, diese Unzufriedenheit der Sozialistischen Partei laut und deutlich hier zum Ausdruck zu bringen. Vor allem stellen wir fest, daß der Staat mehr als 170 Millionen Schilling dem Landwirtschaftsministerium zur Verfügung stellt, um damit der Landwirtschaft zu dienen. Zweifellos ein ganz großer Betrag. Wenn dieser Betrag in absolut objektiver und unparteiischer Weise verwendet werden würde, dann könnte sicherlich für alle Sparten der Landwirtschaft wirklich Großes geleistet und könnten viele Sorgen unserer Bauern verringert werden. Leider aber ist dem nicht so. Wir hören immer wieder und bei jeder Versammlung, die wir draußen in den Dörfern veranstalten, die Beschwerden der Arbeitsbauern, und wir müssen feststellen, daß diese Beschwerden berechtigt sind.

Das Landwirtschaftsministerium hat es bisher nicht einmal zustande gebracht, eine wirklich funktionierende Statistik aufzubauen. Wie stümperhaft dabei vorgegangen wird, möchte ich nur an zwei Ziffern aufzeigen. Nach den amtlichen Statistiken hatten wir im Jahre 1936 eine gesamte bebaute Fläche von rund 2 Millionen Hektar. Im Jahre 1947 haben wir nach einer Statistik eine gesamte Anbaufläche von nicht einmal 1,7 Millionen Hektar. Es sind also mehr als 300.000 Hektar direkt verschwunden, und wenn wir das in Landgemeinden einteilen, dann finden wir, daß etwa 300 Bauerngemeinden in Österreich einfach nicht mehr existieren würden, zum mindesten aber nicht angebaut hätten. Dem ist natürlich nicht so. Es ist nicht richtig, daß allzu viele Gründe brach liegen, sie wurden schon bebaut, aber

sie wurden von der Statistik einfach nicht erfaßt. Der Volkswirtschaft wurden also etwa 300.000 Hektar bebauten Grundes unterschlagen. Ich denke, daß das Landwirtschaftsministerium gerade in der Notzeit des Volkes, in der die größte Sorge jeder Mutter die ist, ob sie ihren Kindern am nächsten Tag genug Brot geben kann, seine Aufgabe darin sehen muß, daß es mindestens eine von Amts wegen kontrollierte Statistik aufstellt und solche Differenzen von 300.000 Hektar einfach unmöglich macht.

Wenn diese 300.000 Hektar nur mit Kartoffeln bebaut wären, dann wäre damit weit mehr hereingebracht, als die ganzen 600.000 Tonnen des Kartoffelkontingents ausmachen. Beim Getreide ist es ebenso. Aber wir sehen — und das schädigt die Landwirtschaft wie die Moral der Bauernschaft —, daß in den landwirtschaftlichen Körperschaften immer mehr und mehr Protektion und Korruption einziehen.

Schauen Sie, geschätzte Anwesende, was soll man dazu sagen, wenn ein Genossenschaftsgesetz, das mehr als 70 Jahre alt ist, noch immer nicht demokratisiert wird, wenn sich die Bauern — ich meine nur einen kleinen Teil der Bauern, also jenen Teil, der in Machtpositionen politischer oder wirtschaftlicher Art sitzt — dagegen sträuben, daß auch dort das Proporzwahlrecht eingeführt wird? Wir sehen immer wieder, daß es bei den Genossenschaftsversammlungen sehr oft auf Spitz und Knopf steht, wenn es darum geht, ob die Arbeitsbauern um eine Stimme mehr bekommen oder der Bauernbund. Aber dort, wo man sieht, daß der Bauernbund noch nicht in der Mehrheit versammelt ist, wird die Versammlung eben vertagt, und man schickt Boten in die Kirche und in die Bauernhäuser, um doch noch einige in die Versammlung hineinzubringen, damit in dieser Genossenschaftsversammlung eine kleine Mehrheit des Bauernbundes zustande kommt. (Ruf bei der ÖVP: Wo?) Und diese kleine Mehrheit, und sei es auch nur eine solche von zwei Stimmen, beschließt ohne Rücksicht auf die große Minderheit, alle Funktionen in der Genossenschaft zu besetzen. (Zwischenrufe.) Wenn Sie darüber lachen, meine Herren, so bin ich gerne bereit, solche Genossenschaftsversammlungen nominativ aufzuzeigen; ich will es aber unterlassen, persönlich zu werden. (Ruf bei der ÖVP: Das ist sehr ratsam!)

Wir haben auch immer wieder gesehen, daß die Aufbringung zum größten Teil durch Protektion und Korruption einfach in Mißkredit gebracht wird. (Ruf bei der ÖVP: Siehe Enzesfeld, Herr Kollege!) Wir sind der Meinung, daß es ungerecht ist, daß man die Ablieferungen pro Joch vorschreibt, ganz

1942 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

gleich, ob einer 1 Joch oder 30, 40 oder 50 Joch angebaut hat. Wenn einer nur 1 oder 2 Joch angebaut hat, dann hat er kaum soviel Ernte, wie er für sich und seine Familie braucht. Man müßte hier, wenn man gerecht wäre, schon jene etwas mehr berücksichtigen, die nur einige Joch Grund angebaut haben, die also ohnedies schwer unter den Sorgen der Verpflegung und der Aufbringung der Futtermittel leiden.

Wir sehen auch, daß es in den Bauernkammern nicht immer nach Recht und Gerechtigkeit zugeht; die Bauernkammern sind ein ungeheuer wichtiges wirtschaftliches Instrument ausschließlich für eine Partei, denn ohne Zustimmung und Anweisung der Bauernkammer bekommt der Bauer überhaupt nichts, weder einen Ersatzteil für seine Maschine, noch ein Pferd, noch ein Rind, noch irgend etwas anderes, das er in seiner Wirtschaft braucht. Auch hier möchten wir Sozialisten gerne haben, daß in den Bauernkammern objektiv und gerecht gewirtschaftet wird.

Wir sehen, daß unsere Bauern in zahllosen Grenzgemeinden Felder auch jenseits der Grenze, also in der Tschechoslowakei, wie es zum Beispiel in Niederösterreich ist, haben. Seit mehr als zwei Jahren dürfen sie nicht hinüber, um diese ihre Äcker zu bebauen, seit mehr als zwei Jahren werden ihnen aber die Steuern von der Tschechoslowakei in Tschechenkronen nach Österreich vorgeschrieben. Sie müssen für den Grund, den sie drüben haben und den sie nicht bebauen dürfen, wohl die Steuern zahlen, sie dürfen aber nicht hinüber, um ihren Grund zu bearbeiten.

Ich denke, der Bauernbund und die mächtige Volkspartei hätten längst Gelegenheit finden müssen, ihren Herrn Außenminister zu beauftragen, mit seinem Herrn Kollegen aus Prag diese Frage bei irgendeiner Gelegenheit zu besprechen (Abg. Prinke: Ist wiederholt geschehen!), damit endlich hunderte, ja, ich möchte nicht übertreiben, einige tausende Bauern ihren Grund, der jenseits der Grenze liegt, bebauen können und nicht nur versteuern müssen.

Es gibt auch sonst viel Unzufriedenheit, die man ebenfalls, wie ich glaube, im Handumdrehen aus der Welt schaffen könnte. Wie ist es möglich, daß beispielsweise den Bauern beim Weinverkauf oft erst nach Monaten, ja auch erst nach einem Jahr die Weinsteuer vorgeschrieben wird. Der Bauer muß also diese Weinsteuer auch in einem Jahr zahlen, in dem er noch gar nicht weiß, ob er überhaupt etwas erntet. (Abg. Seidl: Die Weinsteuer wird doch gleich beim Verkauf eingehoben! Was reden Sie denn da?) Das ist eben nicht richtig.

(Abg. Seidl: Es gibt doch keinen Weintransport ohne Weinsteuer. Das wissen Sie nicht?) Wenn Sie wünschen, werde ich Sie dorthin führen, wo uns die Bauern das vorgebracht haben, damit es endlich abgestellt werde. Wenn Sie wünschen, gebe ich Ihnen die Namen dieser Bauern bekannt, die uns ersucht haben, daß wir dies abstellen. (Zwischenrufe und Gegenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Das Wort hat der Abg. Widmayer. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Abg. Widmayer (fortfahrend): Hohes Haus! Wenn ich also von der parteiischen Wirtschaft gesprochen habe, sowohl im Ministerium, wie in den Kammern, in allen Genossenschaften und in allen Instituten, die vom Bauernbund beherrscht werden, wenn ich gesagt habe, daß es auch Korruption in Hülle und Fülle gibt, so möchte ich dies nicht als eine Pauschalverdächtigung aussprechen, sondern möchte dafür gleich den Beweis erbringen.

Nach dem Zusammenbruch des Nazikrieges wurde die „Deutsche Ansiedlungsgesellschaft“ in eine „Österreichische Ansiedlungsgesellschaft“ umgewandelt; dabei hat es sich um jene Güter gehandelt, die die Nazi den Juden und ihnen mißliebigen politischen Gegnern einfach weggenommen hatten. Wie werden nun diese Güter bewirtschaftet? Was da an Lumpereien geschieht, Hohes Haus, das schreit wirklich zum Himmel! (Abg. Kristofics-Binder: Darum weg von der Bewirtschaftung!) Ja, geschätzter Herr, dieser Zwischenruf bringt Sie in den Verdacht, daß Sie gerade dort Korruption und Protektion einführen, damit Sie die öffentliche Wirtschaft in Mißkredit bringen — bei jenen Menschen, die nicht viel denken!

Schauen Sie, der Präsident dieser „Österreichischen Ansiedlungsgesellschaft“ war der Herr Ökonomierat Wilhelm. Wir kennen ihn aus der Zeit vor dem Jahre 1934. Nirgends haben die Landarbeiter so schlecht gelebt und nirgends sind sie so ausgebeutet worden wie auf dem Gute des Herrn Ökonomierates Wilhelm. Sein Generaldirektor war der Herr Ing. Pils. Ing. Pils war vor dem Jahre 1934 ein hoher Funktionär im Bauernbund und in den Kammern und ist nach dem Jahr 1945, nach dem Nazikrieg, wieder in hohe Funktionen eingesetzt worden; er wurde Generaldirektor der „Österreichischen Ansiedlungsgesellschaft“. Im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsministerium und dann mit Zustimmung des Ministeriums für Vermögenssicherung hat er die einzelnen öffentlichen Verwalter und Güterbeamten eingesetzt, und so wurden dann auch auf den sehr großen Hardegg'schen Gütern öffentliche Verwalter und neue Verwaltungs-

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1943

beamte bestellt. Es war dies vor allem Herr Ökonomierat Eipeldauer, und der hatte offenbar nichts Besseres zu tun, als alle Protektionswünsche des Bauernbundes durchzuführen. Die Beamten mußten natürlich so tanzen, wie ihr Herr gepfiffen hat. Einige Dutzend tüchtiger bewährter Beamten wurden einfach entlassen und an ihre Stelle wurden Protektionskinder — zum größten Teil Ausländer — gesetzt. Wie haben diese nun die Güter verwaltet? Nicht nur, daß sie sich selbst dabei bereichert haben, sie haben damit noch viel mehr die allgemeine Volkswirtschaft und die Ernährungswirtschaft auf das schwerste geschädigt.

Da ist ein Herr Wiesolek, der aus Ostpreußen eingewandert war, einfach zum Verwalter in Ulrichskirchen und Würnitz bestimmt worden. In einigen Monaten hatte er die Staatsbürgerschaft erlangt. Mir sind Fälle bekannt, wo Landarbeiter 20 und 30 Jahre ununterbrochen im Land sind, ja hier in Österreich geboren sind und bisher die Staatsbürgerschaft noch nicht erlangen konnten, obwohl ich selbst vor Monaten, ja, vor mehr als einem Jahr ihr Ansuchen überreicht habe. Der Herr Wiesolek aber hat die Staatsbürgerschaft sofort bekommen. Man weiß ja auch, wer dahintergesteckt ist.

Was ist nun auf diesen Gütern geschehen? Zunächst wurde dort in einer verfallenen Mühle, in der Krammel-Mühle, — auf Kosten des Gutes selbstverständlich — mit einem Aufwand von 15.000 bis 20.000 S eine große Hühnerfarm errichtet. Als diese Hühnerfarm fertig war, hat sie der Herr Wiesolek seinem Freunde, den er als Rentmeister auf seinem Gute angestellt hat, Herrn Ing. Fritz, verpachtet. Ja, noch mehr: die Gutsverwaltung, der Herr Wiesolek, hat seinem Freund Fritz eine eigene Person zur Betreuung dieser etwa 180 Hühner, Enten und Gänse gehalten und im Lohnbuch 500 S monatlich als Lohn für diese Frau eingetragen, obwohl sie nicht einmal einen Bruchteil davon bekommen hat.

Aber alle Hühner und Eier wurden natürlich nicht abgeliefert. Man bemüht sich nur, jenen Kleinbauern oder sonstigen Hausbesitzern, die nur vier, fünf oder sechs Hendln haben, die Hühner und Eier abzunehmen. Aber dort, wo hundert und mehr Hühner gehalten werden, sieht keine Bezirkshauptmannschaft die Hendln herumlaufen; nicht einmal ein hoher Funktionär des Bauernbundes, der auf der Ministerbank sitzt und täglich zweimal vorbeifährt, hat davon etwas bemerkt.

Es wurde dort auch vom gutseigenen Getreide verfüttert. Als das heuer im Frühjahr doch stark aufgefallen und eine Kommission hinausgekommen ist, hat man in dieser

Krammel-Mühle ungeheure Vorräte an Weizen, Gerste und Mais versteckt gefunden, die nur für die Hühnerfütterung bestimmt waren — auf Kosten des Gutes selbstverständlich und für die Taschen des Herrn Rentmeisters Fritz, der außerdem noch ein Gehalt von derselben Gutsverwaltung bezogen hat. Die Hühner, Enten und Gänse wurden in den Schleichhandel gebracht, und den Erlös dafür steckten der Herr Wiesolek und der Herr Fritz gemeinsam ein.

Aber noch mehr! Die beiden unter der Aufsicht des Ministeriums stehenden Güterbeamten haben 700 kg Mohn einfach verschlichen. 200 kg haben sie in eine Ablieferungsstelle geführt, ja nicht in die Genossenschaft, und haben dann den Beleg von 200 kg auf 700 kg gefälscht. Den Rest von 500 kg haben sie zum Preise von 80 S pro kg im Schleichhandel verkauft und damit allein eine unerhörte Summe verdient. (Rufe: Hört! Hört!) Beim Leinsamen war es nicht anders. Sie haben es also bei zwei sehr wichtigen und streng bewirtschafteten landwirtschaftlichen Produkten, wie Mohn und Lein, so gemacht. Die Herren dort haben nicht nur im eigenen Hof Schweine gefüttert, sondern sie haben auch befreundeten Bauern, und zwar gleich vier oder fünf Bauern im gleichen Ort selbst, Schweine zum Füttern übergeben und dafür aus gutseigenen Erntebeständen das Vielfache von dem an Schweinefutter gegeben, was ihre dort versteckten Schweine fressen konnten.

Eine Ablieferung hat es auf diesem Gutshof überhaupt nicht gegeben. Es sind nicht einmal 15 Prozent der gesamten Ernte abgeliefert worden, während die Bauern in dem betreffenden Ort alle schon 60 bis 70 Prozent, manche sogar 100 Prozent abgeliefert haben. Der Herr Gutsverwalter, der sich guter parteipolitischer Verbindungen erfreut und daraus auch kein Hehl gemacht hat, hat nicht einmal 20 Prozent abgeliefert.

Natürlich, wenn das Gut nur Ausgaben gehabt hat und die Einnahmen ausschließlich in die Taschen dieses Betrügerpaares geflossen sind, ist die Gutsverwaltung in Geldschwierigkeiten gekommen, und im vergangenen Jahr hat sie kurzerhand den jahrhundertealten Schloßpark in Ulrichskirchen devastiert und geschlägert. Ich habe dagegen interveniert. Einmal habe ich es verhindert, aber dann hat es der Landeshauptmann von Niederösterreich bewilligt, und er wurde geschlägert. Der unerhörte Holzbestand, lauter Nutzholz, die schönsten Eichen und Lärchen, wohin wurden sie verkauft? Sie wurden der Holzgroßhandelsfirma Slavonia in Wien zu einem lächerlich billigen Preis verkauft, der seine Begründung

1944 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

darin hat, daß sich die Slavonia verpflichten mußte, dem Betrügerpaar ohne Verrechnung Holzurücklieferungen zu leisten.

Diese Herrschaften sind zur niederösterreichischen Landesregierung gegangen, und haben gesagt, sie brauchen für ihr Gut Lastkraftwagen. Von dort haben sie, ich glaube, drei oder vier solche zugewiesen bekommen. Diese Lastkraftwagen wurden aus Gutsmitteln repariert und in betriebsfertigen Zustand gesetzt. Als dies geschehen war, wurden sie ohne jede Gegenleistung in das Eigentum des Herrn Rentmeisters Fritz oder des Verwalters Wiesolek überführt und auf deren Namen versichert. Schon einige Wochen später wurden diese Wagen verschlichen. Einen hat jener Fleischhauer in Wolkersdorf bekommen, der alle Schleichhandelsschwarzschlachtungen für diese Gesellschaft deckt.

Aber die Herren, die vor zwei Jahren dort sehr bescheiden eingelangt sind und ihr Werk begonnen haben, haben in einigen Tagen ein Luxusauto ihr Eigen genannt. Sie haben sich auch einfach drei Pferde angeeignet und der eigenen Gutsverwaltung gegen ein hohes monatliches Entgelt zur Verfügung gestellt. Befragt, wo sie denn die Pferde her haben, haben der Herr Wiesolek und der Herr Rentmeister Fritz genau dasselbe gesagt, was jeder Gauner seit zweieinhalb Jahren sagt, wenn er etwas erstohlen oder erschlichen hat: er redet sich auf die Besatzungsmächte aus. Sie erklärten, sie hätten die drei Pferde von den Russen gegen Pretiosen und Gold eingetauscht. Es ist niemand in Ulrichskirchen, der das glaubt, und es gibt auch niemand in Ulrichskirchen, der glaubt, daß Herr Wiesolek oder Herr Rentmeister Fritz Gold oder Edelsteine nach Ulrichskirchen gebracht hätten, um damit Pferdetauschgeschäfte zu machen.

Meine sehr geschätzten Anwesenden, was sich da unter den Augen der Aufsichtsbehörden seit mehr als zwei Jahren getan hat, ist einfach unglaublich. Diese Herrschaften haben sich eine Stampiglie der russischen Kommandantur selbst machen lassen, haben Erpresserbriefe diktiert, die gefälschte Stampiglie darunter gesetzt und sind damit zu dem einen oder anderen mißliebigen politischen Gegner gegangen, um mit dieser gefälschten Stampiglie der Kommandantur zu erpressen. Ja, glänzende Verwalter müssen dies gewesen sein, und wie die Volkswirtschaft, die Ernährungswirtschaft darunter gelitten hat und auch in den nächsten Jahren noch leiden wird, soll nur ein Beispiel zeigen.

Sie haben 140.000 kg Stroh geerntet. Jeder Bauer weiß, daß gerade der Dünger für ihn das Wichtigste ist. Nur ein schlampiger Bauer verkauft Stroh, und wenn er

in einem Jahr viel geerntet hat, hebt er dies für das nächste Jahr auf, damit er ja nicht in Schwierigkeiten kommt. Diese 140.000 kg Stroh wurden einfach verschlichen. In den Gutsbüchern wurde es mit 10 und 20 Groschen pro Kilogramm eingetragen, in Wirklichkeit aber wurde es bis zu 2 S verkauft. Weiter hat der tüchtige Herr Verwalter unter den Augen der Aufsichtsbehörde seit zwei Jahren mehr als 400 Fuhren Stallmist, die er übernommen hat, verkauft und verschlichen, nicht aber auf die gutseigenen Äcker geführt. Wir Sozialisten verstehen es nicht, daß es keine Aufsichtsbehörde gibt, daß sich das Landwirtschaftsministerium absolut nicht um die Dinge kümmert, die auf den Höfen, die unter öffentlicher Verwaltung stehen, vor sich gehen. (Andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. Abg. Hans: Sie haben uns schon einmal so ein Schauermärchen über den Herrn Haller erzählt!) Ja, den habe ich schon einmal genannt. Ich erkläre, daß ich dem Herrn Kammerobmann von Korneuburg nicht nur das nachweisen werde, was ich hier gesagt habe, sondern auch noch einen Fall von Plünderung! (Andauernde Gegenrufe. — Abg. Hans: Lüge!) Ich bin jederzeit bereit, Ihrem Klub das Material zur Verfügung zu stellen. Ich habe es schriftlich dem Herrn Ing. Raab vor zwei Monaten vorgelegt. (Abg. Ing. Raab: Ich habe keinen Brief von Ihnen erhalten! — Abg. Hans: Nein, das ist eine Lüge!) Sie sind persönlich dabei gesessen, schauen Sie nur nach! (Abg. Hans: Sie werden über die Flugblätter staunen, die jetzt kommen werden!) Ich werde Ihnen das schriftliche Material nun amtlich mit eingeschriebenem Brief zur Verfügung stellen. (Abg. Ing. Raab: Lassen Sie sich ausliefern, machen Sie keine Beschuldigungen! — Ruf: Nur Verleumdungen!) Schauen Sie, geschätzte Anwesende, sagen Sie das bitte Ihrem Kollegen Rupp, der wegen öffentlicher Gewalttätigkeit ausgeliefert werden soll! (Abg. Rupp: Dann gehen wir zwei zusammen! — Heiterkeit.)

Wenn wir all das sehen, ohne daß die Behörden zugreifen, dann muß man sich denken, da muß ein großer schützender Engel über diesem Gaunerpaar sitzen. Und dann wurde zwei- oder dreimal auf Lastkraftwagen geheim etwas verladen, und zwar von einem Schwager Wiesoleks, den er als Chauffeur angestellt hat, damit niemand erfährt, was geschieht. Sogar ein Personenwagen ist drei-, vier- oder fünfmal wöchentlich dort gewesen. Die neugierigen Ulrichskirchner haben sich erkundigt, wem der Personenkraftwagen W 4679 gehört. Und die Verkehrspolizei hat Auskunft gegeben. (Abg. Dengler: Wem gehört er denn?) Vielleicht schreiben Sie es sich, geschätzter Herr,

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1945

der den Zwischenruf gemacht hat, auf und eruieren Sie den Besitzer! (Lebhafte Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Es ist kein Personenwagen der sozialistischen Parteileitung. (Zwischenrufe.) Der Parteileitung in der Kärntnerstraße gehört er!

Geschätzte Anwesende! Ihr Widerspruch fordert mich nur heraus, noch mehr solcher Protektions- und Korruptionsfälle vorzubringen. (Weitere Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. Es sind Herren zum Wort gemeldet, sie sollen ihm antworten.

Abg. Widmayer (fortsetzend): Ich habe also vorgebracht, daß der Herr Generaldirektor Ing. Pils von der Ansiedlungsgesellschaft auch seine Freunde hat. Herr Generaldirektor Ing. Pils hat sich selbst als Generaldirektor mit Zustimmung des Präsidenten Wilhelm und mit Duldung des Landwirtschaftsministeriums zwei große Gutshöfe verpachtet, und zwar die großen Gutshöfe Alissenhof. Aber wie schaut denn der Gutspachtvertrag aus, den der Direktor der „Deutschen Ansiedlungsgesellschaft“ mit sich selbst als Pächter geschlossen hat? Auf drei Jahre sind die Gutshöfe verpachtet, und zwar angefangen vom Frühjahr, so daß der Pachtvertrag vom Frühjahr 1946 bis zum Herbst 1949 dauert — also drei Jahre Pacht mit vier Ernten! Ich überlasse es den Bauern, hier zu urteilen, ob das ein Korruptionsfall ist oder nicht. Aber der Herr Direktor der „Deutschen Ansiedlungsgesellschaft“ hat auch seinem Schwager Güter zu denselben Bedingungen — also drei Jahre Pacht und vier Ernten — verpachtet. (Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) So sieht das also aus.

Wir haben vor zwei Jahren hier in diesem Hause unseren Antrag auf Bodenreform eingebracht. Wir haben im ganzen vergangenen Winter und Frühjahr darüber verhandelt. Wir meinen nicht eine Bodenreform, wie sie uns in den letzten Wochen vorgeführt worden ist, wir wollen eine wirkliche, reelle Bodenreform und keinen Landraub. Wir wollen durch die Bodenreform die Existenz aller Arbeitsbauern und aller jener, die weniger als 100 Hektar unter dem Pflug haben, absolut sichern und nicht gefährden. Ich könnte hier auch anführen, wie die Bodenreform in Straßhof ausgesehen hat: Von dem reformierten Boden haben 16 Eisenbahner, 7 Pensionisten, 3 Altersrentner, 2 Witwen und 2 Kleinbauern Grundstücke bekommen. Wir glauben, daß man mit solchen Mätzchen den großen Gedanken der Bodenreform nur in Mißkredit bringen kann. Daher sind wir auch auf jeden Fall gegen eine derartige Bodenreform, denn

wir fürchten, daß die auf diese Weise in den Besitz des Bodens Gekommenen nur mit dem Strafgesetz in Konflikt kommen und so geschädigt werden.

Und nun zur Preisbildung. Wir sehen bei der Preisbildung eine wirkliche Anarchie in der Landwirtschaft. Wenn zum Beispiel die Weinbauern einen Preis erhalten haben, der alle ihre Auslagen deckt, so sind ja damit die Sorgen der Weinbauern beseitigt. Auch die Gemüsebauern haben einen Preis für das Gemüse erlangt, der das Vielfache des Vorkriegspreises ist. Beim Obst ist es nicht viel anders, und auch der Waldbauer hat für sein Holz weit höhere Preise, als der Weltmarktpreis ausmacht. Er hat sich also auch einigermaßen gesichert. Der Hörndlbauer hat die Kosten seines Viehs so gesteigert, daß er auch durchkommen kann. Während vor dem Krieg eine Kuh (Abg. Ing. Raab: Passen Sie auf, was er jetzt sagt!) — eine Abmelkkuh meine ich, und nicht eine Schlachtkuh — 500 S gekostet hat, kostet sie heute 4000, 5000 S und mehr. (Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Hans: Fragen sie zuerst die Bauern, bevor Sie so etwas behaupten!)

Präsident: Ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen. Ich mache den Redner aufmerksam, daß seine Zeit um ist. (Starke Unruhe. — Der Präsident gibt mehrmals das Glockenzeichen.)

Ich bitte die Herren um Ruhe!

Abg. Widmayer (fortsetzend): Fahren Sie einmal nach Tirol und sehen Sie sich die Märkte an! Gehen Sie hinaus und fragen Sie die Bauern, was sie für eine Kuh bekommen! (Ruf bei der ÖVP: Sie sind der beste Propagandist für die ÖVP!)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte die Herren um Ruhe!

Abg. Widmayer (fortsetzend): Die Bauernkammer selbst vermittelt ja Viehkäufe um den Preis von 3000 S und mehr. (Widerspruch. — Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Hans.)

Präsident: Herr Abg. Hans, ich habe Sie wiederholt ersucht, den Redner nicht zu unterbrechen. Ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Widmayer (fortsetzend): Ich möchte nur noch feststellen...

Präsident: Ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Abg. Widmayer (fortsetzend): Ich bitte, Herr Präsident, ich bin ständig gestört worden. Ich möchte nur noch kurz die Preisdifferenzen feststellen. Heute kostet Kunstdünger das Dreifache, Sämereien das Fünffache der Vorkriegszeit, Kohle das Achtfache, Sensen und

1946 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

Sicheln das Sechsfache, Eisen das Dreifache, Zement das Fünffache, Holz das Fünffache und Eichenbretter das Neunfache.

Wir sehen also, daß sich jemand vor dem Kriege, wenn er 2000 l Milch verkauft hat, dafür eine Einstellkuh anschaffen konnte. Heute muß er bis zu 7000 und 8000 l Milch verkaufen, um sich dafür eine Einstellkuh kaufen zu können. (Zwischenrufe.)

Ich meine also, geschätzte Herren von der rechten Seite, es gäbe zweifellos sehr viel Arbeit, um die Not und die Sorgen unseres Arbeitsbauernstandes zu lindern. (Ruf: Wer ist schuld an den derzeitigen Milch- und Weizenpreisen?) Darüber kann ich leider nicht weiter sprechen, weil meine Redezeit abgelaufen ist. Aber ich werde Ihnen Gelegenheit geben, darüber zu urteilen.

Hohes Haus! Die Tätigkeit des Landwirtschaftsministeriums und der landwirtschaftlichen Körperschaften zu kritisieren ist wohl das Recht jedes einzelnen, auch jedes einzelnen Bauern. Und wenn Sie diese Kritik hören wollen, dann brauchen Sie nur in die Dörfer hinauszugehen. Wir aber sagen Ihnen und auch den Bauern: Wenn in diesem Haus und in der Regierung einmal eine sozialistische Mehrheit sitzen wird, dann werden wir Ihnen zeigen, wie man eine Agrarpolitik im Interesse der Arbeitsbauern macht! (Beifall bei den Sozialisten. — Lebhaftes Zwischenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich muß an Sie alle den ernststen Appell richten, zu bedenken, daß wir uns mit der Beratung des Budgets bereits in einem Engpaß befinden. Ich muß alle Redner bitten, die vereinbarte Redezeit einzuhalten. Ich werde keine Überschreitungen der Redezeit mehr dulden. Ich werde jedem folgenden Redner einfach das Wort entziehen, wenn er sich nicht an die vereinbarte Redezeit hält. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich bitte aber auch, die Zwischenrufe zu unterlassen. Da die Redezeit kurz ist, soll man sie nicht durch ständige Zwischenrufe beschneiden, sonst kommen wir aus diesem Engpaß nicht heraus. Ich glaube, es ist der gemeinsame Wunsch aller Parteien, daß wir mit dem Budget rechtzeitig fertig werden. Ebenso ist es der Wunsch aller Mitglieder dieses Hohen Hauses, noch rechtzeitig vor Weihnachten nach Hause zu kommen, um in ihrer eigenen Wirtschaft noch die notwendige Ordnung zu machen und ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Jetzt wollen wir weitergehen. Ich selber habe dem Hohen Haus ein paar Minuten geraubt; aber ich glaube, es war notwendig.

Abg. Prirsch: Hohes Haus! Mich trifft jetzt die ganze Schärfe der letzten Verfügung des Herrn Präsidenten, so daß ich gezwungen bin, mich wirklich kürzer zu halten, als ich es gerne tun würde.

Ich will mir zu den Ausführungen meines sehr geehrten Herrn Vorredners hier nur eine ganz kurze Bemerkung gestatten. Es ist sicherlich interessant, wenn uns der Herr Abg. Widmayer den ganzen Vorfall, ich möchte geradezu sagen, in epischer Breite geschildert hat. In mir ist dabei der Eindruck entstanden, daß an dem Herrn Abg. Widmayer entweder ein Kriminalist oder ein Romanschriftsteller verlorengegangen ist. (Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Widmayer: Diese Brüder sind bereits verhaftet. Das ist kein Roman! — Gegenruf bei der ÖVP: Also doch Kriminalist!) Jedenfalls habe ich als Mann vom Fach, nämlich als Arbeitsbauer, dann, als er sich wirklich sachlichen Fragen zuwandte, die Bemerkung machen müssen, daß seine Kenntnisse über die Sorgen der Landwirtschaft nicht ausreichend sind. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Betrachten wir den Voranschlag des Kapitels Land- und Forstwirtschaft für das Jahr 1948, so sehen wir, daß 189 Millionen an Ausgaben vorgesehen sind, das ist um ein Drittel mehr als 1947 und das Zweieinhalbfache des Voranschlages von 1946. Wenn wir hier Vergleiche zwischen den Ausgaben anstellen, die, sagen wir, bei dem Kapitel Verkehr unter Eisenbahnen aufscheinen, oder wenn wir Vergleiche mit dem Aufwand anstellen, der im Kapitel soziale Verwaltung erforderlich ist, dürfen wir, wenn wir ehrlich und offen sind, wohl mit aller Klarheit aussprechen, daß auch das heurige Budget der Land- und Forstwirtschaft nicht voll gerecht wird und daß die österreichische Landwirtschaft im Interesse der anderen Stände auch hier wieder gewaltige Opfer bringt. Und doch, Hohes Haus, verlangt und erwartet man von der österreichischen Land- und Forstwirtschaft so viel. Man zieht oft leichtfertige Vergleiche mit der Erzeugung der österreichischen Landwirtschaft des Jahres 1937 und spart hiebei nicht an Vorwürfen und Anschuldigungen. Darf ich Ihnen mit einigen Worten die Lage unserer Landwirtschaft im Jahre 1937 ins Gedächtnis rufen? Angesammelte Vorräte, mit hochwertigen Nutztieren gefüllte Ställe, gesunde Böden in voller Ertragsfähigkeit, unbeschädigte Häuser, geringer Mangel an Arbeitskräften, alle Möglichkeiten der Bedarfsdeckung, sei es an Maschinen, Geräten oder an Düngemitteln; große Mengen an Futtermitteln wurden aus dem Ausland eingeführt, um hier bei uns zu Milch, Fleisch und Fett veredelt zu werden. Alle diese Dinge fehlen uns heute leider Gottes zum großen Teil. Die Preise des Jahres 1937 haben sicherlich

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1947

auch damals schon berechtigten Anlaß zur Klage gegeben, und doch, wenn wir die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Erlöse vom Jahre 1937 mit der Kaufkraft der heutigen Agrarpreise in Vergleich bringen, sehen wir — und das hat der Herr Abg. Widmayer ganz richtig gesagt —, wie weit die Landwirtschaft hier zurückstehen mußte und zurückgestellt ist. Ihre Preise stehen heute in keinem Verhältnis zu jenen der gewerblichen und industriellen Artikel und zu den Löhnen, sie sind so niedrig, daß ein Auskommen in der Landwirtschaft und vor allem eine Steigerung der Produktion, auf die es uns ja so sehr ankommt, fast unmöglich ist. Ich habe schon betont, heute ist keine Einfuhr von Futtermitteln möglich, und der ausgemergelte, vielfach verwehrte Boden ist zum Teil noch in fremdem Besitz. Es herrscht ein katastrophaler Mangel an Arbeitskräften, tausende und zehntausende kräftige Männer sind als Opfer des Krieges zu beklagen und fehlen heute in der Landwirtschaft. Die Preise der Landwirtschaft decken in keiner Weise die Gestehungskosten, und trotz alledem, die österreichische Landwirtschaft, sie arbeitet und arbeitet — das muß unwidersprochen bleiben — wie kein anderer Staat in diesem Staat, und — sie liefert! (Beifall bei den Parteigenossen.) Trotz aller Belastung, trotz aller Schwierigkeiten haben wir noch niemals gehört — ich meine jetzt besonders jene 366.000 Bauern, die der Herr Abg. Honner erwähnt hat, die mittleren und die kleinen Bauern —, daß diese mittleren und kleinen Bauern auch nur einmal mit einer Streikdrohung gekommen wären oder daß sie auch nur einmal eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangt oder einen Anspruch auf Urlaub erhoben hätten, im Gegenteil, sie haben treulich ihre Pflicht erfüllt, um den Heimatboden zu bebauen und damit die Heimat überhaupt zu erhalten. Ja, man zieht diese Schwierigkeiten in der landwirtschaftlichen Erzeugung meiner Ansicht nach oft viel zu wenig in Betracht und ist oft und gern bereit, die nicht erfüllten Ablieferungen auf eine Verständnislosigkeit der Bauern zurückzuführen, oder, was vielleicht noch leichter und noch öfter geschieht, sie als einen billigen politischen Schlag gegen die Österreichische Volkspartei auszunützen.

Ich darf Ihnen hier als Beispiel einige Zeilen eines Artikels aus der „Arbeiter-Zeitung“ vom 8. November 1947 vorlesen. Unter dem Titel: „Schüsse im Dorf“ wird hier geschrieben, daß diese großen Mißverständnisse über die Bewirtschaftung, über die Bedeutung einer geordneten Wirtschaft und über das Verhältnis zwischen Arbeiter und Bauern auch weittragende politische Folgen haben. Hier heißt es (liest): „Das ist, wie wir schon wiederholt gesagt haben, die Schuld der kurzsichtigen

Führung der Bauern durch die Verantwortlichen in der ÖVP. Sie haben nicht den Verstand oder nicht den Mut, den Bauern die Zusammenhänge zu erklären. Es ist freilich bequemer und populärer, die Abneigung der Bauern gegen die habgierigen Städter zu schüren.“

Darf ich dazu folgendes sagen: Es gibt keinen Stand und keinen Berufszweig in Österreich, der so sehr unter der öffentlichen Kontrolle steht wie unsere Landwirtschaft. Und ich darf weitergehen und feststellen: Es gibt keine politische Partei in Österreich, die sich bei ihren Wählermassen so sehr für die Ablieferung einsetzt wie die ÖVP! (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen. — Ruf bei den Sozialisten: Siehe Wolfsberg!)

Ich glaube nicht, daß Sie in der Lage sind, auch nur einen einzigen verantwortlichen Funktionär unserer Partei zu nennen, der dieser Pflicht nicht gerecht worden wäre. Ich möchte das gerade auch hier erwähnen, weil durch die Ausführungen meiner Vorredner der Eindruck erweckt worden ist, als ob die Landwirtschaft die Aufbringung und Ablieferung zu sehr in eigener Regie durchzuführen und zu bestimmen habe. Ja wissen Sie denn nicht, daß in unseren Aufbringungsausschüssen die Konsumenten genau so vertreten sind wie die Produzenten und daß diese zwei Gruppen schließlich und endlich in der ganzen Aufbringungsarbeit zusammenwirken. Hohes Haus! Wenn Sie mit der Aufbringung unzufrieden sind, dann dürfen Sie es nicht nur den Bauern in den Versorgungsausschüssen, sondern müssen es auch den Konsumentenvertretern sagen, die dort mitwirken!

Aber es darf nicht so sein, daß, wie ich Ihnen an Hand eines Beispiels zeigen möchte, ein Bezirkssekretär der Sozialistischen Partei vor den Betriebsratswahlen in einem Betrieb Flugzetteln austeilte, in denen er anführte, daß an der schlechten Versorgungslage der Arbeiter natürlich die ÖVP-Bauernschaft und die ÖVP überhaupt schuld sei. Am anderen Sonntag mußte der Arme eine Versammlung für die Arbeitsbauernbündler abhalten und da hat er natürlich den Mantel nach dem Winde gehängt und seine Rede damit begonnen, daß er es für zwei Besitzer dieser Gemeinde, die wegen schlechter Ablieferung nicht die Schlachtgenehmigung für die Hauschlachtung erhalten hatten, doch erreicht habe, daß sie nun ihr Schwein abstechen dürfen. (Hört!-Hört!-Rufe. — Ruf: Was hat er vom Schwein erhalten? — Heiterkeit.) Es steht fest, daß alle Bemühungen, zu einer vermehrten Erzeugung zu kommen, die erst mit der Aufbringung und mit der Kontrolle beginnen, von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Wir müssen uns rechtzeitig, heute

1948 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

schon, Gedanken darüber machen, was wir tun müssen — und ich möchte in diesem Zusammenhang auch sagen, was wir unterlassen müssen —, um unsere landwirtschaftliche Erzeugung für 1948 auf eine breitere Basis zu bringen.

Ich möchte mich nicht wiederholen, denn gerade mein Kollege Griebner hat im Vorjahr anlässlich der Budgetberatung dem Hohen Hause die dringendsten Forderungen der Landwirtschaft zur Kenntnis gebracht. Ich möchte aus diesem umfangreichen, ich darf sagen, fast vollständigen Forderungsprogramm der Landwirtschaft die wichtigsten und, wie mir scheint, zeitgemäßen Fragen herausheben. Richtig ist, was in der „Arbeiter-Zeitung“ so oft als Schlagzeile steht: „Brot ist Freiheit und Freiheit ist Brot!“ Daher muß es auch richtig sein, daß wir jetzt schon alles unternehmen, damit wir für unser Volk mehr Brot und damit größere Freiheit haben. (Beifall bei den Abgeordneten der ÖVP. — Ruf bei den Sozialisten: Bodenreform!)

Über das Kapitel Bodenreform — weil hier gerade dieser Einwurf gefallen ist — wird ein anderer Redner meiner Partei sprechen, so daß ich diese Frage vorläufig übergehen kann. Ich darf nur vielleicht hinzufügen, daß wir zu der Bodenreform oder zu der Bauernbefreiung, wie sie die Abgeordneten Honner oder Widmayer planen, kein rechtes Vertrauen haben, und zwar nicht nur wir, sondern die gesamte Bauernschaft.

Darf ich daher fortfahren: Die Sorge um eine Vermehrung der Erzeugung muß schon heute beginnen. Ich glaube, daß das Ministerium bemüht sein wird, der heimischen Landwirtschaft wenigstens gewisse Mengen Saatgut zur Verfügung zu stellen. Daß dieses Saatgut auch der kleine und der mittlere Besitzer bekommt, Hohes Haus, das lassen Sie die Sorge der Bezirksbauernkammern sein. (Ruf bei den Sozialisten: O je!) Hinsichtlich der Düngemittel will ich nur dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß der Preis für die künstlichen Düngemittel mit dem Getreidepreis in Einklang stehen möge, denn wenn die Rentabilität nicht gegeben ist, dann ist es eben dem Landwirt, vor allem dem kleinen Landwirt, nicht möglich, diese Düngemittel zu verwenden.

Ich habe hier auch einen besonderen Wunsch an die österreichische Wissenschaft und Forschung. Ich möchte anregen, daß man sich darauf verlegt, winterfeste Weizensorten auch in Österreich zu züchten, damit man in Gebirgsgegenden, wo heute der Weizen noch nicht angebaut werden kann, Weizenfelder anlegen kann. Ich möchte besonders auch auf die Züchtung geeigneter und ertragreicher Maissorten aufmerksam machen. Ich halte

gerade — nicht wegen des Polenta — diese Fruchtart in unserer Landwirtschaft für sehr aussichtsreich. Es wird ja wieder die Zeit kommen, in der man sie wirklich dem Konsumenten in veredelter Form als Fleisch und Fett wird auf den Tisch stellen können.

Ich darf hier nur so vorübergehend auch auf die Notwendigkeit der Schädlingsbekämpfung hinweisen. Ich darf darauf verweisen, daß es unserer österreichischen Industrie gelingen muß, gerade für den kleinen und mittleren Bauern geeignete Maschinen zu schaffen, weil auch hier die Technik ihren Siegeszug machen muß. Das ist notwendig, und ich erblicke gerade in der Zusammenarbeit des Landwirtschaftsministeriums mit der Technik die gegebene Voraussetzung.

Ich habe, um unsere Kleinbauern und Kleinstbetriebe krisenfest und wirtschaftsfest zu machen, den besonderen Wunsch, daß wir für diese Besitzgrößen Kulturen finden, die auf verhältnismäßig kleiner Fläche die Möglichkeit geben, wenn auch bei intensiverer Arbeit, größere Geldbeträge einzunehmen, als dies bei gewöhnlichen Feldfrüchten der Fall ist.

In diesem Zusammenhang darf ich auch auf die Tabakkulturen hinweisen. Ich glaube, daß ein gewisser Prozentsatz an Rohtabak auch für alle Zukunft im Inland erzeugt werden wird.

Ich bin nicht der Ansicht des Herrn Abgeordneten Widmayer, daß die Gemüsepreise zu hoch sind, sondern bin der Ansicht, daß man gerade den Gemüseanbau für die Klein- und Kleinstbetriebe, ich möchte fast sagen, reservieren soll, damit ihnen die Wirtschaftlichkeit gegeben ist.

Ich möchte des weiteren den dringenden Wunsch, ich möchte fast sagen, Appell an das Hohe Haus richten, alles daranzusetzen, damit der Bedarf an Arbeitskräften für das künftige Wirtschaftsjahr gesichert wird. Ich glaube, hier muß wirklich das ganze Volk zusammenwirken. Hier muß der Bauer, der während der Sommerzeit keine Stundeneinteilung kennt, das Gefühl haben, daß alle Kräfte dieses Staates bemüht sind, zu einer reicheren Ernte zu kommen. Wenn er sieht, das alles nur verfügbare an Menschen, ob Frauen oder Männer, zu ihm hinauskommt und ihm hilft, dann wird er auch einsehen, daß er wirklich alles der großen Masse des Volkes zur Verfügung stellen muß, und er wird es dann auch freudig tun. Ich darf aber nicht verhehlen, daß weite Kreise unserer Landwirtschaft der Meinung sind, in den Städten könne es nicht so schlecht sein, weil ja fast niemand hinauskommt, der den Bauern hilft. Ich glaube, wir müssen zu einer Art freiwilligen Arbeitseinsatzes kommen, der unser

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1949

Volk und unsere Jugend mobilisiert. Diese Zusammenarbeit in Gottes freier Natur wird mehr Nutzen bringen als schöne Worte, denn dann werden Taten sprechen, und diese werden Stadt und Land wieder zusammenführen.

Ich möchte hier auch darauf aufmerksam machen, daß natürlich, soweit die Mittel und das Material reichen, der Elektrifizierung der Landwirtschaft größtes Augenmerk zugewendet werden muß. Ich fühle in mir die Verpflichtung, gerade bei diesem Kapitel der großen Maschinen- und sonstigen Lieferungen Erwähnung zu tun, die wir durch die UNRRA empfangen haben. Sie haben wirklich so manche Arbeitsschwierigkeiten, vor allem was die Maschinen anlangt, überwinden geholfen.

Und nun, Hohes Haus, zu einem besonders wichtigen Kapitel, zur Versorgung der Landwirtschaft mit Kleidern und Schuhen. Es ist Tatsache, daß in der Steiermark kein einziges Wirtschaftsamt und kein einziger Bürgermeister in der Lage waren, dem Bauern oder seinen Familienangehörigen Arbeitsschuhe zur Verfügung zu stellen, und das im Jahre 1947! Die Arbeitsschuhe, die das Land bekommen hat, waren einzig und allein für die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft bestimmt und sind hier aus einem Sonderkontingent vergeben worden. Hier müssen wir uns wirklich dafür einsetzen, daß in diesem Punkt raschestens Abhilfe geschaffen wird.

Ich darf des weiteren die Forderung erheben, daß das erste, was wir in Österreich wieder aufbauen müssen, unsere kriegszerstörten Landwirtschaften sind. Denn ein Bauer, der kein Haus hat, ein Bauer, der keinen Hof hat, kann nicht erzeugen und kann auch nicht abliefern. Es ist erschütternd, daß dort, wie ich vor einigen Wochen in einem Bezirk der Steiermark erfahren mußte, ein Besitzer, der 40 Joch Grund hat und dessen Gebäude durch die Kriegsereignisse zerstört wurden, heute noch immer keine nennenswerte Baustoffzuteilung erhalten hat. Hier müssen wir verlangen, daß auch im kommenden Jahr vor allem dem landwirtschaftlichen Wiederaufbau das volle Augenmerk zugewendet wird. Ein Gang durch das Wiederaufbauggebiet, zum Beispiel durch das Wechselgebiet, muß jedem von uns die Überzeugung geben, daß dieses Festhalten am Heimatboden, dieser fanatische Wille, wieder zu Haus und Hof zu kommen, unserer Hilfe und unseres Schutzes würdig sind.

Ich muß nun zu einem der wichtigsten Punkte kommen: Gerechte Preise für die Landwirtschaft! Ich weiß, vielfach sieht der Konsument in der Stadt nur die Preise, die er bezahlt, und kommt dadurch zu der Über-

zeugung, daß der Landwirt ja im Geld schwimmen müsse. Er sieht nicht — oder vielleicht wird ihm das auch zu wenig vor Augen geführt —, daß zwischen dem Konsumentenpreis und dem Produzentenpreis ein großer Unterschied besteht. (Ruf bei den Sozialisten: Daher Genossenschaften!) Als der Brotpreis erhöht wurde, ist das Brot um 96 Prozent im Preis gestiegen, das Getreide aber nur um 44 Prozent. Wir müssen ehrlich sein; wir wissen ja auch, daß natürlich dazwischen die gesamte soziale Belastung und die Kosten der Be- oder Verarbeitung liegen. Es ist daher nicht so, wenn wir von der Volkspartei hie und da — wie soll ich es nur sagen — bei den sozialen Maßnahmen etwas vorsichtig sind, daß wir diese den Arbeitern oder der Stadtbevölkerung überhaupt nicht gönnen würden, sondern wir wissen, daß schließlich und endlich auch der Konsument beim nächsten Einkauf bei jeder Ware hiezu beitragen muß. Wenn wir hören, daß zum Beispiel in Amerika die Erlöse für die Agrarprodukte die sechsfache Kaufkraft besitzen, dann muß uns das sagen, daß der heutige Zustand nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die gesamte österreichische Volkswirtschaft unerträglich ist.

Ich darf gerade in der Frage der landwirtschaftlichen Preise einen wohl unverdächtigen Zeugen anführen, nämlich die „Volksstimme“ vom 10. August 1947. Sie schreibt unter dem Titel: „Der Bauer und die Preiserhöhungen“: „Eine Mistgabel ist“ — gewiß kein Luxusgegenstand — „von 1-20 S auf 16 bis 18 S gestiegen, eine Qualitätssense von 3-50 S auf 12 bis 14 S“. Und so geht es weiter.

Die Bauern klagen mit Recht. Im Jahre 1937 konnte der Landwirt sich aus dem Erlös von 20 l Milch ein Hemd kaufen, obwohl, wie bekannt, auch damals die Milch- und Agrarpreise überhaupt nicht weiß Gott wie hoch waren, sondern allgemein als unzureichend erkannt wurden. Und doch, um wieviel schlechter ist es heute. Mit 25 kg Weizen konnte 1937 eine Tagschicht des Handwerkers bezahlt werden. Jetzt braucht man die Einnahme von 100 bis 120 kg dafür.

Unter solchen Verhältnissen kann die österreichische Landwirtschaft nicht wirtschaften. Wenn dieses Verhältnis zwischen den Preisen agrarischer Produkte, den Löhnen und den Preisen industrieller und gewerblicher Erzeugnisse weiter bestehen bleibt, dann wird und muß die österreichische Landwirtschaft zusammenbrechen. Der Bauer, Hohes Haus, steht vor der Wahl, entweder ins Armenhaus zu gehen oder auf Grund unserer Gesetze ins Zuchthaus zu wandern. Wir können auf den Bauern nicht verzichten, wir brauchen ihn. Deshalb der Landwirtschaft unsere ganze

1950 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

Hilfe und unseren ganzen Schutz! (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Durch die Wein- oder Pferdepreise mag sich das Bild für den Bauern etwas getrübt haben, aber wie wenig Bauern sind in Österreich, die Wein und Pferde zu verkaufen haben! Nicht immer gibt es gute Weinjahre. Jetzt haben wir zweimal so halbwegs gute Ernten gehabt, es kann aber sein, daß die nächsten fünf oder sechs Jahre den Weinbauern Mißernten bringen. Ich sage deshalb: gönnen wir den Weinbauern auch einmal diesen finanziellen Erfolg!

Ich weiß, es wird immer zwischen der Landwirtschaft, der Arbeiterschaft und der Industrie zu Kämpfen kommen. Man wird sich immer um die landwirtschaftlichen Gesteungskosten streiten. Darf ich da einen Vorschlag machen: Wie wäre es, wenn wir in Österreich in verschiedenen Gebieten und Lagen so zwanzig, dreißig Kontrollwirtschaften errichten würden? Wie wäre es, wenn wir in diesen landwirtschaftlichen Betrieben verschiedener Größe alle jene Maßnahmen — für die auch wir sind, wie Sie, meine Herren von der Linken — für die Landarbeiter einführen und durchführen würden und dann auf Grund der Ergebnisse dieser Kontrollbetriebe, ihrer Arbeit und Wirtschaftlichkeit die Agrarpreise berechnen würden. Ich bin der Überzeugung, daß die österreichische Landwirtschaft mit dieser Berechnungsgrundlage zufrieden sein würde. Ich bin der Überzeugung, daß die österreichische Bauernschaft mit diesen Kontrollbetrieben die Konkurrenz auch auf dem Preissektor aushalten würde. (Ruf: Haben die Kammern das noch nicht gemacht?)

Da meine Redezeit schon äußerst kurz wird, darf ich noch ganz kurz andeuten: Selbstverständlich brauchen wir für das Landvolk soziale Maßnahmen zur Bekämpfung der Landflucht usw. Wir glauben, daß, im Großen gesehen, hier die Gemeinschaftsrente das Richtige ist, und wir werden von dieser Forderung einer Volksversicherung, die auch die Bauern, vor allem die Kleinbauern umfaßt, so lange nicht abgehen, bis sie zum Nutzen des ganzen Volkes verwirklicht wird. (Beifall bei den Abgeordneten der ÖVP.) Wir brauchen auch Wohnungen für die Landarbeiter, und es wird Aufgabe künftiger Jahre sein, diesen Gedanken zu verwirklichen.

Aber eines, Hohes Haus, kann man von den Bauern nicht verlangen: daß er Wunder wirken soll. Wir wissen, daß die Löhne für die landwirtschaftlichen Arbeiter in einem ungesunden Verhältnis zu den Löhnen in der Stadt stehen, und wir wissen, daß jeder Landarbeiter das Recht und das Bestreben hat,

seine Lage zu verbessern. Wir wissen aber auch, daß das Land veröden wird, wenn hier nicht rasch Wandel geschaffen wird, aber genau so wissen wir, daß der Bauer nicht mehr aus seiner Brieftasche herausnehmen kann als er für seine Produkte erhält. Deshalb ist die soziale Frage für das Landvolk nicht zuletzt eine Frage gerechter Preise für unsere Agrarprodukte!

Ich muß zum Schluß kommen. Darf ich noch einmal sagen: Wir anerkennen die Arbeit des Herrn Landwirtschaftsministers und haben zu ihm volles Vertrauen (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen), und zwar deshalb, weil wir in ihm den Bauern auf der Ministerbank sehen. (Neuerlicher Beifall.) Ich weiß, daß das manchen Herren von der linken Seite vielleicht nicht paßt. Sie würden lieber den Sekretär des Arbeitsbauernbundes dort sehen. (Heiterkeit.) Wir haben aber zum Bauern mehr Vertrauen, und ich weiß, daß unser Landwirtschaftsminister gerecht, treu und bieder ist, so wie es echte österreichische Bauernart immer war und bleiben wird. Ich weiß, daß er, um dem ganzen Volk treu zu sein und seine Pflichten zu erfüllen, oft und oft den Bauern von heute Lasten auferlegen muß, die dieser kaum ertragen kann.

Ich darf zum Abschluß sagen: Wir verlangen nichts Unmögliches. Wir verlangen nur eines: Gerechtigkeit! Wir fordern sie, weil wir überzeugt sind, daß Österreich nur leben wird können, wenn sein Bauerntum stark, treu und frei ist! (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Rosenberger: Hohes Haus! Die wichtigste Funktion und Aufgabe der Landwirtschaft ist es, die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Daran, daß die Landwirtschaft diese Aufgabe unter den schwersten Bedingungen und Umständen zu erfüllen hat, trägt der unseligste aller Kriege die Schuld. Aus diesem Grunde ist die Ablieferung als solche natürlich oft unmöglich. Die Vorschriften, die von den Landes- und Bezirksaufbringungsausschüssen ausgegeben werden, sind oft derartig, daß ihre Erfüllung außerhalb des Möglichen liegt. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß man dem in Zukunft mehr Aufmerksamkeit widmen müssen.

Ich glaube, jetzt, wo wir zur Kontingentierung übergegangen sind, muß es doch möglich sein, dem Bauern nicht erst vier oder fünf Wochen vor der Ablieferung zu sagen, wie groß das Kontingent ist, das er abzuliefern hat. Diese Handhabung macht uns jetzt bei der Schweineablieferung und bei der Fleischaufbringung allgemein besondere Schwierigkeiten. Wenn wir uns die Vorschriften, besonders hinsichtlich der Schweine ansehen, bemerken wir, daß Schweine zur Ablieferung

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1951

vorgeschrieben werden, wo überhaupt keine vorhanden sind. Hätte man dem Bauern im Frühjahr gesagt, wieviel Stück Schweine er im Herbst, beziehungsweise Winter abzuliefern hat, wäre er in der Lage gewesen, dafür entsprechend vorzusorgen.

Die Ernährungslage ist furchtbar schwer. Die Ernährung des österreichischen Volkes durch unsere, wenn auch am Bodenliegendelandwirtschaftliche Produktion ist von eminenter Bedeutung. Es hat daher auch einen Sinn, wenn wir uns darüber den Kopf zerbrechen und Gedanken machen, wie wir die Ernährung des österreichischen Volkes sicherstellen und die landwirtschaftliche Produktion heben können. Wenn man auf unserem Kontinent Umschau hält, so muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß in ganz Europa, dort, wo es notwendig erschien, die Besitzreform, die Bodenreform durchgeführt wurde. In Österreich ist man bis jetzt nicht dazu gekommen, auf diesem Gebiet auch nur irgend etwas zu unternehmen. Es hat den Anschein, als ob das bei uns überhaupt nicht notwendig wäre, als ob bei uns auf dem Gebiet der Verteilung von Grund und Boden alles in schönster Ordnung wäre. Dem ist aber nicht so, denn gerade das Gegenteil ist richtig. Wenn der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung die Notwendigkeit einer Bodenreform bejaht hat, wenn die politischen Parteien, die hier im Hause vertreten sind, schon im Jahre 1945 vor der Wahl die Durchführung dieser Bodenreform zu ihrem Wahlprogramm gemacht haben, wenn, wie heute hier schon erwähnt wurde, zwei einstimmige Landtagsbeschlüsse vorliegen, die auf die Notwendigkeit der Bodenreform hinweisen und diese fordern, dann glaube ich, ist es Pflicht des österreichischen Nationalrates, dieses Versprechen endlich einmal einzulösen. Es ist dies nicht nur eine Forderung von tausenden und zehntausenden österreichischer Bauern, sondern diese Bodenreform ist eine Lebensnotwendigkeit des österreichischen Volkes geworden.

Warum wird auf diesem Gebiet nichts gemacht? Warum kommen wir mit der Bodenreform nicht weiter? Weil es hier Gegner gibt, die uns mit allen Argumenten aufwarten. Außer diesen grundsätzlichen Gegnern der Bodenreform gibt es aber auch eine Gruppe von Menschen, die aus lauter Angst, bei der Durchführung der Bodenreform unter Umständen Fehler zu machen, davor zurückschrecken, die Bodenreform ernstlich vorwärtszutreiben. Meine Fraktion hat im vorigen Jahr einen Antrag, der die Durchführung der Bodenreform fordert, eingebracht. Der Antrag ist viele Monate im Ausschuß gelegen, ohne daß er einer Behandlung zugeführt worden

wäre. Erst auf unser energisches Betreiben hat sich der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft mit diesem Bodenreformertrag befaßt. Er hat einen Unterausschuß eingesetzt, der die Aufgabe hatte, diesen Antrag zu beraten und dem Ausschuß über seine Beratungen Bericht zu erstatten. Dieser Unterausschuß hat auch einige Sitzungen abgehalten. In diesen Sitzungen ist es uns aber klar geworden, daß die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei absolut nicht den Willen haben, in eine sachliche Beratung unseres Antrages einzugehen. Schließlich und endlich haben sie uns erklärt, daß sie unseren Bodenreformertrag ablehnen werden.

Was hat nun dieser sozialistische Bodenreformertrag verlangt? Ich glaube, daß die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei im Unterausschuß die größte Angst, die größte Scheu schon vor dem ersten Paragraphen dieses Antrages hatten, in dem es hieß, daß der private Großgrundbesitz über 500 ha enteignet wird. Hohes Haus! Ich bin der Meinung, daß diese Grenze von 500 ha von den einzelnen Ländern gar nicht akzeptiert wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine solche Bodenreform, die die Grenze mit 500 ha festsetzt, durchdringen würde, falls man sie zum Beispiel im Burgenland zur Abstimmung bringen würde. Man müßte dabei sehr gewaltig heruntergehen.

Was hat nun der Antrag beabsichtigt? Was soll mit dem Grund und Boden, der enteignet wird, geschehen? Der Antrag hat vorgesehen, daß dieser enteignete Grund dazu verwendet werden soll, um bestehende kleine, nicht lebensfähige Bauernwirtschaften zu ergänzen und zu stützen. Er hat weiter vorgesehen, daß man auf diesem enteigneten Grund und Boden Mustergüter schaffen soll, Güter für Schulungszwecke, für Saatgutzüchtungen usw.

Die Forderung ist sicherlich gerechtfertigt, weil wir doch Zehntausende lebensunfähiger Bauernwirtschaften haben, die nicht imstande sind, auf ihrem eigenen Grund und Boden ihre Familien zu erhalten und ihre Existenz zu sichern. Die Errichtung von Mustergütern, insbesondere für Schulungszwecke, ist aber vielleicht notwendiger und unerläßlicher für uns und für Österreich als für irgend ein anderes Land.

Ich habe im vergangenen Sommer Gelegenheit gehabt, bei einer Studienreise durch Schweden die schwedische Landwirtschaft zu studieren, und wenn ich eines hervorheben darf, so muß ich sagen, daß die schwedische Regierung keine Opfer scheut, um das Bildungsniveau der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung in Schweden zu heben. Angefangen von der Volkshochschule, über die Fachschulen bis zu den Korrespondenzschulen

1952 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

hinauf, gibt es in einem einzigen Jahr hunderttausende schwedische Bauernsöhne, die an diesen Schulungen teilnehmen.

Wenn man mit dem Argument kommt und sagt, daß die Großbetriebe für die technische Entwicklung leichter zugänglich seien als unsere bäuerlichen Betriebe, so mag das wohl richtig sein. Aber es kann doch nicht die Behauptung aufgestellt werden, daß die technischen Neuerungen vor den Bauernhöfen haltgemacht haben. Man muß nur die Voraussetzungen dafür schaffen. Natürlich ist es besonders im Burgenland, dem Land des typischen Großgrundbesitzes, das auf der anderen Seite die Masse der kleinen Bauern hat, die ihre Wirtschaft auf 20 bis 30 Parzellen aufgeteilt haben, sehr schwer, mit Maschinen zu arbeiten und der Technik Tür und Tor zu öffnen. Man wird darangehen müssen, wenn es auch heute unpopulär ist, die Kommassierung vorwärts zu treiben. Mit dieser Zusammenlegung der verschiedenen Parzellen schaffen wir die Voraussetzungen für die Möglichkeiten der Technik innerhalb unserer Bauernhöfe.

Wenn das Argument, daß die Großbetriebe und der Großgrundbesitz für die Ernährung und Erhaltung unserer Städte notwendig sind, gegen die Bodenreform verwendet wird, muß demgegenüber eingewendet werden, daß das nicht richtig ist. Bei uns im Burgenland sehen Sie zum Beispiel viele Großbetriebe und viel Großgrundbesitz, wo auch im Jahre 1946 große Flächen nicht bebaut wurden, und wenn, dann war der Ertrag ein sehr geringer, weil die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte gefehlt haben.

Noch eine entscheidende und wichtige Frage! Von wo soll der Großgrundbesitz in Zukunft die Arbeitskräfte hernehmen? Früher einmal sind sie aus der Slowakei und aus Ungarn zu uns gekommen. Diese Arbeitskräfte bleiben nun aus. Sie werden in Zukunft nicht mehr kommen. Eine entscheidende Frage für diese Betriebe ist daher die Versorgung mit Landarbeitern.

Wenn mein Vorredner auch davon gesprochen hat, daß wir eine krisenfeste Landwirtschaft brauchen, so bin ich der Meinung und fest davon überzeugt, daß man unsere Bauernhöfe und Bauernwirtschaften viel leichter krisenfest machen wird können als die Großbetriebe.

Hohes Haus! Im kommenden Jahr wird die österreichische Bauernschaft das hundertjährige Jubiläum ihrer Befreiung feiern. Wenn wir diese Feiern vorbereiten, wird die Lage sehr drückend sein, weil wir wissen, daß es heute noch einen Teil der Bauernschaft gibt, der nicht frei ist, der sich in sehr drückender

Abhängigkeit vom Großgrundbesitz befindet. Wenn wir uns im Burgenland umsehen und besonders die Bauernbetriebe um den Neusiedlersee herum betrachten, so müssen wir feststellen, daß unsere Bauern nicht nur wie vor dem Jahre 1848 den zehnten Teil an den Großgrundbesitzer abliefern müssen, sondern rund die Hälfte des Ertrages ihrer Wirtschaft für Futtermittel, Streu und auch für Schilfrohr, das sie zum Beispiel im Seewinkel für Beheiligungszwecke brauchen. Die Bauern sind in drückender Abhängigkeit vom Großgrundbesitz und müssen oft, um Futtermittel, Heu usw. zu bekommen, wenn sie nicht das notwendige Geld dazu haben, beziehungsweise Produkte dafür hergeben können, wochenlang beim Großgrundbesitzer Robot leisten.

Ich glaube daher, daß es die vornehmste Aufgabe des Nationalrates sein muß, unseren Bauern den Boden zurückzugeben, der ihnen einstmals geraubt wurde, den Boden dem Volke zu geben, dem er einst gehört hat! (Beifall bei den Sozialisten.)

*

Die Verhandlung wird zur Vornahme der **Abstimmung** unterbrochen.

Gruppe VI, umfassend Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht, Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, und Kapitel 28, Titel 8: Bundestheater, wird gemäß dem Antrag des Berichterstatters genehmigt;

die fünf Ausschlußentscheidungen zu Gruppe VI (S. 1843) werden in der vom Ausschuß beantragten Fassung einstimmig angenommen.

Gruppe VII, bestehend aus Kapitel 14: Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, und

Gruppe VIII, umfassend Kapitel 15: Soziale Verwaltung, und Kapitel 28, Titel 9: Bundesapotheken, werden angenommen;

die fünf Ausschlußentscheidungen zu Gruppe VIII (S. 1902) einstimmig beschlossen.

Hierauf wird die Spezialdebatte über die **Gruppe X** fortgesetzt.

Abg. **Mittendorfer**: Hohes Haus! Österreich steht vor der Notwendigkeit, nach der schweren Katastrophe, die ihm durch die Kriegswirtschaft der letzten Jahre, beziehungsweise durch den Krieg bereitet wurde, seine Wirtschaft ganz neu aufzubauen. Im Zuge dieses Neuaufbaues unserer Wirtschaft muß auch der Forstwirtschaft gedacht werden, die in Zukunft sicherlich eine ganz maßgebliche Rolle zu spielen hat.

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1953

Seit Menschen die Erde bewohnen und herauf bis zum heutigen Kulturstaat ist Wald und Holz ein unentbehrlicher Bestandteil des Lebens schlechthin. Der Wald ist Voraussetzung und Bedingung für die Landeskultur, für die Fruchtbarkeit des Bodens durch die Aufspeicherung der Niederschläge, zur Verhinderung von Naturkatastrophen, zur Ausnutzung der Wasserkräfte usw. Auf Grund dieser engen Verbindung des Waldes mit dem Menschen ist die Frage der Stellung des Waldes und hier besonders jene der österreichischen Hochgebirgsforste eindeutig zu beantworten.

Der Staatswald als Gut des gesamten Volkes innerhalb des Staates ist in eigenster Regie zu führen, seine naturgebundenen Werte haben vor sogenannten kaufmännischen Erwägungen den Vorrang zu genießen und sind an die Spitze alles Handelns zu stellen. Der österreichische Staatswald kann in dieser Hinsicht mit keinem anderen Staatsbetrieb verglichen werden. Die fachmännische Pflege und Behandlung ist vor die kaufmännische Ausnutzung zu stellen. Die letzten 25 Jahre haben zur Genüge bewiesen, daß sich teilweise sogar der Fachmann, beeinflußt durch kaufmännische Vorteile, von dem Gedanken leiten ließ, er müsse seinen Betrieb finanziell ausgleichen und daher wider besseres Wissen und Können bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes waldbauliche Bedenken zugunsten des finanziellen Augenblickserfolges übergehen. Ob nun diese Vorgangsweise letzten Endes wirtschaftlich ist oder war, das ist mehr als zweifelhaft.

Schon in der Zeit der Errichtung der österreichischen Bundesforste bis zum Anschluß mußte der österreichische Staat zum Ausgleich der Kassagebarung dieses Staatsbetriebes, wie auch diesmal, Zuschüsse leisten. Ob nun diese Belastung durch kaufmännische Behandlung des Staatswaldes um ein Geringes erniedrigt werden kann, das darf bei der Bedeutung des Waldes für den Gesamtstaat nur eine völlig untergeordnete Rolle spielen.

Bei jeder Maßnahme und bei jedem Eingriff in die Substanz des Waldes muß der Fachmann und nicht der Kaufmann das erste Wort sprechen. So wie die waldbauliche Behandlung und Betreuung der Forste nur einem Forstmann anvertraut werden darf, ebenso kann andererseits die Gewinnung des Hauptproduktes Holz nur dem Waldfacharbeiter ordnungsgemäß und fachlich, daher immer noch am billigsten, anvertraut werden. Beim Waldarbeiter der Hochgebirgsforste ist es wohl erste Bedingung, daß er Facharbeiter sein muß. Unter Facharbeiter haben wir hier die Kategorie jene Arbeiter zu verstehen, die neben den eigentlichen Schlägerungs- und Lieferungsarbeiten auch alle Facharbeiten im Riesenbau, Straßenbau, Brückenbau, Waldarbeiter-

stubenbau usw. beherrschen. Um die unbedingte Notwendigkeit des Waldfacharbeiters der Gebirgsforste zu beweisen, braucht man absolut nicht besondere Beispiele anzuführen, es genügt auch schon die Erfahrung mit dem alltäglichen, allerdings sehr gepriesenen Stockkäufer, das heißt Holzhändler.

Voraussetzung zur Vergebung von Stockverkäufen größeren Ausmaßes ist das Vorhandensein der vom Waldarbeiter geschaffenen Lieferungsanlagen und Einrichtungen, ohne deren Inanspruchnahme der Holzhändler, der Stockkäufer, mit seinen ungeschulten Arbeitern in vielen Fällen im Hochgebirge überhaupt nicht eingesetzt werden kann. Wird der Holzhändler eingesetzt, dann geht selbstverständlich sein Streben dahin, die Schlägerung und Lieferung des Holzes auf billigste Art und Weise durchzuführen. An sich ist dies natürlich keine schlechte Eigenschaft, aber dieses „billige“ Holzschlägern geht auf Kosten der verwendeten Arbeiter oder aber auf Kosten der Staatsforste. In den meisten Fällen sind beide die Leidtragenden.

Wenn man den Eindruck, den man aus diesen Geschäften der vergangenen Jahre gewonnen hat, wiedergeben soll, dann ist das Bild äußerst ungünstig. Was hat der Holzhändler schon für ein Interesse an der richtigen Fällung und Ausformung? Ihm kommt es ja nur auf die Billigkeit an, ob der Stock 20, 50 oder mehr Zentimeter hoch ist, ob der Stamm durch das Fällen leidet, ob die anfallenden Sortimente richtig ausgewertet werden oder nicht, all das ist für ihn vollkommen belanglos. Er kauft ja nicht den stehenden Stamm, sondern lediglich das Produkt Holz, und dieses selbst wieder abgestuft nach aufgestellten Sortimenten. Was nach der Ausbeutung solcher Bestände zu geschehen hat, wie und mit welchen Kosten solche Flächen wieder bestockt werden, das interessiert den Stockkäufer nicht mehr, denn sein Geschäft ist bereits abgeschlossen.

Ein weiteres Beispiel, das die Notwendigkeit des Waldfacharbeiters aufzeigt, stellt folgender Fall aus der Praxis dar: In mehreren Teilen eines entlegenen und wenig aufgeschlossenen Revieres liegen tausende Meter Windwürfe von fast ausschließlicher Brennholzqualität. Die reinen Gestehungskosten belaufen sich vielleicht höher als der Erlös beim Verkauf des Holzes. Welcher Stockkäufer würde sich zur Aufarbeitung solchen Holzes bereit erklären? In diesem Falle bleibt dem Forstamt wohl nichts anderes übrig, als diese Arbeit in eigener Regie durchzuführen, denn aufgearbeitet muß solches Holz werden, wenn auch mit Verlust. Hier kommt nur der betriebsgebundene Waldfacharbeiter in Betracht, für den nicht nur bequeme und günstige Arbeiten,

1954 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

sondern auch jede noch so schwierige und gefährvolle Arbeit Selbstverständlichkeit ist.

Ich habe diese zwei Beispiele mit Absicht angeführt, um neuerlich zu beweisen, wie wichtig es wäre, endlich die Einrichtung der statutarischen Arbeiterschaft bei den Bundesforsten zu schaffen und dadurch die ständige Abwanderung aus dem Beruf der Forstarbeiter und die Verminderung der Leistung zu unterbinden. Erfahrene Forstleute sind heute längst davon überzeugt, daß die Abschaffung des ständigen Standes ein ganz großer Fehler war.

Im übrigen sei erwähnt, daß die Einrichtung des statutarischen Systems bei den Bundesforsten auf Jahrhunderte zurückreicht. Es bestand ein von der Kaiserin Maria Theresia gut dotierter Provisionsfonds, der durch die Kriegsanleihe im ersten Weltkrieg verloren ging. Es kann daher keineswegs von einem Geschenk die Rede sein, sondern vielmehr von einer Verpflichtung, wenn der Staat diese verhältnismäßig unbedeutende Provisionslast übernimmt.

Ich bin schon bei der ersten Budgetberatung im Jahre 1946 für die Wiedereinführung des ständigen Forstarbeiterstandes mit Pensionsberechtigung und Unfall- und Invaliditätsversorgung gleichzeitig mit meinen Kollegen eingetreten, muß aber heute mit Bedauern feststellen, daß ein diesbezüglicher Gesetzentwurf trotz des Antrages bisher dem Nationalrat nicht vorgelegt wurde. Ich appelliere daher neuerlich an die zuständigen Stellen, das Versäumte in Kürze nachzuholen. Es würde so ein Unrecht gutgemacht und den Betreuern des Waldes das gegeben, was ihnen der Staat schon längst schuldig ist. Dadurch würde aber auch die Arbeitsfreude und die Leistung gehoben und den Staatsforsten die Möglichkeit gegeben werden, wieder junge, kräftige, berufstreue und fachlich gut ausgebildete Arbeiter zu bekommen.

Hohes Haus! Ich möchte noch ganz kurz zum Kapitel Wildbachverbauung Stellung nehmen. Österreich zählt zur Zeit 1317 Wildbäche, das sind solche Bäche, an denen seit dem Bestehen der Wildbachverbauung gebaut oder deren Verbauung projektiert oder aber hinsichtlich welcher wegen des Ausmaßes der Schäden Verbauungsansuchen gestellt wurden. Das Einzugsgebiet dieser 1317 Wildbäche, die Schäden an Eisenbahnen, Brücken, Straßen, elektrischen Kraftzentralen und anderen Baulichkeiten, die ständig in großer Gefahr stehen, verursachen, beträgt in Österreich mehr als ein Viertel der Gesamtfläche. Welches Ausmaß die durch Wildbäche entstandenen Schäden erreichen können, das sei kurz an folgenden zwei Beispielen aufgezeigt:

Der durch die Hochwasserkatastrophe im Jahre 1946 in Tirol allein verursachte Schaden betrug 6,5 Millionen Schilling. Die Hochwasserkatastrophe vom 4. Juli dieses Jahres in Werfen kostete allein an Umleitungsgebühren, die die Bundesbahnen an die Deutsche Reichsbahn während der rund vierwöchigen Verkehrsunterbrechung zu leisten hatten, mehr als 10 Millionen Schilling. Dazu kommen noch alle Wiederherstellungsarbeiten und die Kosten für die erforderlichen Wildbachverbauungen, so daß diese eine nur örtliche Katastrophe allein einen Aufwand von rund 20 Millionen Schilling erfordert hat. Aus der großen Zahl von Wildbächen und aus den riesigen Ausmaßen der durch sie verursachten Schäden ist ersichtlich, welche Bedeutung der Wildbachverbauung in Österreich zukommt.

Es ist klar, daß sowohl die staatsfinanzielle Lage wie auch der derzeitige Mangel an brauchbaren Arbeitskräften und Baustoffen eine Dotierung mit höheren Krediten nicht zulassen, aber es ist ebenso klar, daß der im vorliegenden Budget für 1948 vorgesehene Betrag für die Wildbachverbauung von 13,5 Millionen Schilling nicht gestatten wird, die bestehenden Aufgaben voll zu erfüllen.

Sicher ist, daß Kürzungen der Kredite für die Wildbachverbauung nicht Ersparnisse, sondern eine Vergeudung bedeuten. Bei genügender Dotierung verbraucht man das Geld zur Verhütung von Schäden, bei ungenügender Dotierung verbraucht man aber mehr Geld zur Behebung der Schäden. Zusätzlich wird aber noch Geld für die Verbauung verbraucht, wobei dieser zusätzlich für die Verbauung aufzubringende Betrag in den meisten Fällen ein Vielfaches jenes Betrages ausmacht, der, wenn er rechtzeitig ausgelegt worden wäre, verhindert hätte, daß überhaupt ein Schaden entsteht. Es besteht also ein großes allgemeines öffentliches Interesse daran, daß die Wildbachverbauung die erforderlichen Zuwendungen rechtzeitig erhält, weil dadurch in die Millionen gehende Beträge erspart werden können.

Die als dringend nötig erkannte Intensivierung der Verbauungstätigkeit hängt aber nicht nur von den verfügbaren Geldmitteln, sondern auch vom Vorhandensein der nötigen Baustoffe und Arbeitskräfte ab. Ich bitte daher das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, die Wildbachverbauung auch bei der Zuteilung von Baustoffen genügend zu berücksichtigen.

Gleichzeitig aber ist es auch notwendig, die dort unter sehr harten und schwierigen Arbeitsbedingungen eingesetzten Arbeiter bei der Zuweisung von Schuhen, Bedarfsgegenständen, Bekleidung usw. bevorzugt zu be-

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1955

handeln. Wenn alle diese Voraussetzungen gegeben sind, dann können wir wohl damit rechnen, daß der Volkswirtschaft auf diese Weise am raschesten und auch am richtigsten geholfen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Spielbücher: Hohes Haus! Im Bericht zum Kapitel Österreichische Bundesforste wird ein Jahresholzeinschlag von 1,800.000 fm ausgewiesen. Das ist etwa um 400.000 fm mehr, als der normale Einschlag wäre. Im kommenden Jahr wird diese Einschlägerung wieder so wie im vergangenen Jahr vorgenommen werden müssen. Die Plünderung unseres Waldes geht also weiter. Es ist der Fluch des Krieges, der zur Folge hat, daß heute noch auf Grund der Kohlennot so schwer in unsere Wälder eingegriffen werden muß. Hoffen wir, daß es uns bald gelingen wird, diesem Raubbau an unserem Wald ein Ende zu setzen.

1,800.000 fm Holz, die in den Bundesforsten im Jahr zum Einschlag kommen, kennzeichnen auch so richtig die wirtschaftliche Bedeutung des Betriebes Österreichische Bundesforste. Diese gewaltige Menge Holz erfordert aber auch eine ganz gewaltige Arbeitsleistung. Die heute in den Bundesbetrieben beschäftigten Arbeiter, etwa 5500, sind nicht in der Lage, diese Arbeit voll und ganz zu bewältigen. Zehntausende Festmeter Holz müssen von privaten Sägewerksbesitzern und Selbstwerberrn aus Stadt und Land geschlägert werden. Nur primitiv mit Werkzeug ausgerüstet, ohne Fachkenntnisse, wird diese Arbeit meist zum Schaden der ganzen Forstwirtschaft verrichtet. Viele dieser Arbeiter haben zufolge der Unkenntnis der Gefahren gerade in den Hochgebirgsforsten in den letzten Jahren ihr Leben lassen müssen. Die Leistung aber, die dabei erzielt wird, ist trotz der Mühe und Plage dieser Leute bei weitem nicht die gleiche wie bei erfahrenen Forstarbeitern; im Gegenteil: sie verteuert nur die Produktion.

Wenn dies auch Nachkriegerscheinungen sind, so ist es doch aus betriebswirtschaftlichen Gründen notwendig, daß wieder ein ständiger Stand von Forstarbeitern geschaffen wird, der es ermöglicht, alle diese Arbeiter bei den normalen Einschlägerungen draußen in den Verwaltungen das ganze Jahr hindurch zu beschäftigen und alle einschlägigen Arbeiten zu verrichten.

Dem Rechnung tragend, aber auch aus sozialen Gründen, die hier von meinem Kollegen Vorredner bereits angeführt worden sind, hat die Sozialistische Partei bereits im Juni 1946 einen Antrag eingebracht, der die Wiedereinführung des ständigen Dienstverhältnisses bei den Österreichischen Bundesforsten

vorsieht. Der Leidensweg, den dieser Antrag in diesem Hause bisher gegangen ist, verdient wirklich, hier in aller Öffentlichkeit festgehalten zu werden. Monatlang blieb der Antrag überhaupt liegen. Erst auf unser Drängen wurde im Dezember 1946 ein Unterausschuß eingesetzt, dem dieser Antrag zur Beratung zugewiesen wurde. Am 21. Jänner 1947 hat dieser Ausschuß einstimmig einen Antrag angenommen, der dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zugeleitet wurde. Auch vom Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft wurde dieser Antrag in der Sitzung vom 20. März wieder einstimmig angenommen und dem Nationalrat zugeleitet. Er lautet (liest): „Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wird aufgefordert, dem Nationalrat in der Frühjahrs-session einen Gesetzentwurf vorzulegen, der im Einklang mit den wirtschaftlichen und pfleglichen Interessen der Waldwirtschaft die Schaffung eines ständigen Arbeiterstandes mit einer auskömmlichen Altersversorgung vorsieht.“ Das Parlament hat diesen Antrag am 26. März dieses Jahres hier im Haus einstimmig zum Beschluß erhoben.

Wir haben nun mit Recht erwartet, daß vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft ein einstimmig gefaßter Beschluß des Parlaments auch beachtet wird. Dem ist aber nicht so. Das Ministerium hat sich einfach um den einstimmig gefaßten Beschluß des Nationalrates nicht gekümmert. Die Frühjahrs-session ging zu Ende, ein Gesetzentwurf wurde nicht eingebracht. Abgeordnete der Sozialistischen Partei haben dann eine Anfrage an den Herrn Bundesminister Kraus gerichtet und gefragt, welche Gründe dafür maßgebend sind, daß ein Beschluß des Parlaments einfach mißachtet wird. Uns war das um so unerklärlicher, weil dieser Antrag im Ausschuß und im Hause einhellig angenommen wurde. Die Forstarbeiter draußen wissen genau, daß beispielsweise der Herr Kollege Ing. Strobl im Ausschuß und auch im Hause positiv für diesen Antrag eingetreten ist. Die Forstarbeiter wissen genau, daß der Herr Kollege Mittendorfer, der hier vor mir gesprochen hat, damals bereits anläßlich der Debatte zum Jahresvoranschlag 1946 hier im Haus für die Einführung des ständigen Dienstverhältnisses der Forstarbeiter eingetreten ist, aber die Zahl der Forstarbeiter, die noch daran glauben, daß ihre Interessen von dieser Seite wirklich wahrgenommen werden, wird immer geringer, denn schöne Worte, schöne Reden, wie sie jetzt der Herr Abg. Mittendorfer gehalten hat, haben sie von dieser Seite schon seit dem Jahre 1925 ununterbrochen gehört. Diesen schönen Worten müssen endlich einmal Taten folgen! Das

1956 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

Parlament aber macht sich vor den Augen der ganzen Öffentlichkeit lächerlich, wenn seine Beschlüsse einfach mißachtet werden.

Die diesbezügliche Anfrage der Abg. Schneeberger und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wurde von diesem im September dieses Jahres beantwortet. Diese Antwort ist sehr, sehr inhaltreich, aber auf die Fragen, um die es geht, auf das Kernproblem, geht sie überhaupt nicht ein, das Problem selbst wird gar nicht berührt. Das Problem, um das es hier geht, liegt darin, daß der notwendige Arbeiterstand, den wir in den Verwaltungen das ganze Jahr hindurch brauchen, um die Arbeit verrichten zu können, stabil zu machen ist, denn jetzt ist es so, daß die Leute heute kommen und morgen wiedergehen, daß also ein ständiger Durchzug stattfindet. Die Leistung der Arbeiter ist meist sehr gering, weil die Leute keine Erfahrung haben, wodurch wieder die Produktion verteuert wird.

Nachwuchs ist in den meisten Forstverwaltungen überhaupt nicht vorhanden. Es gibt mehrere Forstverwaltungen, wo von 80 bis 100 beschäftigten Arbeitern kaum ein einziger unter 35 Jahre alt ist. Es gibt aber dafür eine Menge Forstarbeiter über 60 Jahre, die körperliche Ruinen sind und die längst in den verdienten Ruhestand geschickt werden sollten. Der körperliche Verbrauch ist bei dieser schweren Forstarbeit sehr groß, besonders in den Gebirgsforsten sind die Gefahren dieser Arbeit viel größer, und die Arbeiter sind Unfällen viel mehr ausgesetzt als sonstwo. Außerdem müssen sie immer bei Wind und Wetter draußen sein, was sich gesundheitlich sehr schlecht auswirkt. Sie sind meist schutzlos und viel mehr als in einem anderen Beruf den Witterungsverhältnissen preisgegeben. Dieses Problem wirklich sozial zu lösen, ist die Voraussetzung, um die es geht. Solange das nicht geschehen ist, nützen keine Gesetze zur Ansiedlung und Selbsthaftmachung der Land- und Forstarbeiter, und es wird kein Facharbeiterstand durch irgend eine gesetzliche Maßnahme geschaffen werden — wie es hier angeführt worden ist —, weil die Leute unter solchen Bedingungen nicht in diesen Beruf zu bringen sind. Alle die in Aussicht gestellten Gesetze, die auch der Herr Landwirtschaftsminister in seiner Antwort verspricht, sind auf diesem Wege nur Scheinmanöver. Es wird zwar etwas auf dem Papier stehen, aber Taten werden sie unter gar keinen Umständen setzen, und die Verhältnisse werden dadurch nicht geändert. Trotzdem ist meine Partei jederzeit bereit, auch über diese Fragen zu verhandeln, und wir hoffen, daß es uns gelingen wird, dabei auch diesen Problemen wirklich näherzukommen. Nur erwarten wir,

daß ehestens konkrete Verhandlungen geführt werden.

Genau so unbefriedigend wie die Antwort des Herrn Landwirtschaftsministers auf den Parlamentsbeschluß war auch eine Antwort des Bundeskanzleramtes auf die Anfrage der sozialistischen Abgeordneten von Oberösterreich wegen des Forstarbeiterstreiks im Juni dieses Jahres. Auch das möchte ich hier in aller Öffentlichkeit festhalten, denn da wurde dem Herrn Bundeskanzler von irgend einem Bürokraten eine Antwort zurechtgezimmert, die ausgesprochene Unwahrheiten beinhaltet hat, wofür wir jederzeit den Beweis antreten können. Das Parlament aber wird in Zukunft darauf sehen müssen, daß die Beschlüsse, die hier gefaßt werden, von den Ministerien und von den Bürokraten auch beachtet werden, sonst werden wir bald so weit sein, daß hier in diesem Hause Gesetze beschlossen werden, daß sie aber bei der nächsten Gelegenheit von den Ministerialbeamten einfach in den Papierkorb geworfen werden. Daß aber das Recht und die Würde des Parlaments gewahrt werden, dafür werden wir Sozialisten sorgen! Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

*

Während vorstehender Ausführungen hat Präsident **Böhm** den Vorsitz übernommen.

Abg. Ing. **Kottulinsky**: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft das Wort ergreife, so geschieht dies, um die Frage der Bodenreform im allgemeinen und die Frage des kommunistischen Landraubes im besonderen einer Erörterung zu unterziehen.

Bei der Behandlung der Frage der Bodenreform können wir uns nur von zwei Gesichtspunkten leiten lassen: vom wirtschaftlichen und vom sozialen. Politische Überlegungen haben da keinen Raum, und wir als Volkspartei lehnen diese grundsätzlich ab. Man erhebt manchmal den Vorwurf, daß diese Frage durch die Österreichische Volkspartei nur zögernd in Angriff genommen werde. Ich versichere Sie, meine Damen und Herren, daß dieses Zögern immer dann festgestellt werden kann, wenn irgend eine Frage von öffentlichem Interesse in den Bereich der Demagogie und doktrinäer Ideologien gezogen wird. Es hat den Anschein, als ginge es manchen Leuten nur darum, irgend jemandem irgend etwas wegzunehmen. Die Methode ist sehr einfach und appelliert an einen der niedrigsten Instinkte, den Neid.

Die Beratungen im Unterausschuß sind nach einer Reihe von Sitzungen bisher leider — zum Schaden der Sache — ergebnislos verlaufen. Die Beratungen müssen und werden daher fortgesetzt werden, sie werden, wie ich fest überzeugt bin, zu einem positiven Ergebnis

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1957

führen. Der Herr Abg. Rosenberger hat erklärt, daß der Initiativantrag der Sozialistischen Partei von meiner Partei deswegen abgelehnt wurde, weil die Kollegen meiner Partei grundsätzlich gegen eine Reform eingestellt seien. Ich muß diesen Erklärungen des Herrn Abg. Rosenberger widersprechen und feststellen, daß der Antrag der Sozialistischen Partei nur deswegen abgelehnt wurde, weil er uns als Grundlage für die weiteren Verhandlungen nicht geeignet erschien.

Wir haben eine Regierungsvorlage, und die Sozialistische Partei wird Gelegenheit haben, ihre Gedankengänge in diese Regierungsvorlage einzubauen. Die Zusatzanträge des Österreichischen Bauernbundes, betreffend Seßhaftmachung und Ansiedlung der Bauern im Gebirgsland, wirtschaftliche Festigung der Gebirgsbauern, Überführung langfristig verpachteter Grundstücke in das Eigentum der Pächter sowie intensivste Bewirtschaftung und Bestockung der Almen, seien hier erwähnt.

Ich möchte an dieser Stelle einmal feststellen und habe auch in den Verhandlungen des Unterausschusses keinen Zweifel aufgenommen lassen, daß die Verstaatlichung des Waldbesitzes für uns als Volkspartei undiskutabel ist. Warum sprechen wir uns so entschieden gegen die Verstaatlichung des Waldbesitzes aus? Weil wir die Notwendigkeit hierfür in Österreich nicht gegeben erachten. Wir haben ein erstklassiges Forstgesetz, das eine engmaschige staatliche Kontrolle, eine Lenkung und Planung der Holzwirtschaft überhaupt und damit eine pflegliche Bewirtschaftung des Waldes vollauf gewährleistet. Jeder Betrieb ist verpflichtet, ein Forstelaborat, einen Hiebsplan zu haben, und jeder Betrieb über 800 ha in der Ebene und über 1000 ha im Gebirge ist verpflichtet, einen geprüften Forstmann als Wirtschaftsführer zu bestellen. Die Fragen des Schutz- und Bannwaldes sowie des Aufforstungszwanges seien nur nebenbei erwähnt. Welchem der beiden Besitzformen der Vorzug zu geben sei, dem Staatswald oder dem Privatwald, darüber gibt das heurige Budget hinreichend Auskunft. Das geradezu chronische Passivum im Budget der Bundesforste gibt uns zu denken. Daher sind wir keinesfalls gewillt, dieses Loch im Boden des Fasses weiter zu vergrößern.

Es wird von den Anhängern der Verstaatlichung vielfach hervorgehoben, die soziale Lage des Landarbeiters sei im Staatswald besser als im Privatwald. Demgegenüber möchte ich nur bemerken, daß mir kein Fall eines Streiks von Waldarbeitern im Privatwald bekannt ist. Dagegen hat mein Vorredner selbst darauf hingewiesen, daß im Vorjahr eine ziemlich ansehnliche Streikbewegung im Staatswald zu verzeichnen war.

Der private Waldbesitzer ist sich seiner Pflicht gegenüber dem Staat und gegenüber der Volkswirtschaft voll bewußt und hat bisher in vorbildlicher Weise sein forstliches Können wie sein soziales Empfinden unter Beweis gestellt. An eine Zerschlagung des landwirtschaftlichen Gutsbesitzes in Österreich denkt wohl kein verantwortungsbewußter Politiker, denn die Marktleistung dieser Betriebe ist anerkannt und unbestritten.

Zur Bodenreform möchte ich nur erklären, daß sie so durchgeführt werden wird, wie es die beiden Mehrheitsparteien dieses Hauses für zweckmäßig und richtig finden werden. Der Großgrundbesitz, der rückhaltlos auf dem Boden der agrarischen Gemeinschaft steht, wird wirtschaftlich und sozial berechtigten, also gesunden Bodenhunger weitgehend anerkennen.

Nun zum Landraub. Hier möchte ich zu den Ausführungen des Abg. Honner erklären, daß er scheinbar vergessen hat, daß bereits im Jahre 1919 die Führung des Adelstitels abgeschafft wurde und sein Gebrauch — auch zum Zwecke der Beschimpfung — strafbar ist. Weiter auf Ihre Ausführungen einzugehen erachte ich nicht als notwendig, denn keine Antwort ist auch eine Antwort. (Zustimmung bei den Parteigenossen. — Abg. Honner: Bei den Veranstaltungen Ihrer Partei finden Sie ganze Listen von Adelsprädikaten!) Herr Abg. Honner, ich verstehe, daß Sie bei der Behandlung gerade der Frage des Landraubes nervös werden, denn Sie müssen sich jetzt klar erklären: entweder Sie desavouieren diese Gangster in Niederösterreich oder Sie erklären sich mit Ihnen solidarisch. Und daß Ihnen das nicht in Ihren politischen Wurstkessel paßt, dafür habe ich volles Verständnis. (Zustimmung bei den Abgeordneten der ÖVP.)

In den Bezirkshauptmannschaften Mistelbach und Gänserndorf ist die kommunistische Lokalorganisation an eine sogenannte Bodenreform herangegangen. Besonders ein gewisser Herr Ferdinand Eibl und ein Herr Nesida haben sich da in besonderer Art und Weise hervorgetan. (Abg. Honner: Unter Mitwirkung der Bezirkshauptmannschaften!) Die Tatsache, daß man diese Tätigkeit, nachdem sie von mehreren Rednern als ungesetzlich erklärt worden war, trotzdem weiter fortsetzte, stellt einen besonderen Akt von Unverfrorenheit dar. (Abg. Honner: Es sind lediglich Pachtverträge abgeschlossen worden.) Bei den Reden, die dort gehalten worden sind, ist nämlich einem der Redner, (dem Herrn Eibl, ein kleines politisches Malheur passiert. Er hat die Katze vorzeitig aus dem Sack gelassen und erklärt, daß — man höre und staune! — an Stelle der Landwirtschaftskammern die

Kommissare der Kolchosen treten werden. (Entrüstungsrufe.)

Meine Damen und Herren! Der freie Bauer auf freiem Grund sieht den Pferdefuß solcher Machinationen. Auch der Arbeiter wird erkennen, daß er dadurch nicht nur das Werkzeug, sondern schließlich das Opfer einer Entwicklung würde, die ihn seiner politischen Handlungsfreiheit beraubt und ihn zwangsläufig in drückende Abhängigkeit führt. Der Bauer hat für die Bauernbefreiung nicht deshalb gekämpft, um schließlich Sklave eines namen- und herzlosen Kollektivs zu werden. (Beifall bei der ÖVP.) Die österreichische Bauernschaft spricht sich entschieden gegen diese volksdemokratischen Methoden aus! (Zustimmung.) Was ist denn überhaupt Volksdemokratie, meine Damen und Herren? Volksdemokratie ist die Diktatur einiger volksfremder Demagogen, Herr Abgeordneter Honner! (Abg. Honner: Ausgezeichnet definiert!) Ich danke für die Anerkennung.

Es ist allgemein bekannt, daß die Kommunistische Partei versucht, unter Ausnutzung der allgemeinen Not und Leichtgläubigkeit der Bevölkerung mit unwahren Angaben über die Ablieferungswilligkeit und die Ablieferung landwirtschaftlicher Betriebe, dabei selbst vor persönlichem Rufmord nicht zurückschreckend, für ihre durchsichtigen Machinationen Stimmung zu machen. Man beginnt beim Großgrundbesitz, um dann über den groß- und mittelbäuerlichen Besitz herzufallen. Ist das Ziel erreicht, das heißt alles in Zwergbetriebe zusammengeschnitten, und sieht man dann, daß eine landwirtschaftliche Produktion ohne größere Produktionseinheiten nicht möglich ist, so beginnt man, das Ziel, das man auf direktem Wege nicht erreichen konnte, langsam aber sicher über den Weg von Genossenschaften und Traktorenstationen zu erreichen. Das Endziel aber ist der Kolchos! (Abg. Honner: Ich verstehe, daß Ihnen die Bodenreform nicht paßt!) Die Tatsache, daß 157.476 Hektar österreichischen Grund und Bodens der Kontrolle der österreichischen Behörden entzogen sind und von dort kein Kilogramm Weizen und auch kein Festmeter Holz der österreichischen Wirtschaft zugeführt werden kann, wird von den Rednern der Kommunistischen Partei geflissentlich verschwiegen.

Die österreichische Bauernschaft ist sehr hellhörig geworden. Sie hat in den Nachbarländern einen sehr lehrreichen Anschauungsunterricht erhalten. (Abg. Honner: Warum haben sie dann solche Angst?) Von Angst kann keine Rede sein, Herr Abgeordneter Honner, überhaupt solange nur vier kommunistische Abgeordnete in diesem Parlament sitzen. Und sie können sicher sein, das österreichische Volk wird dafür Sorge tragen, daß nicht mehr als vier

Kommunisten hier sein werden! (Beifall. — Abg. Honner: Es wird dafür sorgen, daß die Kottulinskys aus diesem Hause verschwinden! — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident **Böhm** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!

Abg. Ing. **Kottulinsky** (fortsetzend): Innenminister werden Sie jedenfalls nicht, Herr Abgeordneter Honner! (Heiterkeit.)

Die wirtschaftspolitischen Exkursionen der Herren Eibl und Nesida haben mit einer Bodenreform nichts zu tun. Sie haben weder einen wirtschaftlichen noch einen anderen Sinn. Sie haben nur den einen Zweck, zu stören und zu zerstören. Sie ähneln verdammt gewissen in Österreich leider nicht mehr ganz unbekanntem Methoden, welche hart an der Grenze zwischen Kriminalität und politischer Hysterie liegen. (Zustimmung.)

Meine Partei ist sich dessen bewußt, daß gar manches in vielen Staaten reformbedürftig ist. Weil wir das wissen, sehen wir es aber als unsere demokratische und heilige Pflicht an, das Volk nicht zu verhetzen, sondern seinem Inneren zu lauschen und dieses Wollen der Verwirklichung zuzuführen. Das österreichische Volk aber will Freiheit, Wohlstand, Ordnung und Frieden! (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Abg. **Voithofer**: Hohes Haus! Einige Abgeordnete der ÖVP, vor allem des Bauernbundes, bemühen sich sichtlich, die Sozialistische Partei als die den Interessen unserer Bauern feindselige Körperschaft zu bezeichnen. Gestatten Sie mir nun, daß wir als Sozialisten einige Tatsachen feststellen. Zunächst einmal stehen wir — vor allem wir draußen in unseren Gebirgsgegenden — unverbrüchlich auf dem Standpunkt, daß, wenn wir gemeinsam der Not abhelfen wollen, sich auch die Arbeiter, Lohn- und Gehaltsempfänger in die Lage des Bergbauern versetzen müssen, jenes Bauern, der fleißig liefert und dem Volk das gibt, was notwendig ist. Aber umgekehrt muß der Bauernstand gleichfalls der verzweifelten Lage der Industriearbeiter, der Konsumenten, die täglich von Hunger und Kälte gequält werden, Verständnis entgegenbringen. Wir als Sozialisten können Ihnen versichern, daß Hunderte von Bauern der Sozialistischen Partei bereits treue Gefolgschaft leisten und daß diese Bauern in den Versammlungen, wo wir uns sachlich und nüchtern nicht über politische Differenzen, sondern über die Not des Volkes auseinandersetzen, stärkste Klage führen, daß die führenden Kreise im Bauernbund vielfach die Interessen der kleinen Bergbauern, der in Not stehenden Landwirte nicht mehr mit jenem Erfolg vertreten, der für diese Leute wünschenswert wäre. Es ist

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1959

daher durchaus begreiflich, daß das Gehege der Volkspartei im Bauernbund immer brüchiger wird, und daß Sie selbst eindeutig feststellen können daß der Arbeitsbauernbund, das ist die Organisation der kleinen und bedrängten Landwirte, in allen Gegenden immer mehr der Wortführer der wirtschaftlich Bedrängten des Bauernstandes wird.

Und nun einiges zu den Sorgen unserer Bergbauern draußen in den Gebirgstälern. Das Volk ist hier durch verschiedene Verhältnisse besonders bedrängt. Einer der Herren Abgeordneten hat hier schon betont, daß für uns die Wildbachverbauung und die damit zusammenhängenden Sorgen von größter Bedeutung sind. Verehrter Herr Bundesminister, wir haben wirklich mit Schmerzen festgestellt, daß im Voranschlag ein sehr bescheidener Betrag für die Wildbachverbauung vorgesehen ist und daß von diesen 16 Millionen noch zweieinhalb Millionen abgestrichen wurden. Herr Bundesminister, Sie sind hier anscheinend nicht am glücklichsten beraten worden! Das ist nicht nur meine persönliche Auffassung, sondern die der bedrängten Bergbauern draußen, aber auch die Auffassung der Berufsleute und Fachmänner, die auf diesem Gebiete seit Jahrzehnten absolut bewandert sind. Wie verhängnisvoll das werden kann, das hat bereits der Kollege Mittendorfer ausgeführt. Ich erlaube mir, das einigermaßen zu ergänzen. Die Katastrophe in Werfen allein erfordert bis 31. Dezember nur an den allernotwendigsten Aufräumungsarbeiten nach Berechnungen von Fachleuten der Bundesbahn und der Wildbachverbauung einen Betrag von dreieinhalb Millionen Schilling. Nach der weiteren Arbeitsplanung und den Bauvorhaben sind für die Werfener Katastrophe für 1948 nur für die allerdringendsten Arbeiten 12 Millionen erforderlich, für die Jahre 1949 und 1950 noch weitere Beträge. Ich bitte Sie daher ernsthaft, wenn es schon heuer nicht mehr möglich ist, diese Ereignisse wenigstens für das nächste Jahr zu berücksichtigen, weil es sonst ein Sparen am falschen Platze wäre.

Etwas anderes. Die Verheerungen durch Wildbäche, die beispielsweise in den Alpenländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg erfolgt sind, bringen eine sehr bedrohliche Lage mit sich, und selbst bei aller Rücksichtnahme, die unsere Fachleute der Wildbachverbauung entgegengebracht haben, steht nachgewiesenermaßen fest, daß die drohenden Gefahren nicht gebannt werden können, wenn wir nächstes Jahr wieder derart arge Gewitter haben. Wir werden dann weitere Katastrophen erleben müssen, die uns bedeutend mehr Kosten verursachen werden, als die Vorbeugungsmaßnahmen erfordern würden.

Wir verstehen es ja auch, Herr Bundesminister, daß Sie beispielsweise in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses vom 28. November erklärt haben, die Beschaffung der Materialien für diese Gebiete sei außerordentlich schwer, aber wir sehen daneben, daß Private oft viel größere Bauten ausführen, als zum Schutz einzelner Dörfer wie auch der Felder und des Lebens der Bergbauern und alles dessen nötig wären, was damit zusammenhängt — wie der Weideflächen, der Siedlungen, der Kraftwerke, vor allem auch der Verkehrsstrecken, sowohl der Straßen wie auch der Bahnen, die ja nicht zuletzt unsere Güterwege sind.

Herr Bundesminister, in Unken bei Saalfelden bleiben allein zehntausend Raummeter Holz liegen, weil sie wegen der großen Schäden, die die Beförderungswege erlitten haben, nicht mehr geliefert werden können. Weitere tausende Festmeter Rundholz bleiben oben im Gebirgswald, weil dort gleichfalls in den letzten Jahren nichts veranlaßt werden konnte.

Es ist interessant und bezeichnend, daß der Wildbachverbauungsdienst des Landes Salzburg bereits im Jahre 1937 die notwendigen Pläne ausgearbeitet hatte, um eben im Gebiete um Werfen die notwendigen Bauten für die Sicherheit zu schaffen. Der Nationalsozialismus hatte ja für solche Dinge kein Geld und auch herzlich wenig Verständnis, aber wir hätten doch erwartet, daß die Fachleute wenigstens beim heurigen Budget besser gehört worden wären, als dies nach den Ansätzen hier zu verzeichnen ist.

Das soll nur eine rein sachliche Feststellung sein, aber wir sind in ernster Sorge um alle diese Menschen, die da bedroht sind. Für diese Gemeinden, für die Umlagenzahler wie für das kleine Bäuerlein bedeutet es ja eine Katastrophe, wenn ihnen ihre Wälder, ihre Weiden und Felder von den Gewalten der Natur zerrissen, zerfressen und zerfetzt werden. Das ist für sie schlimmer als ein Brand, denn bei Überschwemmungen u. dgl. ist man den Elementen machtlos ausgeliefert.

Verzeihen Sie daher, Herr Bundesminister, daß wir Sozialisten gemeinsam mit allen, die ehrlichen Willens sind, hier — nicht etwa wegen einer politischen Frage ringend, sondern in ernster Besorgnis um die Existenz und um die finanziellen Möglichkeiten unserer Gemeinden — unsere Befürchtung zum Ausdruck bringen, daß die ausgesetzten Beträge tatsächlich nicht für das Volkwohl verwendet werden. Bloß weil die notwendigen Vorkehrungen nicht getroffen werden, müssen für Zerstörungen durch die Elemente der Natur weit höhere Beträge ausgegeben werden. Wir Sozialisten glauben daher, daß es sehr

1960 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

angebracht ist, wenn das Finanzministerium und auch Ihr Ministerium, Herr Minister, diese Dinge gerade wegen der gebotenen Sparmaßnahmen mit der nötigen Aufmerksamkeit beurteilen. Gewisse Sparmaßnahmen wären hier eben fehl am Platze.

Wir bitten Sie daher nochmals, Herr Bundesminister, vergessen Sie nicht die Bergbauern, vergessen Sie nicht das brave arbeitsame Volk da draußen, das infolge der schweren Unterlassungen der vergangenen Jahre nun schon fast ein volles Jahrzehnt hindurch in größter unmittelbarer Gefahr lebt und vor dem finanziellen Zusammenbruch steht, woraus dem Staat, den Ländern und den Gemeinden selber riesige Lasten erwachsen würden!

Hunderte von Bauern haben sich in Roboterschichten, mit ihren Pferden und ihrem ganzen Gesinde, das ohnehin nur so spärlich vorhanden ist, in den Jahren 1945, 1946 und auch im heurigen Sommer bemüht, dieser Wetterkatastrophen Herr zu werden. Es ist ihnen nicht gelungen, weil die fachlichen Verbauungen fehlen, so daß alle Mühe vergebens ist. Wenn man einerseits das wirkliche Bemühen unserer Bauern sieht, jedes Fleckchen Erde auszunützen, um den Hunger der Menschen zu stillen, dann wäre es andererseits zum Verzweifeln, wenn diese fleißigen Leute sehen müßten, wie die Unwetter nach und nach in vielen Tälern und Orten an ihrer Scholle und an ihren Wäldern so schweren Schaden anrichten und damit die Früchte ihres Arbeitsfleißes zerstören, bloß weil diese wuchtigen Gewalten nicht fachmännisch gebannt werden.

Wir ersuchen Sie, Herr Minister, daher eindringlichst, sorgen Sie mit Ihren Fachleuten und den berufenen Stellen dafür, daß wir in unserer Not um einen Peiniger weniger haben! (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Ludwig Mayer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bei der Durchsicht des Kapitels Land- und Forstwirtschaft mußten wir feststellen, daß im Bundesfinanzgesetz für die Sonderförderung der Bergbauerngebiete wesentlich geringere Mittel als im Vorjahr eingesetzt sind. Wenn man bedenkt, daß die für 1947 ausgeworfenen Mittel für Besitzfestigung von 5 Millionen Schilling eine Verringerung auf 4 Millionen Schilling erfahren haben, und wenn man andererseits ins Kalkül zieht, daß Aufwand, Preise, Löhne usw. bedeutend gestiegen sind, dann kann man eine solche Herabsetzung dieser Post bei uns in den Alpenländern nicht richtig verstehen. Während die anderen Maßnahmen zur Bergbauernhilfe, die nicht unmittelbar im Rahmen der Besitzfestigungsmaßnahmen unterzubringen sind, im heurigen Jahr eine Förderung durch Mittel aus der Bergbauernhilfe erfahren konnten, ist nun für

das Jahr 1948 überhaupt keine besondere Post vorgesehen. Die Post „Bergbauernhilfe“ wurde gestrichen und dafür die Post „Siedlungswesen“ von 5 Millionen auf 11,5 Millionen Schilling erhöht. Da diese Post nun für das ganze Bundesgebiet bestimmt ist, befürchten wir, daß den Bergbauern nur ein geringer Teil davon zugewiesen wird. Das aber würde man bitter empfinden, denn gerade in diesen Gebieten tut man sich finanziell sehr schwer, weil dort das Geld äußerst rar ist. Dies wird sich besonders jetzt nach dem Inkrafttreten des Währungsschutzgesetzes offenbaren, denn diese Mittel würden zur Erhöhung der Produktion, insbesondere zur Anschaffung von Kunstdünger, Kraftfuttermitteln, landwirtschaftlichen Maschinen usw. sehr dringend gebraucht werden.

Auch die im Vergleich zu den Aufwendungen für die Pferdezucht — der Ansatz dafür wurde von 3 Millionen auf 7 Millionen Schilling erhöht — so bescheidene Erhöhung des Budgetansatzes für die Milchwirtschaft von 3 Millionen auf nur 4 Millionen Schilling wirkt sich als eine Benachteiligung der Alpenländer aus. Es ist ja allgemein bekannt, daß gerade Tirol, und zwar schon in der Zeit vor 1938, die größten Anstrengungen zur Besserung der milchwirtschaftlichen Produktion, vor allem zur Qualitätsförderung gemacht hat. Man hat aus den damals gewonnenen Erfahrungen sehr viel gelernt und geht nun daran, sich diese Erfahrungen zunutze zu machen, indem ein entsprechendes Aufbauprogramm in Angriff genommen wird. Daher ist es nicht richtig, daß man auf diese Post so wenig Bedacht genommen hat.

Wir ersuchen deshalb den Herrn Minister, uns Hilfe zuteil werden zu lassen, soweit es nur möglich ist. Wir möchten ihm hier aber auch den Dank für die Hilfe abstaten, die er uns bisher hat angedeihen lassen.

Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß sich gewisse Menschen immer wieder dazu hinreißen lassen, den Bauernstand wegen zu geringer Ablieferung anzugreifen. Es werden Pauschalverdächtigungen ausgesprochen und in Umlauf gebracht, und insbesondere eine gewisse Presse betätigt sich eifrig in dieser Richtung. Es sei aber doch darauf hingewiesen, daß der größere Teil der Landwirte seiner Ablieferungspflicht voll nachkommt, ja teilweise mehr abgeliefert und die Vorschriften noch übertrifft.

Wenn man bedenkt, unter welchen Opfern insbesondere finanzieller Natur die schwere Arbeit des Landwirtes geschieht, dann müßte man endlich darangehen, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte indexmäßig auf die gleiche Höhe zu bringen, auf der sich die übrigen Indexzahlen bewegen, denn es ist eine unbillige

Härte, von einem Stand immer nur Opfer zu verlangen, ihm aber andererseits das zu versagen, was ihm billigerweise gebührt. Auch hier muß der Leitsatz der „Arbeiter-Zeitung“ gelten: Gleiches Recht für alle! (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. **Tazreiter**: Hohes Haus! Wenn ich als Bergbauer auch einige Worte zum Bundesvoranschlag sagen darf, dann möchte ich besonders darauf hinweisen, wenn wir dem jetzigen Mangel an Lebens- und Futtermitteln dadurch begegnen würden, daß wir besonders im Gebirge mehr Kartoffeln anbauen könnten, wenn wir mit maschinellen Einrichtungen besser ausgerüstet wären. Wenn wir zum Beispiel Seilwinden und Vielfachgeräte hätten, dann könnten wir mit dem gleichen Arbeitsaufwand ungefähr das Vierfache an Kartoffeln erzeugen als ohne diese Geräte. Damit aber könnten wir dem sehr großen Mangel an Arbeitskräften entgegenwirken.

Dem Mangel an Arbeitskräften, der gerade dadurch hervorgerufen wurde, daß man nach den nationalsozialistischen Grundsätzen die Landarbeiter sozusagen zur Zwangsarbeit in der Landwirtschaft verurteilt hat, müssen wir mit ganz anderen Methoden abhelfen. Wir müssen dem Landarbeiter fürs erste die volle Freiheit geben und wir müssen ihn, wenn er sich diesem mühevollen Beruf gewidmet hat, auch bei der Einstellung in andere Berufe bevorzugt behandeln. Dann werden wir auch mehr junge Landarbeiter hinausbringen.

Wenn man so viele Klagen erhebt und soviel Geschrei macht über eine Bauernhochzeit, die draußen irgendwo stattgefunden haben soll, bei der man angeblich so und so viel Lebensmittel aufgeboten hätte, wobei sich dann bei näherer Untersuchung herausstellt, daß dem ganz und gar nicht so ist, wenn es vorkommt, daß Handwerker aus den Städten, die aufs Land hinauskommen und bei den Bauern in Verpflegung sind, dann über die schlechte Kost klagen, so besagt das nicht, daß der Bauer nicht auf seine Dienstboten schauen und sie nicht gut behandeln würde. Es ist auch die Behauptung des Herrn Abgeordneten Honner zurückzuweisen, daß die Dienstboten draußen so wie das Vieh oder mit dem Vieh gehalten würden. Wir von der ÖVP sind dafür, daß unsere Landarbeiter den vollen Familienanschluß haben (lebhaft Zustimmung bei der ÖVP), daß ihnen dadurch eine Aufstiegsmöglichkeit geboten wird, daß sie dadurch entproletarisiert werden und daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, sich selbständig zu machen, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter Bauern, bzw. Bäuerinnen werden können und daß ihnen die Möglichkeit geboten ist, sich in ihrem Berufe auszubilden. Wir glauben auch, daß wir auf den früher

bei uns üblichen Brauch zurückgreifen können, daß man die Bauernfeiertage beibehält und auch den Wohnungsbau aufnimmt und in der alten Weise wieder fortsetzt. Schon der Umstand, daß im Gebirge nahezu bei jedem größeren Bauernhaus ein Kleinhaus dabei ist, das nicht erst nach neuen Ideen gebaut worden ist, zeigt, daß man es schon früher so gemacht hat.

Wir möchten unseren Landarbeitern auch gerne Bekleidung und Schuhe besorgen. Das ist aber unter den bisherigen Umständen kaum möglich, weil jede Umtauschaktion, die von uns angeregt worden ist — wir hätten gerne Holz gegen Bekleidungsstücke für unsere Arbeiter gegeben —, bisher auf Widerstand gestoßen ist. Ich möchte da einen Vorschlag machen. Wenn das Bewirtschaftungssystem schon überall gilt, könnte man doch auf Gebieten, wo es nicht notwendig ist, wie zum Beispiel beim Holz, das in hinreichender Menge vorhanden ist, schon einen Schritt in die Freiheit wagen und uns dadurch die Möglichkeit geben, unsere Landarbeiter mit dem zu versorgen, was sie brauchen.

Es wird so viel von der Überschlagerung gesprochen. Ja, es ist richtig, sie ist erfolgt, aber nur weil die bisherigen Aktionen mit Leuten durchgeführt werden mußten, die keine Fachkenntnisse besitzen, und weil man vergessen hat, diese Aktionen auch dem bäuerlichen Waldbesitz anzupassen. Der bäuerliche Arbeiter und der Bauer selbst sind in der Lage, das Holz fachgemäß zu erarbeiten. Wenn man schon mehr Holz schlägert, ist es nicht notwendig, daß das auf Kosten der Substanz geht. Eine erhöhte Schlagerung kann auch durch eine Durchforstung erfolgen, nur gehören dazu Arbeitskräfte, die das verstehen. Dazu muß man den Bauern die Möglichkeit geben. Ich bin überzeugt, ein Schritt in die Freiheit auf diesem Gebiet würde nicht auf Kosten der Substanz des Waldes gehen. Schließlich sind dazu ja die Forstbehörden da, und es gereicht zum Schutz des Waldes, wenn herausgenommen wird, was weggehört; es schützt uns sogar vor der so schwer drohenden Käfergefahr. Ich glaube, daß dadurch auch der Wirtschaft mehr Holz zugeführt und ihr ein mächtiger Auftrieb gegeben werden könnte.

Unsere Bergbauern haben einen Sinn für Zusammengehörigkeit. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich besonders durch Unterstützung in der Not äußert, hat man in letzter Zeit untergraben wollen. Schon vor dem Jahre 1938 waren Kräfte am Werk, um diese Unterstützung bei Unglücksfällen auszurotten. In der Nazizeit hat man alle diese Unterstützungsvereine generell aufgelöst; wahrscheinlich sind da kapitalistische In-

1962 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

teressen im Spiel gewesen, die eben diese Vereine aus der Welt schaffen wollten. Wenn wir jetzt so weit gekommen sind, daß wir ein Normalstatut für Brandhilfevereine ausgearbeitet haben, so glauben wir, dadurch den Interessen unserer Bergbauernschaft gedient und der Entsedlung des Berglandes einen wertvollen Gegenpol entgegengesetzt zu haben. Denn wenn es den Bergbauern möglich ist, einander im Unglück zu unterstützen, so werden sie auch auf ihrer Scholle bleiben. Das ist besonders zu beachten, weil ein Wiederaufbau im Gebirge ohne die Zusammenhilfe aller Bauern kaum durchführbar ist. Die Beschaffung des notwendigen Materials ist nicht nur in der jetzigen Zeit der Knappheit schwer durchführbar, sondern auch in normalen Zeiten ist es nicht möglich, ein Haus am Berg schnell wieder aufzubauen, damit die Gründe wieder bewirtschaftet werden können. Der Bergbauer ist der zäheste von allen und er besteht darauf, daß seine alten Rechte verteidigt werden. Das Recht, uns im Unglück gegenseitig zu unterstützen, lassen wir Bergbauern uns auf gar keinen Fall nehmen!

Ich habe schon gleich nach dem Einmarsch der Russen meiner Meinung Ausdruck gegeben, daß es notwendig ist, daß die bäuerlichen Genossenschaften wieder im Interesse der Bergbauern arbeiten. Wenn einer meiner Vorredner geglaubt hat, daß da politische Interessen hineinkommen sollen, so stehen wir Bauern auf dem Standpunkt, daß bei diesem Punkt die Politik nicht mitzuspielen hat. Unsere Genossenschaften arbeiten im wirtschaftlichen Interesse ihrer Mitglieder. Wir wollen für das Volk arbeiten, wir wollen seine Ernährung gewährleisten, wir wünschen aber auch, daß wir in dieser unserer fruchtbringenden Arbeit nicht gestört werden. Wir wollen, daß die Kluft, die sich jetzt zwischen Stadt und Land auftut, wieder geschlossen werde, daß wir einander kennen lernen und wieder alle zusammenarbeiten füreinander und miteinander, für unser Volk und für ein glückliches Österreich! (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. **Traußnig:** Hohes Haus! Es ist zwar schon von meinem Vorredner sehr viel über das Bergbauernproblem gesprochen worden, aber dennoch möchte auch ich die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf das Schicksal unserer Bergbauern lenken und mich mit den Bedingungen auseinandersetzen, unter denen sie ihre bedeutungsvolle Existenz behaupten müssen. Die Frage nach der Erhaltung des Bergbauerntums, von welcher Seite sie auch immer gestellt sein möge, sei es von der wirtschaftlichen, der kulturellen, der nationalen oder der biologischen, zwingt zur vollen An-

erkennung der übergroßen Bedeutung dieses so wichtigen Volksteiles. Diese Erkenntnis verpflichtet uns aber in erhöhtem Maße, uns der Sorgen und Schwierigkeiten der durch Not und Arbeit gestählten Bauern anzunehmen und nicht nur alles zu erwägen, sondern auch alles zu tun, was notwendig ist, um diesen bedeutungsvollen Volksteil zu erhalten. Versuche, die Not der Bauernschaft mit Mitteln der Umschuldung und Entschuldung, Besitzfestigung und dergleichen mehr zu lindern, können als überholt gelten und niemals einen dauernden Erfolg verbürgen.

Bevor ich nun weiter darauf zu sprechen komme, was zu tun absolut notwendig ist, gestatte ich mir einige kurze Hinweise. Worin liegt die wirtschaftliche Bedeutung des Bergbauernstandes? Es ist nun einmal so, daß die Berechtigung einer Institution in allererster Linie von der Rentabilität, also von der wirtschaftlichen Seite her bejaht oder abgelehnt wird. Diese wirtschaftliche Seite wird beim Bergbauerntum im allgemeinen bei weitem unterschätzt. Ja, es werden sogar Stimmen laut, ob es überhaupt zu rechtfertigen sei, diese Bergbauernhöfe zu erhalten, da sie ja nicht einmal den eigenen Bedarf an Lebensmitteln decken können, geschweige daß sie eine wesentliche Marktleistung hervorbringen. Diese Bergbauernhöfe sind auf Viehzucht eingestellt, von deren Erlös sie allerdings das notwendige Getreide anschaffen müssen. Immerhin leisten sie einen ganz besonderen Beitrag im Rahmen der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere tragen sie zur Schließung der Fettlücke, der empfindlichsten Stelle unserer Volksernährung, wesentlich bei. Die Bergbauernexistenz ist daher unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu erhalten, und der Staat hat hier die Verpflichtung, wirklich tatkräftigst einzugreifen.

Die wirtschaftliche Seite des Bergbauerntums wird aber bei weitem in den Schatten gestellt durch die vielfach absolut nicht anerkannte biologische Leistung. Gerade die Bauernfamilien sind diejenigen Familien, bei denen acht, zehn und mehr Kinder keine Seltenheit sind. In den Bauernfamilien wachsen die Kinder härter, zäher und ausdauernder heran; dies tritt insbesondere in der Auslese zutage. Es ist daher besonders auf diesen wichtigen Beitrag der Bergbauern Bedacht zu nehmen.

Darüber hinaus, Hohes Haus, ist es auch wichtig, festzustellen, warum jetzt die Schwierigkeiten in den Bergbauernhöfen so groß sind. Wie steht es denn eigentlich mit diesen Bergbauernhöfen? In gar keiner Art und Weise verlockend. Die Not ist absolut groß, die Bergbauern leben vielfach von der Substanz. Sie führen buchstäblich einen verzweifelten

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1963

Existenzkampf, und zwar in allererster Linie wohl deswegen, weil die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in keinem Verhältnis zu den Preisen der gewerblichen und industriellen Erzeugnisse stehen. Eine Unterbewertung der Preise in der Landwirtschaft ist die Hauptursache, daß es den Bergbauern derart schlecht geht. Es ist also unbedingt notwendig, daß hier möglichst bald etwas Wesentliches geschaffen wird, wenn dieser überaus wichtige Stand uns in Zukunft erhalten bleiben soll. Denn was wird die Folge dieser Unterbewertung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sein? Die Bauernschaft wird aus dem Selbsterhaltungstrieb heraus mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die jetzigen Preisvorschriften zu durchbrechen versuchen. Die Landarbeiter und landwirtschaftlichen Hilfsarbeiter werden logischerweise, soweit sie es noch nicht getan haben, abwandern, weil sie infolge der Unterbewertung ihrer Arbeit nicht jenen gerechten Lohn finden, auf den sie Anspruch haben. Die Produktionskraft wird einen ungeahnten Verfall erleiden, und die Siedlungsgrenze wird naturgemäß herabgedrückt werden. Eine Entsiedlung der Bergbauern wird vor sich gehen, ohne daß eine Umsiedlung stattfinden würde. Was das aber für die ganze Volkswirtschaft bedeutet, das überlasse ich Ihnen selbst zu entscheiden.

Wenn wir untersuchen, welche Wichtigkeit der Landwirtschaft innerhalb der gesamten Wirtschaft Österreichs zukommt, so beweisen dies wohl die Zahlen. Danach beträgt die gesamte österreichische Produktion 1600 Millionen Schilling, davon die bäuerliche Produktion allein 1200 Millionen Schilling. Diese unwiderlegbaren Zahlen zwingen uns zur Auffassung, daß wir diesen eminent wichtigen Stand unter allen Umständen erhalten müssen.

Neben der Preisregelung müssen logischerweise eine Reihe von Förderungsmaßnahmen getroffen werden, und soweit sie bereits bestehen, intensiv betrieben werden. Ich verweise dabei auf den unbedingt notwendigen Ausbau der Güter- und Seilwege. Nur auf diese Art und Weise wird es möglich sein, die Bergbauernschaft näher an den Verkehr heranzubringen, um eine intensivere Bewirtschaftung zu bewerkstelligen. Es liegen zwar sehr viele Ansuchen um Erbauung von Güter- und Seilwegen bei den einzelnen Agrarbehörden auf, es sind auch viele solcher Bauten im Gange, doch die Mittel, die dafür von Seiten des Ministeriums zur Verfügung stehen, sind — verzeihen Sie den Ausdruck — lächerlich gering. Ich glaube, daß damit die bereits begonnenen Wege auch in hundert Jahren nicht fertiggestellt werden können. Es ist daher im Interesse des Staates gelegen, daß hier in absehbarer Zeit eine Wendung eintritt, indem wirk-

lich von Staats wegen bei der Erschließung unserer Bergbauernhöfe mitgeholfen wird.

Wichtig ist auch die Schulung in den Bergbauernhöfen. Ich glaube, die gesamte fachliche Bildungsarbeit und überhaupt alle Maßnahmen auf diesem Gebiet, die von Seiten der berufenen Stellen aus durchgeführt werden, werden nur dann von einem wirklichen Erfolg begleitet sein und überhaupt zum Ziel führen, wenn die fachliche Bildung allem anderen vorangestellt wird. Die Schulen müssen logischerweise den Gebirgsbauern entsprechend angepaßt sein. Es ist unbedingt notwendig, daß ihnen Musterbetriebe der Almwirtschaft angeschlossen werden.

Auch die Förderung der Forstwirtschaft ist schon von meinem Vorredner erwähnt worden. Sie ist ebenfalls unendlich wichtig, schon deswegen, weil sich der meiste Wald im Privatbesitz und ein übergroßer Teil davon im bäuerlichen Besitz befindet. Gerade der Wald aber bildet für den Gebirgsbauern das Rückgrat. Daher ist es notwendig, daß die Förderung der Forstwirtschaft intensiver betrieben wird. Ganz besonders wichtig aber ist meiner Ansicht nach die Förderung der Alpwirtschaft. Wir können in Zukunft auf die Alpwirtschaft absolut nicht verzichten, insbesondere der Gebirgsbauer nicht, denn sein Bestreben muß dahin gehen, in Zukunft wirkliches Qualitätsvieh zu erzeugen. Er muß in die Lage versetzt werden, den Zuchtstier, die Zuchtkuh und Zuchtkälber zu liefern, nicht aber, wie es jetzt noch vielfach der Fall ist, daß der Talbauer den Gebirgsbauern mit Nutztvieh versorgt. Die alpenländischen Einflüsse auf die Zucht- und Nutztviehbildung — ich verweise hier insbesondere auf den Einfluß der Höhenluft auf die Atmungsorgane, auf die Muskelentwicklung und auf die Körperformen — sind ein Faktor, auf den unsere Landwirtschaft in Zukunft unter keinen Umständen Verzicht leisten kann.

Es wären noch viele andere Förderungsmaßnahmen zu erwägen, aber mit Rücksicht darauf, daß heute über dieses Kapitel schon ziemlich viel gesprochen wurde, möchte ich zum Schluß nur ganz kurz folgendes sagen:

Ich glaube, aus diesen kurzen Worten ist die Wichtigkeit, dieses Bauerntum zu erhalten, herausgeklungen. Ich meine auch, daß es uns in ehrlicher Zusammenarbeit mit allen maßgeblichen Stellen gelingen muß, die Bergbauernschaft zu erhalten. Vom Blühen und Gedeihen unserer Bergbauern ist nicht nur die übrige Landwirtschaft weitgehend abhängig, sondern auch die übrigen Wirtschaftszweige, wie Gewerbe, Handel und Industrie, stehen und fallen mit der Landwirtschaft. Daher glaube ich, daß der Grundsatz vollkommen berechtigt ist: Wer den Bauern, insbesondere

1964 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

den Gebirgsbauern hilft, der hilft Österreich!
(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

*

Damit ist die Debatte über die Gruppe X abgeschlossen.

Zur Verhandlung gelangt die **Gruppe XI**, umfassend Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, sowie Kapitel 21: Bauten.

Spezialberichterstatter **Aichhorn**: Hohes Haus! Die Gruppe XI umfaßt Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten.

Zum Kapitel 20 ist folgendes zu sagen: Die Gesamtausgaben betragen 33,700.500 S, die Gesamteinnahmen 8,510.800 S. Gegenüber 1947 erhöhen sich die Ausgaben um 15,672.700 S und die Einnahmen um 4,166.600 S. Vom Mehraufwand entfallen auf die persönlichen Ausgaben 6,142.200 S und auf den Sachaufwand 9,530.500 S.

Die Erhöhung des Personalaufwandes ist vorwiegend durch die Gewährung von neuen Teuerungszuschlägen zu den bisherigen Bezügen bedingt. Ein Teil des Mehrerfordernisses ergibt sich aus unerläßlichen, mit dem Wiederaufbau zusammenhängenden Personalvermehrungen.

Der erhöhte Sachaufwand ist im allgemeinen mit den Auswirkungen des Lohn- und Preisabkommens zu begründen. Bei der Bemessung der Einnahmen wurde die Preisgestaltung ebenfalls berücksichtigt.

Die Ausgaben für Exportförderung und Ausstellungswesen, für die im Vorjahre nur ziffernmäßige Verrechnungsansätze eingestellt waren, sind mit bescheidenen, offenbar der Finanzlage angepaßten Beträgen präliminiert.

Erhöhte Dotationen sind auch für den Fremdenverkehr ausgeworfen. Der bezügliche Kredit gliedert sich in ein Erfordernis für die Stelle für den Wiederaufbau des österreichischen Fremdenverkehrs und in Förderungsmittel für sonstige fremdenverkehrsfördernde Einrichtungen.

Aus dem Gewerbeförderungskredit sollen einerseits das Wirtschaftsförderungsinstitut der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, das die Aufgaben des staatlichen Gewerbeförderungsdienstes übernommen hat, dotiert, andererseits Beiträge für sonstige Zwecke der Gewerbeförderung geleistet werden.

Durch Subventionierung von technischen Versuchsanstalten zwecks Durchführung von Versuchs- und Forschungsarbeiten soll gleicherweise der Wiederaufbau der österreichischen Industrie und des Gewerbes gefördert werden.

Der Aufwand für das Patentwesen wird durch die Patentgebühren mehr als zur Hälfte gedeckt sein.

Für die Förderung des Bergbaues ist durch das Bergbauförderungsgesetz die Grundlage geschaffen. Hierfür ist mit einem Kredite von 1 Million Schilling vorgesorgt.

Beim Titel 10: Landeswirtschaftsämlter, entfällt eine Veranschlagung für das Jahr 1948, da der Aufwand für die mittelbare Bundesverwaltung ab 1. Jänner 1948 auf Grund des neuen Finanzausgleiches von den Bundesländern getragen werden soll.

Das Kapitel 21: Bauten, weist gegenüber 1947 einen um 110,035.000 S gesteigerten Gesamtaufwand von 279,867.400 S auf, der sich in laufende Ausgaben von 177,022.400 S und in einen außerordentlichen Aufwand im Betrage von 102,845.000 S gliedert. Vom vorbezifferten Mehraufwand entfallen auf die sachlichen Ausgaben der laufenden Gebarung 82,812.000 S und auf den außerordentlichen Aufwand 43,125.000 S, während die persönlichen Ausgaben um 15,902.000 S vermindert sind. Diese Minderausgabe ist darauf zurückzuführen, daß eine Veranschlagung für den Baudienst in den Ländern entfällt.

Sowohl bei der laufenden Gebarung als auch beim außerordentlichen Aufwand sind die gesteigerten Sachausgaben im allgemeinen auf die Lohn- und Preisaktion zurückzuführen, wobei durch den erwähnten Entfall einer Veranschlagung für den Baudienst in den Ländern gleichzeitig ein Mindererfordernis von 4,127.500 S entstanden ist.

Das ordentliche Erfordernis für Straßen- und Brückenbauten ist gegenüber 1947 um 49,260.000 S höher angesetzt, reicht aber trotz dieser Vermehrung gerade aus, um die allerdingendsten Erhaltungs- und Ausbaurbeiten durchführen zu können, während unter dem Titel 3: Hochbauten, für die Fortsetzung begonnener Neubauten insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens und dann für Gerichtsgebäude usw. Vorsorge getroffen ist.

Die unter dem Titel 5: Wiederaufbau, veranschlagten außerordentlichen Mittel, die, wie bereits erwähnt, um 43,125.000 S höher präliminiert sind, dienen der Wiederherstellung von durch Kriegseinwirkung zerstörten oder schwer beschädigten Bundesgebäuden, Straßen- und Brückenbauten, Wasserbauten und sonstigen Bauten in Fortsetzung begonnener Arbeiten des Vorjahres. Angesichts der Finanzlage konnte bei der Ausgabensteigerung lediglich die Lohn- und Preisgestaltung, und zwar auch hier nicht im vollen Ausmaße, berücksichtigt werden. Von der vorgesehenen Summe sind rund 82 Millionen Schilling zur Wiederherstellung staat-

licher Objekte bestimmt, während rund 20 Millionen Schilling für sonstige Bauten vorgesehen sind, hierunter 15 Millionen Schilling für den Wiederaufbau von Wiener Neustadt.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die beiden zur Verhandlung stehenden Budgetkapitel unverändert angenommen. Ich stelle daher den Antrag, das Hohe Haus wolle dem Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und dem Kapitel 21: Bauten, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1948 in der Fassung der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Abg. **Fischer:** Meine Damen und Herren! Wenn man versucht, das weitverzweigte Tätigkeits- und Untätigkeitsgebiet des Ministeriums für Handel und Wiederaufbau zu überblicken, so wird man an das unübersichtliche Mündungsdelta eines träg dahinbrodelnden Stromes erinnert. Der eigentliche, der offizielle Strom, wenn man so sagen darf, ist nur mit größter Mühe befahrbar, Hindernis reiht sich an Hindernis, Schwierigkeit an Schwierigkeit, dafür aber wälzen sich breite Wasser in hunderten versumpfte Nebenarme durch schlammige Niederungen, durch Schilf und Morast. Nur ein geringer Teil des Wassers wird in das eigentliche, in das offizielle Strombett geleitet, der größte Teil des Wassers versiegt und versumpft in faulenden Lagunen.

Ähnlich geschieht es mit den Waren in Österreich. Nur ein geringer Teil der Warenmenge ergießt sich in das offizielle Strombett der amtlichen Bewirtschaftung, der weitaus größere Teil verliert sich in den faulen Lagunen des Schleichhandels, der Spekulation, der Korruption, der unkontrollierten Hintertürlgeschäfte. Und über den Wassern, über den Waren schwebt — immer lächelnd, immer lebenswürdig — der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau. (Allgemeine Heiterkeit.)

Bezugscheine werden zum Teil nicht eingelöst, Wohnungen sind zum großen Teil ungeheizt, Kleider, Schuhe und Strümpfe sind nicht oder nur sehr schwer zu haben. Pa-Kohle wird plötzlich nicht ausgegeben, Hüttenwerke sind gezwungen, sich durch anarchische Kompensationsgeschäfte auf eigene Faust Kohle aus dem Ausland zu beschaffen, um ihre Produktion aufrechterhalten zu können. Die Zeitungen haben zu wenig Papier, aber in riesigen Auflagen erscheinen Schundzeitschriften, pornographische Machwerke usw. Für Kohle gibt es keine inländische Tauschware, aber für Tabak schicken wir Papier nach Griechenland, für Wein und Orangen Baustoffe nach Italien, für Luxusautomobile Holz in die Schweiz und in andere Länder des Westens.

Fast alles, was der kleine Mann, der Bauer, der Gewerbetreibende braucht, ist nur im Schleichhandel erhältlich. Nichts ist am Hauptportal, aber fast alles ist am Hintertürl zu bekommen, freilich für Preise, die nur sehr wenige zu zahlen imstande sind. Und hinter diesem gesamten Wirtschaftschaos steht das Ministerium für Handel und Wiederaufbau.

Meine Damen und Herren! Es wäre absolut ungerecht, zu leugnen, daß es mannigfache objektive Schwierigkeiten gibt, daß es kein leichtes Amt ist, eine aus den Fugen gegangene Wirtschaft allmählich wieder einzurenken. Ich will diese objektiven Schwierigkeiten vollkommen anerkennen, aber ebensowenig kann man das Ministerium von einer großen und schweren Schuld freisprechen, von der Schuld, viel zu wenig zu unternehmen, um diesem Wirtschaftschaos entgegenzuwirken.

So jämmerlich, wie er wirklich aussieht, müßte unser Wiederaufbau bei allen objektiven Schwierigkeiten nicht aussehen. Bei sorgfältigster Planung, bei gewissenhafter Einschätzung der eigenen Möglichkeiten, mit unerbittlicher Energie, Rechtschaffenheit und Hartnäckigkeit müßte es durchaus möglich sein, Schritt für Schritt mehr Ordnung in das Wirtschaftschaos hineinzutragen.

Vor allem, meine Damen und Herren, ist in Zeiten der Not, des allgemeinen Gütermangels, eine strenge und gerechte Bewirtschaftung wenigstens aller Mangelwaren ein ökonomisches und soziales Lebensgesetz. Aber schon diesem Prinzip wird von den eigenwilligen Herren der sogenannten freien Wirtschaft hartnäckigster Widerstand entgegengesetzt. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ununterbrochen sind Kräfte am Werke, die an sich schon mehr als lückenhafte und fadenscheinige Bewirtschaftung noch lückenhafter und noch fadenscheiniger zu machen und die sogenannte freie Wirtschaft — frei von jeder Verantwortung für die Gesamtheit — wieder triumphierend über den Trümmern aufzurichten. Wie soll, so frage ich, eine halbwegs geplante Wirtschaft zustandekommen, wenn man sie den verschworenen Gegnern der Planwirtschaft anvertraut?

Man kann nun erwidern: Im Rahmen des Ministeriums für Handel und Wiederaufbau wurden doch Bewirtschaftungsstellen für die einzelnen Wirtschaftszweige errichtet. Was kann man also eigentlich mehr verlangen? Ja, es wurden solche Bewirtschaftungsstellen errichtet. Aber einerseits ist jedem bekannt, daß die eigentliche Macht nach wie vor in den Händen der sogenannten Fachverbände, in den Händen der Unternehmerorganisationen liegt und daß die Bewirtschaftungsstellen nicht mehr als eine beratende, eine mangelhaft

1966 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

kontrollierende Funktion erfüllen; darüber hinaus sind jedoch diese Bewirtschaftungsstellen, die nur beratende Körperschaften sind, zum größten Teil nicht organisch gegliedert, nicht straff zusammengefaßt, viel zu wenig demokratisch kontrolliert und sie beschäftigen sich zu einem sehr großen Teil mit allen möglichen Kompetenzstreitigkeiten.

Ich möchte nur irgendein Beispiel herausgreifen. Da gibt es im Handelsministerium eine Sektion zur Bewirtschaftung aller Baustoffe. Sehr viele Baumaterialien sind bekanntlich Baustoffe aus Eisen. Für Eisen und Metall sind aber wieder andere Stellen kompetent, und so entstehen ununterbrochen Kompetenzstreitigkeiten zwischen diesen beiden Stellen. Aber noch mehr: In diese ganze Organisation sind auch die sogenannten allgemeinen Bewirtschaftungskommissionen eingeschaltet, und man kann sagen, es stolpert eine Instanz über die andere, und eine Kompetenz wird mehr oder minder durch die andere lahmgelegt. Deshalb erscheint uns hier vor allem eine Vereinfachung notwendig, eine straffe Zusammenfassung und ein wirklicher Plan, der das Wesentliche vom Unwesentlichen, der das Dringliche vom weniger Dringlichen unterscheidet.

Man müßte nach unserer Überzeugung so schnell als möglich darangehen, diesen — ich sage es ganz offen — zusammengeflickten und unübersichtlichen Apparat durch einen einheitlichen, zentralisierten und möglichst unbürokratischen zu ersetzen.

Erlauben Sie mir nun einen kurzen Überblick über einzelne Gebiete, die formell der Bewirtschaftung unterstehen. Es ist bekannt, daß das Um und Auf unserer Wirtschaft die Kohle ist, daß wir über viel zu wenig Kohle verfügen und daß es notwendig wäre, alle entscheidenden Kräfte auf die maximale Beschaffung von Kohle, sowohl in Österreich als auch aus dem Ausland, zu konzentrieren. Wir haben im November 160.000 t Kohle aus Deutschland, 120.000 t Kohle aus Polen und 157.000 t Kohle aus dem Inland bezogen. Es scheint uns — ohne daß wir die Illusion haben, Österreich könne sich irgendwie von der ausländischen Kohle unabhängig machen — notwendig, doch noch größere Anstrengungen auf die Förderung österreichischer Kohle zu konzentrieren, auch dann, wenn unter normalen Bedingungen die Erschließung dieses oder jenes Flözes nicht rationell, nicht zweckmäßig wäre; denn in diesen abnormalen Zeiten ist die Förderung jeder Tonne Kohle im Inland, auch wenn sie teurer zu stehen kommt, unzweifelhaft zweckmäßiger, als wenn man dafür Kompensationsware oder ausgeliehene Dollars hergeben muß.

Das Bergbauförderungsgesetz bietet zweifellos Möglichkeiten zur Erschließung unausgebeuteter Kohlenfelder. Aber nicht nur darum geht es, sondern es scheint uns auch notwendig, daß man der Steigerung der Produktion in den schon erschlossenen Gruben mehr Augenmerk zuwendet; allerdings nicht in der Art, wie der Herr Abg. Hans das gestern getan hat, als er völlig unberechtigte, rein demagogische Angriffe gegen unsere Arbeiterschaft erhoben hat.

Es ist nicht die Schuld der Arbeiterschaft, wenn die Produktion zum Teil nicht so hoch ist, wie wir es alle wünschen möchten. Es wurde hier in der Landwirtschaftsdebatte mit Recht von Bauern der Volkspartei darauf hingewiesen, daß die Bauernschaft zu wenig Arbeitsschuhe und zu wenig Arbeitskleider erhält. Dasselbe gilt für unsere Bergarbeiter. Man müßte alle Anstrengungen unternehmen, um ihnen mehr Arbeitsschuhe, mehr notwendige Arbeitskleider zukommen zu lassen, man müßte alle Anstrengungen unternehmen, um ihnen mehr moderne Werkzeuge in die Hand zu geben, denn sie sind zum Teil gezwungen, mit sehr veralteten und altertümlichen Werkzeugen ihre Arbeit zu verrichten. Es wäre endlich dringend notwendig, alles zu unternehmen, um die Kalorienmenge für die Bergarbeiter hinaufzusetzen. Es ist meine feste Überzeugung, und die Bergarbeiter haben es bewiesen, daß sie gewillt sind, ihre ganze Kraft für den Wiederaufbau einzusetzen. Man darf ihnen aber nicht Schwierigkeiten machen, sondern soll ihnen helfen, soweit überhaupt zu helfen ist.

Nun zur Frage der Einfuhr der Kohle. Im wesentlichen führen wir die Kohle gegen ausgeliehene Dollars ein, was wir auf die Dauer für ein unmögliches System halten. Es wird fast keine Kompensationsware für Kohle bereitgestellt. Wenn man uns antwortet, es gibt diese Kompensationsware in Österreich nicht, so muß man sagen, es geht sehr, sehr viel Ware auf alle mögliche Weise und auf allen möglichen Wegen nicht für wichtige Kohle, sondern für die Anhäufung von Devisen und zum Teil für unwichtige Waren ins Ausland. Ohne also die Möglichkeiten zu überschätzen, ist es meine Überzeugung, daß Österreich bei besserer Planung weit mehr Kompensationsware für Kohle zur Verfügung hätte, als dies augenblicklich offiziell der Fall ist.

Ich möchte auf ein Beispiel hinweisen, das zeigt, welche geringe Aufmerksamkeit man dieser Art der Kohlenbeschaffung zuwendet. Ich spreche von der Ausgabe von Eisenscheinen. Eisenscheine werden 100prozentig zugewiesen, wenn es sich um Export gegen effektive Dollars handelt, sie werden zu 80 Prozent zugewiesen, wenn es sich um die Einfuhr von Tabak handelt. Nun, meine Damen und Her-

ren, ich bin selber ein leidenschaftlicher Raucher und verstehe schon, daß Tabak nicht ganz unwichtig ist; aber daß die Einfuhr von Kohle tausendmal wichtiger ist als die von Tabak, darüber, glaube ich, kann es keine Diskussion geben. Ich wiederhole, für die Tabakeinfuhr werden Eisenscheine zu 80 Prozent, für die Kohleneinfuhr werden sie aber nur zu 60 Prozent zugewiesen. Das erscheint mir als eine Ungehörigkeit, eine der vielen Planlosigkeiten, die in unserer Wirtschaft anzutreffen sind, gar nicht davon zu reden, daß für irgendwelche andere Kompensationsgeschäfte überhaupt keine Eisenscheine zugewiesen werden.

Über die eigenartige Lenkung des Außenhandels werde ich später noch einige Worte verlieren.

Nun einiges zur Eisenbewirtschaftung. Die Eisenbewirtschaftung ist absolut lückenhaft, sie erfaßt nicht alle notwendigen Waren, alle notwendigen Erzeugnisse der Produktion. Heute noch werden unlegierter Baustahl und Werkzeugstahl nicht bewirtschaftet, und es scheint uns unbedingt notwendig, daß diese Lücke so bald wie möglich geschlossen wird. Die Bereitstellung von Roheisen und zum Teil auch von Walzwaren für Österreich ist in der letzten Zeit zurückgegangen, weil die großen Hüttenwerke leider gezwungen waren, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, auf eigene Faust in Kompensation Kohle hereinzubringen und dafür auch für unser Land sehr wertvolle Eisenerzeugnisse, zum Teil sogar Walzwaren, in das Ausland zu liefern.

Es ist absolut ungeheuerlich, wenn zum Beispiel das Linzer Werk offiziell erklärt, daß es nur imstande sei, 15 Prozent seiner Erzeugnisse für Österreich zu liefern, und 85 Prozent an das Ausland liefern müsse. Ich glaube, auch hier müßte eine wirkliche Planung eingreifen. Hier müßte eine Gesamtplanung dafür sorgen, daß solche Durchbrüche nicht mehr notwendig sind und nicht mehr vorkommen.

Ebenso ungenügend ist die Metallbewirtschaftung. Die konstituierende Sitzung des Metallbeirates ist schon anfangs August dieses Jahres zusammengetreten. In dieser Sitzung wurde beschlossen, die Durchführungsbestimmungen zur Metallbewirtschaftungsverordnung zu erlassen sowie eine Bestandserhebung der österreichischen Metallvorräte durchzuführen. Das hat sich dann Wochen und Wochen hingeschleppt. Der Entwurf des Durchführungserlasses wurde erst in allerletzter Zeit zur Begutachtung vorgelegt und ist überhaupt noch nicht veröffentlicht. Eine Reihe von Ländern hat, obwohl Monate vergangen sind, noch immer nicht die Bestände an Metallwaren angegeben. Weiter gibt es keine amtlich genehmigten Preise für Altmetalle und

für Neumetalle. Nun ist es ein offenes Geheimnis, daß die vor langem festgesetzten Preise zum Teil überholt sind, und wir halten es für dringend notwendig, daß sowohl die Durchführung der gesamten Metallbewirtschaftung wie eine neuerliche Preisfestsetzung zur gleichen Zeit erfolgen, weil die Bewirtschaftung und eine vernünftige Preisfestsetzung miteinander unmittelbar zusammenhängen.

Einige Worte zu der zum Teil skandalösen Frage der Textilbewirtschaftung, die die Massen der Bevölkerung besonders beunruhigt und in Aufregung versetzt. Hier gibt es mannigfaltige Widerstände der Fachverbände der Textilindustriellen gegen eine wirklich umfassende, wirklich gerechte Bewirtschaftung der Textilverräte in Österreich. Es wurde, allerdings sehr spät, im zweiten Halbjahr, ein Notprogramm für Textilwaren aufgestellt und damals sogar das Versprechen daran geknüpft, daß Kleiderkarten ausgegeben werden. Kleiderkarten wurden, wie vorauszusehen war, nicht ausgegeben, aber auch dieses Notprogramm ist nur zu einem sehr geringen Teil durchgeführt worden. So ist zum Beispiel das Notprogramm für den technischen und für den sanitären Bedarf nicht erfüllt worden, für Anzugstoffe nur zu einem unwesentlichen Teil, und es fehlt an dem dringendsten Bedarf für die Säuglingspflege, was die jungen Mütter in Österreich heute Tag für Tag zu spüren bekommen.

In diesem Zusammenhang muß man auch mit wenigen Worten des elenden Systems der Lieferzusagen gedenken. Immer wieder wurde gesagt, man werde von diesem System abkommen, man werde dieses System der Lieferzusagen überwinden, aber nach wie vor schleppt sich der Skandal der Lieferzusagen in Österreich weiter. Was bedeutet das? Es gibt zehntausende arbeitende Menschen, die einfach nicht die Zeit haben, auch wenn sie dringendst etwas brauchen, von einem Kaufmann zum anderen, von einem Geschäft zum anderen zu laufen, bis es ihnen endlich gelingt, irgendeine Lieferzusage zu erlangen, und so erleben wir, was auch kein Geheimnis ist, einen schwunghaften Schleichhandel mit Lieferzusagen, zum Teil eben aus dem Grund, weil sehr viele Leute nicht die Zeit und auch nicht das Geld haben, sich solche Lieferzusagen zu beschaffen. Ich glaube, auch hier müßte endlich einmal eine Planung eingreifen. Ich verstehe die Schwierigkeiten, aber dieser Zustand ist auf die Dauer für das Volk einfach unerträglich.

Auch bei der Verteilung der Textilwaren gibt es eine Reihe von auffälligen Ungerechtigkeiten. Es ist nicht unbekannt, daß vor allem im Westen Österreichs nicht unbeträchtliche Textilverräte angehäuft waren, die zum Großteil in den westlichen Ländern ausgegeben wurden. Das wird bei der Gesamtaufteilung der

1968 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

Textilwaren auf ganz Österreich nicht berücksichtigt, so daß die Ostzone dabei zweifellos zu kurz kommt.

Man kann diese Benachteiligung der Ostzone überdies auch auf anderen Gebieten, die dem Handelsministerium unterstellt sind, feststellen. Wenn man zum Beispiel das Straßenbauprogramm studiert, fällt einem auf, daß die westlichen Länder, zum Beispiel Salzburg, viel, viel besser wegkommen als die östlichen, obwohl gerade in Niederösterreich im Straßenbau außerordentlich viel zu leisten wäre. Das gleiche gilt, ich kann nur in Schlagworten darauf eingehen, von der Belieferung mit Baumaterialien. Der Bürgermeister von Wien hat wiederholt mit Recht darüber Klage geführt, daß die Bundeshauptstadt bei der Belieferung mit Baumaterialien ununterbrochen benachteiligt wird, daß dagegen die westlichen Länder bevorzugt werden. Dieser Benachteiligung der Bundeshauptstadt und der östlichen Länder müßte endlich einmal ein Ende gemacht werden.

Nun hat der Papierskandal in Österreich mit Recht besonders viel Staub aufgewirbelt. Ich wiederhole: Auf der einen Seite ist das notwendigste Papier nicht vorhanden, auf der anderen Seite erscheinen wirkliche Schundbücher, wirkliche Dreckliteratur in Auflagen von 100.000 Stück, machen sich Romanzeitschriften zum Teil übelster Natur breit. Jeder weiß, offiziell ist fast überhaupt kein Papier vorhanden, im Schleichhandel ist Papier genügend da. Das sind Zustände, die auf die Dauer nicht geduldet werden können.

Wenn man aber den Ursachen dieses offiziellen Papiermangels und des faktischen Papierreichtums nachforscht, erhält man die widerspruchsvollsten Antworten. Auf der einen Seite wird erklärt, die Holzaufbringung sei völlig ungenügend gewesen, die Forstbetriebe hätten die Holzaufbringung mehr oder minder sabotiert, die Holzbestände zurückbehalten, um bessere Geschäfte zu machen. Diesem Vorwurf gegenüber hat vor einiger Zeit das Zentralorgan der Österreichischen Volkspartei, die „Wiener Tageszeitung“, die Kühnheit gehabt, zu behaupten, die angeordnete Abholzung sei zu mehr als 99 Prozent erfüllt; daß zu wenig Holz für die Papierindustrie vorhanden ist, sei die Schuld all jener, die ihre Wohnungen zu warm haben. Ich weiß nicht, ob es allzuviel allzu warme Wohnungen in Österreich gibt. Jedenfalls kann man nicht die kleinen Konsumenten für den Papierskandal verantwortlich machen. Nun, die Papierindustrie begibt sich nicht auf diese Linie der Erklärung, sondern gibt an, der Mangel an Schleifholz sei die entscheidende Ursache. Und die Papierindustrie erhebt eine heftige Anklage gegen die österreichische Forstwirtschaft, daß sie

das Holz planmäßig zurückhalte, daß planmäßig zu wenig Holz für die Papierindustrie geliefert werde. Die Papierindustrie behauptet — ich kann diese Behauptung nicht nachprüfen —, sie habe eindringlich vorgeschlagen, daß man den Lebensstandard der wirklich verelendeten Forstarbeiter hinaufsetze, um mehr Produktivität zu erreichen. Die Papierindustrie behauptet, sie habe erklärt, daß sie selbst bereit sei, Lebensmittel für die Forstarbeiter aus dem Ausland herbeizuschaffen.

Ich wiederhole, ich kann diese Behauptungen nicht überprüfen, ich führe sie nur an, um zu zeigen, daß sich einer auf den anderen ausredet. Nun, es ist kein Zweifel, daß in der Papierindustrie eine skandalöse Wirtschaft herrscht. Daß die Papierindustrie ein Zentrum des Schleichhandels und der Korruption geworden ist, das läßt sich ernsthaft von keiner Seite bestreiten.

Ich möchte daran erinnern, daß die Herausgeber aller politischen Zeitungen ohne Unterschied der Partei, auch die Herausgeber der Volkspartei, wiederholt geschlossen gefordert haben, die Papierindustrie müsse endlich verstaatlicht werden. Ja, wenn sogar die Herausgeber der Volkspartei, denen das Problem auf den Nägeln brennt, weil sie zu wenig Papier haben, diese Forderung erheben, ist nicht einzusehen, warum man nicht endlich an diese Forderung ernsthaft herantritt und die Papierindustrie in Österreich verstaatlicht.

*

Inzwischen hat Präsident Dr. Gorbach den Vorsitz übernommen.

Abg. **Kostroun:** Hohes Haus! Das Kapitel Handel, Gewerbe, Industrie und das Kapitel Bauten des Bundesvoranschlages veranlaßt mich, namens meiner Partei zu einigen Fragen dieser Gruppe Stellung zu nehmen. Wir wissen, wie schwer die Aufgaben des Ministeriums für Handel und Wiederaufbau angesichts der durch den Krieg verursachten internationalen Wirtschaftszerrüttung, der maßlosen Entgüterung und Zerstörung unseres Wirtschaftslebens sowie angesichts der traurigen Tatsache unserer staatlichen Unfreiheit zu erfüllen sind, nicht zuletzt auch deswegen, weil noch immer der hemmende Keil der exterritorialen Betriebe in unserer Wirtschaft wirksam ist. Und doch glauben wir Sozialisten, daß die Ursachen vieler Versäumnisse und Fehler nicht allein auf das Konto der einstigen Hauptschuldigen des Krieges oder etwa auf die Einsichtslosigkeit unserer ausländischen Vormünder zu buchen sind.

Meine Damen und Herren! Nach der Beschlußfassung über das Währungsschutzgesetz

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1969

haben wir alle den ungeheuren Sturm der unbegründet Überängstlichen und den Sturm der begründet Ängstlichen gesehen und miterlebt, die ihre Gelder möglichst 1 : 1 gegen Waren umtauschen wollten. Wir wissen, wie unbegründet und sinnlos die Kaufpsychose für viele gewesen ist, und man kann verstehen, daß sich viele Geschäfte in den ersten Tagen gegen die Ausverkaufsdrohung durch eine Geschäftsschließung schützen wollten. Wir alle wissen, daß ein völliger Ausverkauf der Geschäfte nicht allein die Existenz dieser Firmen, sondern darüber hinaus die Existenz vieler Arbeiter und Angestellten gefährdet und auch auf die Konsumentenschichten aller Bevölkerungskreise die nachhaltigsten Folgen ausgeübt hätte.

Andererseits verstehen wir aber auch, daß in dieser Situation der ersten Tage ein Innenminister mit Verantwortungsgefühl — gleichgültig von welcher Partei er kommt — nicht anders handeln konnte als unser Innenminister Helmer, der die Offenhaltung und die Verkaufspflicht aller Detailgeschäfte angeordnet hatte. Wer den Konsumenten eine Einkaufsmöglichkeit sichern, aber zugleich auch die Geschäfte vor einer gewaltsamen Plünderung schützen wollte, mußte in den ersten Tagen diese vom Standpunkt der Geschäfte unpopuläre Maßnahme auf sich nehmen.

Zur selben Zeit, als einzelne Herren der Österreichischen Volkspartei hinter dem Schreibtisch darüber gebrütet haben, welchen Propagandaschlag für Kurzsichtige sie aus dieser Verfügung des Innenministeriums erfinden sollen, haben wir sozialistische Selbständige vom „Freien Wirtschaftsverband“ gemeinsam mit Gewerkschaftern mit dem Innenminister die Frage einer neuen Verkaufsregelung besprochen, was zu den bekannten Verkaufsrichtlinien geführt hat, die einerseits den Konsumentenschichten nach wie vor die Einkaufsmöglichkeit sicherten und andererseits doch die Geschäfte vor einer völligen Ausplünderung schützten.

Was wir in dieser Zeit vermißt haben — ich glaube, das Handelsministerium hätte hier initiativ sein müssen —, war die gleichzeitige Herausgabe einer Weisung, die auch alle Vorlieferanten im Interesse einer gerechten Aufteilung der Lasten, im Interesse der Konsumenten, aber auch im Interesse der Verhinderung von Produktionsstörungen gezwungen hätte, so zu liefern, wie die Detailgeschäfte zu liefern hatten. Wir haben diese Forderung sofort nach dem Beschließen des Währungsschutzgesetzes gestellt. Ich will hier betonen, daß es nicht nur für die Detailgeschäfte Vorlieferanten gibt, sondern ebenso natürlich auch für den Großhandel und für die Verarbeitungsindustrie. Wenn die Wartefrist

bis zum Inkrafttreten des Gesetzes etwa vier oder gar sechs Wochen gedauert hätte, würde dies nicht nur zu einer ungeheueren Katastrophe für die Detailgeschäfte geführt haben, die hinsichtlich der Verkaufspflicht letzten Endes durch die Konsumenten und durch die Polizei unter Kontrolle gestanden sind, sondern dann hätte das ebenso zu einer schweren Produktionsstörung in einem nicht voraussehbaren Ausmaß geführt.

Wir haben uns nicht gewundert, daß etwa der Wirtschaftsbund oder die Mehrheit der Österreichischen Volkspartei in der Handelskammer zu der Forderung nach einer Weisung, die auch die Vorlieferanten des Gewerbes, des Klein- und Großhandels sowie der Industrie zur Lieferung und Rechnungslegung verpflichten sollte, geschwiegen haben. Gewundert hat uns aber, daß tatsächlich keine Weisung des Handelsministeriums in dieser Richtung herausgekommen ist, daß man nicht den Mut gefunden hat, diese volkswirtschaftlich notwendige Weisung zur Ergänzung der Verkaufspflicht der Detailgeschäfte herauszugeben. Schon durch die voreilige Herausgabe einer Mitteilung in der Presse, daß die Septemberproduktion der Textilindustrie verkauft wird, hat man die Konsumenten auf den Handel gehetzt, der damals noch keine Ahnung und nicht ein Stück Ware von dieser Septemberproduktion gehabt hat. Das Unterbleiben der Weisung an die Vorlieferanten hat darüber hinaus zu einer schweren Schädigung von Gewerbe und Handel, aber auch zu schweren Produktionsstörungen und vor allem zu Verkaufsverzögerungen geführt.

Ich will hier nicht viele Beispiele anführen. Aber Sie können sich ungefähr vorstellen, daß, wenn etwa ein Erzeugungsbetrieb von seinen Vorlieferanten nicht das notwendige, bereits auf Bezugschein zustehende Zubehör erhält, die beste UNRRA-Aktion für Bombengeschädigte oder für Heimkehrer sinnlos wird und daß durch diese Verzögerung etwa bestimmte Mäntel aus der knappen Textilproduktion für diesen kleinen Kreis wahrscheinlich erst Ende Jänner oder gar Mitte Februar zu haben sein werden. Wir wünschen, daß man in Hinkunft in allen Fragen, die volkswirtschaftlich wichtig sind, mehr Mut zur Durchsetzung der volkswirtschaftlichen Erfordernisse aufbringt.

Eine zweite Sache. Da wurde zum Beispiel durch die Verordnung 222 vom 23. August eine Bewirtschaftungsstelle für Brennstoffe mit der Handhabung der Bewirtschaftungsvorschriften betraut. Einem Arbeitsausschuß wurde die Leitung dieser Stelle vorbehalten. Dieser ist bis heute, obwohl die Verordnung bereits am 23. August herausgekommen ist, nicht gebildet. Ich weiß nicht, ob das darauf

1970 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

zurückzuführen ist, daß die Lenzinger Zellwollefabrik, obwohl sie nur ein Prozent des Kohlenverbrauches Österreichs für die Inangsetzung des Betriebes benötigt, seit Mitte November stillgelegt ist. Der Stillstand dieses volkswirtschaftlich so bedeutsamen Betriebes hat die Textilindustrie praktisch erschlagen. Die Tatsache, daß man angesichts der ohnehin schon so geringen Textilproduktion dieses eine Prozent nicht durch eine richtige Organisation aufgebracht hat, wird wahrscheinlich dazu führen, daß zehntausende Arbeiter, Angestellte und andere Konsumentenschichten weiterhin in zerfetzten Kleidern herumgehen müssen.

Was Sie, Herr Abgeordneter Fischer, über die Lieferzusage gesagt haben, ist schon seinerzeit von uns vorgeschlagen worden. Wir alle wünschen uns, daß die Lieferzusagen so rasch als möglich verschwinden und daß wir so rasch als möglich zu einer richtigen Kleiderkarte kommen. Wir wissen aber ebenso, daß man darüber natürlich leicht reden und das noch leichter kritisieren kann, daß es aber wesentlich schwerer ist, die Textildecke so zu verbreitern, daß die Herausgabe einer Kleiderkarte auch möglich gemacht wird. Ich muß aber schon sagen: Wenn hier nicht durch eine genaue Überprüfung des Kohlenzuteilungsplanes Remedur geschaffen und die Lenzinger Zellwollefabrik nicht bald wieder produktionsfähig wird, so wird auch die Einführung einer Kleiderkarte noch sehr lange auf sich warten lassen.

Wir kennen wohl die maßlosen Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung, wir können aber nicht verstehen, daß es bei einem monatlichen Kohlenverbrauch von 500.000 Tonnen nicht doch möglich sein sollte, die 5000 Tonnen für die Lenzinger Zellwollefabrik aufzubringen, notabene, wo wir wissen, daß einzelne Industriebetriebe auf rätselhafte Weise zu Kohlenvorräten, die bis zum Frühjahr reichen, gekommen sind. Wir verstehen es schon nicht, daß der Gewerbebrand mit dem Hausbrand gekoppelt wurde, und verstehen es erst recht nicht, daß es bei der wirtschaftlichen Bedeutung des Lenzinger Werkes nicht möglich ist, Kohle für diesen Betrieb aufzutreiben. Wir wollen nicht annehmen, daß eine machtvolle Persönlichkeit ein Interesse an der Verhinderung der Produktion in Lenzing gehabt hat; wir wünschen und verlangen, daß der Kohlenverteilungsplan so rasch als möglich überprüft und der in der Bewirtschaftungsstelle für Brennstoffe vorgesehene Arbeitsausschuß ins Leben gerufen wird, so daß es möglich wird, hier Ordnung hereinzubringen:

Zu den Aufgaben des Handelsministeriums gehört auch die Organisation der Bewirtschaftung der gewerblichen und industriellen

Güter. Ich will und kann es mir nicht so leicht machen wie der Abg. Fischer, will aber trotzdem einiges Grundsätzliche und Praktische sagen. Es gibt wohl keinen Menschen, der sich etwa die Verewigung der Bewirtschaftung wünscht, aber im Gegensatz zu den unbelehrbaren Aposteln der freien Wirtschaft, die in den Illusionen vergangener Tage leben, glauben wir Sozialisten, nur dann in freiere und bessere wirtschaftliche Verhältnisse kommen zu können, wenn die Mangelgüter unbürokratisch, aber rigoros und bundeseinheitlich bewirtschaftet werden, wenn daneben eine übersichtliche Produktionsplanung und -lenkung wirksam wird und wenn insbesondere auch der Außenhandel nach einheitlichen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten geführt wird. Das Spiel der freien Kräfte hat sogar in Amerika schon zu ernststen Kritiken geführt; dort war es nicht ein Sozialist, der den Ruf nach Beschränkung des Spiels der freien Kräfte ausgesprochen hat und jetzt die Rückkehr zu Rayonierungsmaßnahmen und zur Preiskontrolle verlangt — es ist Herr Präsident Truman selbst, der eingesehen hat, daß man in dieser Zeit nach dem Krieg, nach diesen mannigfachen Wirren selbst in Amerika das Spiel der freien Kräfte allein nicht wirken lassen kann.

Wir freuen uns, daß der Herr Minister Dr. Krauland und der Industriellenbund offenbar doch bereits zu begreifen beginnen, wie notwendig eine überlegte Planwirtschaft ist. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das ist ja der Unterschied zwischen Ihnen und mir, daß Sie in Illusionen vergangener Tage leben, und ich auf dem Boden dieser Zeit. Sie begreifen so etwas nicht, Sie werden es nie begreifen. Wir freuen uns, daß der Minister Dr. Krauland und der Industriellenbund, also wahrlich keine Sozialisten, die Bewirtschaftung begreifen und bejahen. Wir wollen nur hoffen, daß sie es ernst nehmen. In der ständigen Wirtschaftskommission der drei Kammern ist es sogar gelungen, den Herrn Minister Raab auf ein neues Warenverkehrsgesetz festzulegen, das klare Elemente der Planung und Lenkung und klare Gedanken über die künftigen Bewirtschaftungsformen enthält.

Bei allen Mängeln in der Lederwirtschaft glauben wir doch, daß die Organisationsform der Lederwirtschaft ständig wirksamer wird. Es ist anzunehmen, daß sich die neue Textilbewirtschaftungsordnung bei energischer Anwendung bald fruchtbar auszuwirken beginnt. Nur würden wir wünschen, daß hier auch bei Auflagen darauf Rücksicht genommen wird, daß nicht nur Stoffe, sondern auch Zubehör erzeugt wird, weil alle Produktionsbetriebe, die eventuell noch Stoffzuteilungen bekommen, ständig einen ungeheuren Kampf mit den

Schwierigkeiten wegen des Zuhörs zu führen haben.

Ich weiß schon, daß es hier in diesem Hause viele Herren von der Mehrheitspartei gibt, die es sich leicht machen und jeder Bewirtschaftung an sich die Schuld geben, wenn vieles bisher nicht geklappt hat. Aber nicht die Bewirtschaftung ist schuld, sondern dort und da zweifellos eine schlechte Organisationsform und zweifellos auch eine gewisse schiefe Einstellung, die wir einerseits bei jenen finden, die die Bewirtschaftung durchzuführen haben, bei einer gewissen Beamten-schichte, die von der Propaganda des Wirtschaftsbundes für freie Wirtschaft beeinflusst ist, und andererseits auch bei den Funktionären des Wirtschaftsbundes selbst.

Ebenso erscheint uns Sozialisten eine Überprüfung und Vereinheitlichung unserer mannigfachen Organisationsformen und -stellen zur Förderung des Außenhandels notwendig. Wir sehen im Budget für Exportförderung und Handelsberichterstattung einen größeren Betrag eingestellt. Es erscheint uns zwingend notwendig, daß Exportförderung und Handelsberichterstattung mehr als bisher initiativ, informativ, praktisch beratend und helfend in Erscheinung treten. Ebenso glauben wir, daß die Novellierung des Außenhandelsverkehrsgesetzes sowie des Warenverkehrsbürogesetzes in Richtung einer Vereinfachung und Zentralisierung dringend nötig ist. Es muß endlich auch der Länderseparatismus, der in letzter Konsequenz gegen die Länderseparatisten selbst wirkt, im Außenhandelsverkehr überwunden werden. Natürlich muß jede polypenartige Ausweitung und Überbürokratisierung verhindert und alle Auslandsgeschäfte müssen der Überprüfung einer Zentralstelle unterstellt werden. Ich habe von einem Geschäftsfreund gehört, daß es bei der letzten Messe in Hannover möglich war, alle notwendigen Befürwortungen, Ausfuhr-, Devisen- und Einfuhrgenehmigungen von den Vertretern aller Behörden des In- und Auslandes direkt auf dem Messegelände kurzfristig zu erhalten, so daß konkrete Geschäfte abgeschlossen werden konnten. Was dort möglich war, müßte doch im Laufe der Zeit auch hier möglich sein.

Schließlich möchte ich ein Kapitel streifen, dem in der Vergangenheit und in der Zukunft größte wirtschaftliche Bedeutung zukommt, unseren Fremdenverkehr. Wer Baden von früher her kennt und heute sehenden Auges durch die Stadt schreitet, der wird erschüttert sein, was aus Baden durch den Krieg und durch die Folgen der Nachkriegszeit geworden ist. Es ist vorläufig noch kaum zu ermessen, welche Schäden die Fremdenverkehrsbetriebe Badens erlitten haben. Wer den Semmering

gesehen hat, der findet auch hier trotz der Schönheit der Umgebung die Folgen des Krieges und der Nachkriegszeit. Wer nach Velden kommt und mit Hoteliers und Angehörigen der Fremdenverkehrsbetriebe spricht, hört ihre Klagen über die Vernichtung ihrer Betriebe, ebenso wer nach Salzburg kommt und dort mit Leuten des Fremdenverkehrs spricht.

Wir können von dieser Stelle aus nur einen Appell an alle Elemente richten, die diese Betriebe bis zum heutigen Tag besetzt halten, daß sie sich für die Zukunft eine größere Beschränkung in der Raumbeanspruchung angelegen sein lassen! Ich weiß, daß sich der Herr Handelsminister in dieser Richtung schon im vergangenen Jahr nicht erfolglos bemüht hat. Wir sehen aber nicht ein, daß irgendein Offizier irgendeiner Besatzungsmacht, der zu Hause gewohnt ist, einen Raum oder bestensfalls zwei Räume für sich zu beanspruchen, hier in diesem armen, ausgepowerten Österreich sechs oder sieben Räume für sich allein beanspruchen muß. Wir glauben, daß wir ein Recht haben, hier angesichts unserer Not an die Großmütigkeit der anderen zu appellieren.

Wir glauben aber auch, daß eine möglichst weitgehende Freimachung der Fremdenverkehrsbetriebe sowie eine Förderung aller Maßnahmen, die den Inlandsfremdenverkehr weitertreiben, im Verein mit der Initiative der Betriebe und mit Hilfe des Staates die Wiedergesundung der Fremdenverkehrseinrichtungen möglich macht, damit bald der Tag kommt, an dem Österreichs Fremdenverkehr wieder die einstige oder wenn möglich eine noch größere Rolle in unserem Wirtschaftsleben zu spielen vermag, so wie wir es uns alle wünschen und ersehnen. So erscheint uns Sozialisten die Initiative des einzelnen und die Initiative aller staatlichen verantwortlichen Stellen absolut kein Widerspruch, sondern nur eine glückliche Ergänzung, ja sogar eine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg unseres Landes zu sein.

Mit tiefer Erbitterung haben wir heute die Nachricht vernommen, daß die Londoner Verhandlungen neuerlich ergebnislos abgebrochen wurden. Wir können diese traurige Tatsache nur als Realität hinnehmen. Wir wollen aber beweisen, daß wir deswegen, weil sich die anderen über uns streiten und auf unsere Kosten nicht einig werden können, nicht verzweifeln, sondern daß stärker als die Erbitterung über das Londoner Ergebnis oder über die Londoner Ergebnislosigkeit unser Lebenswille ist. Die Ralliierung aller positiven Kräfte unseres Landes zu positiven Aktionen erscheint uns weiter zwingend notwendig.

1972 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

Wir haben auf dem Gebiete des Geldwesens Ordnung gemacht. Wir wünschen, daß alle jene, die auf anderen wirtschaftlichen Gebieten noch in Illusionen vergangener Zeiten leben, sich bald von diesen Illusionen freimachen und daß sie den Weg, den die Sozialistische Partei aufgezeigt hat, mitgehen. Wir erwarten, daß die gesamte Volksvertretung und alle Ministerien den Mut zur Fortsetzung aller Aktionen aufbringen, die zur Produktionsbelebung führen. Dazu wird es allerdings notwendig sein, daß sich alle, die gemeinsame Beschlüsse fassen, auch zu den gemeinsamen Beschlüssen bekennen. Man darf nicht aus Feigheit, obwohl man eine Maßnahme mitbeschlossen hat — wie etwa beim Währungsschutzgesetz einzelne Herren der ÖVP —, davon schreiben und reden, daß der Wirtschaft das Währungsschutzgesetz aufgehalst wurde. Das scheint uns feige und unehrlich zu sein. Die Voraussetzung des Zusammenwirkens aller positiven Kräfte erscheint uns nur dadurch gegeben, daß man sich mutig zu Aktionen bekennt, sie beschließt und auch bereit ist, sie vor seinen eigenen Wählern zu vertreten.

Die Sozialistische Partei hat nicht erst einmal den Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg unseres Landes gewiesen. Wir sind bereit und waren es auch immer in der Vergangenheit, die Mitverantwortung dafür zu tragen. Wir müssen aber verlangen, daß alle mitbeschließenden Kräfte ehrlich und aufrichtig ebenso dazu bereit sind und den notwendigen Aktivismus aufbringen, um unsere Wirtschaft aus dem Chaos von gestern in eine lichte Zukunft zu führen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Fischer: Meine Damen und Herren! Ich bitte zu entschuldigen, daß ich noch einmal das Wort ergreife. Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich habe mich vorhin streng an die Redezeit gehalten und möchte nun noch einige Bemerkungen über die wichtige Frage des österreichischen Außenhandels machen.

Unsere Handelsbilanz ist außerordentlich unausgeglichen. Die Statistischen Nachrichten verzeichnen zwischen Jänner und September einen Einfuhrüberschuß von 287 Millionen Schilling. In diese Summe sind alle Hilfslieferungen nicht eingerechnet. Die eigentümliche Tendenz unseres Außenhandels besteht darin, daß wir in der Tat einer Reihe von westlichen Staaten Warenkredite gewähren, während wir von den östlichen Staaten Warenkredite beanspruchen. Es ist notwendig, das einmal auszusprechen und an Hand der Ziffern der Statistischen Nachrichten zu illustrieren.

Wir haben Italien gegenüber einen Ausführüberschuß von 23.5 Millionen Schilling, gegen-

über der Schweiz von 19.5 Millionen Schilling, der USA von 14.3 Millionen Schilling und gegenüber Griechenland von 7.9 Millionen Schilling. Das heißt mit anderen Worten, diesen Ländern gewährt das arme Österreich in der Tat einen Warenkredit. Dagegen haben wir Importüberschüsse aus der Tschechoslowakei im Werte von 42.5 Millionen Schilling, aus Polen von 20.2 Millionen Schilling und aus Ungarn von 6.2 Millionen Schilling. Das widerspricht manchen Auffassungen und manchen Erklärungen, die von einzelnen Rednern in der Öffentlichkeit abgegeben werden.

Ich möchte weiter darauf hinweisen, daß infolge der außerordentlich mangelhaften Außenhandelskontrolle und Devisenbewirtschaftung nicht geringe Werte über die westlichen Grenzen verschwinden und dort in private Devisenbestände umgewandelt werden. Die in Österreich eingerichtete Ausgleichskasse hat sich leider als mehr oder weniger wirkungslos erwiesen. Einer vorgeschriebenen Einzahlung von 84 Millionen Schilling stehen faktische Einzahlungen von 4 Millionen Schilling gegenüber. Das ist in der Tat ein Hohn auf die Idee, der diese Ausgleichskasse dienen sollte. Die private Devisenhaltung hat solche Formen angenommen, daß sich sogar das Zentralorgan der Österreichischen Volkspartei, die „Wiener Tageszeitung“, vor einiger Zeit genötigt gesehen hat, diesen Schwarz-Exporteuren ernst ins Gewissen zu reden, wobei mir klar ist, daß hier ein Gewissensappell vollkommen fruchtlos bleiben wird, so daß man zu anderen Mitteln greifen muß.

Die Zeit ist zu kurz, um hier die Grundlagen für eine Schätzung dessen vorzulegen, was ungefähr an solchen privaten Devisen im Ausland bereits gehortet wurde. Es dürften nicht viel weniger als 700 Millionen Schilling, das sind 70 Millionen Dollar, jährlich sein, die in der verschiedensten Form in privaten Devisen in den westlichen Ländern angelegt wurden.

Außerordentlich ungünstig, zum Teil allerdings zeitbedingt, ist weiter die warenmäßige Zusammensetzung unseres Exportes und unseres Importes. Bei unserer Ausfuhr haben jetzt die Rohstoffe weitaus das Übergewicht, während in der vergangenen Zeit die Fertigprodukte überwiegend waren, was wesentlich rentabler, wesentlich ertragreicher ist.

Ich hoffe, die beiden Koalitionsparteien werden mich nicht meiner Stellung als Abgeordneter entkleiden, wenn ich einige Worte des Professors Dobretsberger zu dieser Frage zitiere, Worte, die in der offiziellen Zeitschrift der Arbeiterkammer veröffentlicht wurden. Professor Dobretsberger schreibt (liest):

„Während wir in normalen Zeiten haupt-

sächlich Fertigwaren an das Ausland lieferten-

in denen hohe Lohnkosten steckten, führen wir heute auch Rohstoffe aus, um die Einfuhr zu bezahlen. Auf der Einfuhrseite wieder nehmen heute Lebensmittel und Kohle den ersten Platz ein. Es ist dies die typische Struktur des Außenhandels der kolonialen Gebiete, und wir könnten daher nicht mit Unrecht von einer ‚Kolonialisierung‘ unseres Außenhandels sprechen.“

Das sind die Worte eines bürgerlichen, eines katholischen österreichischen Nationalökonom.

Bis vor kurzem hat es nicht einmal eine Dringlichkeitsskala für die Einfuhr von Waren gegeben, und wiederum die Zeitschrift der Arbeiterkammer hat vor einigen Monaten darauf hingewiesen, daß die Holzlieferanten, wie ich schon erwähnt habe, Holz ausführen und dafür Luxusautos einführen, während auf der anderen Seite die Post für die Einfuhr von Omnibussen absolut kein Exportholz bekommen konnte. Man könnte noch Dutzende und aber Dutzende solcher Beispiele anführen.

Wir stehen heute zum großen Teil einer mehr oder minder politischen Lenkung des Außenhandels gegenüber. Der Herr Außenminister Dr. Gruber bekennt sich vor allem zu dieser politischen Lenkung und hat im Oktober in einer Rede erklärt, unser Handel mit dem Westen ist trotz allem gegenteiligen Gerede der weitaus größte Posten unserer Handels- und Zahlungsbilanz. Das ist für die Gegenwart absolut richtig. Das ist genau so eine Feststellung wie die, daß der Schleichhandel heute in Österreich eine große Menge von Waren umfaßt. Aber dadurch, daß man die gegenwärtigen Verhältnisse feststellt, werden sie noch nicht wünschenswert, entsprechen sie noch nicht unbedingt den österreichischen Interessen. In der Tat waren sogar noch im Jahre 1937, obwohl damals schon politische Fragen, wie die Römischen Protokolle und die Aufrüstung in Deutschland, eine Rolle gespielt haben, die Verhältnisse umgekehrt. Damals hat der Außenhandel mit den Ost- und Südoststaaten eine außerordentlich entscheidende Stelle eingenommen; er ist aber von damals 44 Prozent auf heute 19 Prozent zurückgegangen, eine für die Interessen der österreichischen Wirtschaft nicht wünschenswerte Entwicklung.

Gestatten Sie mir ein Zitat aus der führenden bürgerlichen englischen Zeitschrift „The Economist“ über die Entwicklung der Handelsbeziehungen Österreichs. „The Economist“ schreibt in seiner Nummer vom 18. Oktober (liest):

„Trotz dem starken amerikanischen Einfluß auf die österreichische Wirtschaftspolitik ist es wenig wahrscheinlich, daß die Handelsbeziehungen Österreichs mit den USA jemals eine größere Bedeutung erlangen könnten....“

Der Fremdenverkehr, der Export von Rohstoffen, Lederwaren, Kunsthandwerk und Textilien mag Österreich ein großes und noch wachsendes Einkommen bringen, aber darüber darf nicht die Maschinenindustrie, die Elektroindustrie, die chemische Industrie vernachlässigt werden, denn von der Ausfuhr dieser Erzeugnisse hängt die Beschäftigung einer großen Zahl bestgeschulter Arbeitskräfte ab....“

Vollständige Abhängigkeit Österreichs von Amerika kann dem Land vielleicht unmittelbare Vorteile bieten, wenn sie aber die österreichische Regierung dazu zwingt, die Handelsbeziehungen mit Osteuropa abzubrechen, dann würden die österreichischen Industriellen Gefahr laufen, Agenten der amerikanischen Konzerne zu werden.“

Das ist die Stimme einer führenden bürgerlichen englischen Wirtschaftszeitschrift über den Außenhandel Österreichs.

Ich möchte Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen. Ich könnte auch eine Reihe österreichischer Stimmen, Stimmen vernünftiger österreichischer Wissenschaftler, etwa aus der Zeitschrift des Industriellenbundes „Die Industrie“, aus den Zeitschriften „Der Handel“ oder „Internationale Wirtschaft“ zitieren, die sich alle auf derselben Linie bewegen und alle davor warnen, diese Handelspolitik zu einer dauernden handelspolitischen Orientierung Österreichs zu machen. Interessant ist die Feststellung in der Zeitschrift „Der Handel“, daß das Schwergewicht unseres Außenhandels heute und morgen immer nur im Osten und im Südosten zu liegen hat, und die Zeitschrift fügt hinzu, das möge sympathisch sein oder nicht, es sei eine reale Tatsache, mit der man rechnen müsse.

Wir stehen also heute einer politischen Fehlorientierung unseres Handels gegenüber. Ich konnte dies in der kurzen Redezeit nur an ganz wenigen Beispielen illustrieren und möchte damit schließen, daß man, etwas weiterblickend, zwei Konzeptionen in der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs feststellen kann. Bei der ersten Konzeption würde Österreich — wie Professor Dobretsberger festgestellt hat — dem Wesen nach kolonisiert werden. Das wäre vor allem die einseitige Entwicklung der Geschmacksindustrie, der Luxusindustrie, des Fremdenverkehrs und des Exportes von Rohstoffen, alles Dinge, die ich nicht unterschätze, die aber, wenn sie den Ausschlag geben würden, Österreich tatsächlich den Charakter von Venezuela, Kolumbien oder eines ähnlichen halbkolonialen Landes verleihen müßten. Die andere Konzeption ist die maximale Entwicklung Österreichs als Industriestaat bei besonderer Förderung der österreichischen Produktion von Fertigwaren, der Ausnützung der Kraft, Intelligenz und Energie der öster-

1974 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

reichischen Arbeiterschaft, und es ist gar kein Zweifel, daß eine solche Entwicklung Österreichs, die im Interesse Österreichs anzustreben ist, weitgehende Handelsbeziehungen, weitgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den krisenfesten Planwirtschaften in unseren Nachbarstaaten bedingt.

Präsident Dr. **Gorbach**: Zum Wort gemeldet hat sich Abg. Kristofics-Binder. Ich erteile es ihm. (Ruf bei den Sozialisten: Das ist im Geheimpakt vereinbart!)

Abg. **Kristofics-Binder**: Ich darf, aber Sie dürfen nicht. Bei Ihnen ist es gefährlich, weil Sie schon sehr stark links stehen, ich noch nicht.

Hohes Haus! Mit krasser Deutlichkeit wird uns gegenwärtig vor Augen geführt, daß das Angebot vorhandener Ware, wozu auch die Arbeitskraft gehört, einerseits und die Nachfrage nach den angebotenen Gütern andererseits es sind, die den Preis eines Produktes oder einer Arbeitsleistung bestimmen. Der Grundsatz von Angebot und Nachfrage ist kein mechanisches Spiel, sondern ein ehernes Gesetz der Wirtschaft, ein natürlicher Regulator der Preise, Löhne und der Gebrauchsgüter selbst.

Die schwierige finanzielle Lage, in der sich Österreich und seine Wirtschaft augenblicklich befinden, drängt zu einer Lösung, die ihren äußeren Ausdruck nunmehr in jenem Ruf nach der Währungsreform gefunden hat, der von vielen Seiten im jetzigen Zeitpunkt teils verworfen, teils immer aufs neue befürwortet wurde. Es kann sicherlich kein Zweifel darüber bestehen, daß die Währungsreform schließlich die einzige Möglichkeit war, die gegenwärtige unhaltbare finanzielle Lage, wenn auch unter gewissen Opfern, einer Besserung entgegenzuführen. Ob der Zeitpunkt richtig gewählt ist, wird die Entwicklung der Wirtschaft zeigen.

Wie sieht es nun demgegenüber auf dem Warenssektor aus? Auch hier wird nunmehr seit dem Jahre 1945 ein Ruf laut, der in den verschiedenen Formulierungen doch immer wieder das gleiche fordert, nämlich die Bewirtschaftung um jeden Preis. Dieser Ruf findet von vornherein bei jenen den größten Anklang, die in der Bewirtschaftung ein Allheilmittel sehen, in der Tat ist es jedoch nur ein Schlagwort einzelner politischer Parteien.

Ein Blick auf die österreichischen Produktions- und Importverhältnisse zeigt die fundamentale Voraussetzung für jede Diskussion über die Frage der Bewirtschaftung auf. Österreichs Industrie hat im Jahre 1946/47 etwa 30 bis 40 Prozent der Kapazität des Jahres 1937 erreicht, davon die westliche

Hälfte etwa 50 Prozent, die östliche Hälfte Österreichs kaum 25 bis 30 Prozent. Die Einfuhr Österreichs betrug im gleichen Jahre, also 1946, etwa 250 Millionen Schilling gegenüber einer Einfuhr von 1.435,635.000 S im Jahre 1937.

Diesen Leistungen steht in der Zeit nach dem Kriege ein gewaltiger Mehrverbrauch gegenüber. Unsere Wirtschaft hat durch Kriegs- und Nachkriegserscheinungen schwere Verluste erlitten, und die Bevölkerung hat durch lange Jahre keine Möglichkeit gehabt, sich mit zahlreichen lebenswichtigen Gütern zu versorgen.

Diese Tatsachen machen es von vornherein klar, daß heute auch in Österreich so wie in den meisten europäischen Ländern bewirtschaftet werden muß. Die Tatsache, daß bewirtschaftet werden muß, steht überhaupt nicht zur Diskussion. Über die Frage aber, wie bewirtschaftet werden soll, muß nunmehr endgültig Klarheit geschaffen werden, soll nicht unsere Wirtschaft durch unsere eigenen Maßnahmen dauernd den schwersten Schädigungen ausgesetzt werden.

Mit dieser Feststellung ist aber zum Teil auch schon gesagt, was wir uns unter der freien Wirtschaft vorstellen. Diese freie Wirtschaft ist ein Ziel, das erst in Jahren erreicht sein wird, wenn in der gesamten Weltwirtschaft eine Beruhigung eingetreten ist. Auf dem Wege zu diesem Ziele aber bekämpfen wir jede Bewirtschaftung, die nicht aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen und Erwägungen notwendig ist. Auch hier muß zum Nutzen des Konsumenten das ehernes Gesetz von Angebot und Nachfrage zum Durchbruch kommen. Nur bei entsprechender Konkurrenz wird eine gesunde Preisfestsetzung erfolgen. Nur bei dem entsprechenden Auswirkenlassen der Privatinitiative wird sich eine entsprechende und gesunde Regulierung der Produktion ergeben. Lassen Sie erst einmal genügend unbewirtschaftete Waren auf dem Markt sein, so werden Sie sehen, daß sich die Kaufkraft der Bevölkerung auf diese Waren verteilen und daß all der Unsinn, der heute produziert wird, nicht gekauft werden wird. So verstehen wir die freie Wirtschaft, und zu ihr wird es trotz aller Planungstheorien kommen müssen, wenn wir nicht in dem Sumpf der Bewirtschaftung und der mit ihr verbundenen Korruption versinken wollen.

Zu glauben aber, daß dieses Chaos der mangelhafte Bewirtschaftungsapparat verursacht hat, zu glauben, dieses Übel dadurch beheben zu können, daß man die Bewirtschaftung immer weiter verschärft und ausdehnt, muß statt zu einer Besserung zu einer Verschlechterung der allgemeinen Lage führen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika erzeugen heute 70 Prozent der Weltproduktion ohne Planung und Lenkung, sie kennen diese Art Unsinn von Bewirtschaftung nicht und sind auf Grund der Privatinitiative die größte Produktionsstätte der Erde geworden.

Die bisherige Form der Bewirtschaftung war zweifellos nicht in der Lage, die vorhandene Warendecke der Konsumreihe zuzuführen. Abgesehen davon, daß die verschiedenen Wirtschaftsverbände enorme Kosten verschlingen, kann man überzeugt sein, daß alle neuen Einrichtungen, in welcher Form immer sie geschaffen werden, bei der heutigen Entwicklung rund um Österreich auch keine Waren, sondern nur weiteres Chaos bringen werden. Es mag für die Bewirtschaftung ein leichtes sein, unter dem Vorwand, dem Verbraucher zu dienen, ihren Umfang immer mehr auszudehnen, besonders dann, wenn es sich um die Verteilung handelt; dort aber, wo es um die schwierige Aufgabe geht, die Produktion zu vermehren, versagt sie.

Unzukömmlichkeiten dieser Art sind in letzter Konsequenz darauf zurückzuführen, daß heute niemand in Österreich weiß, welche Befugnisse die Bewirtschaftungsstellen eigentlich haben und welche nicht. Daß die Bewirtschaftungsstellen selbst die Unklarheiten zu dem Zwecke ausnützen, um ihre Stellung um jeden Preis zu festigen, ist klar.

In letzter Zeit sind die Wirtschaftsverbände dazu übergegangen, sogenannte Allgemeinverfügungen herauszugeben, von denen niemand weiß, ob es sich um Auslassungen handelt, die den Charakter einer Verordnung, eines Erlasses oder am Ende gar eines Gesetzes tragen.

Wie die Bewirtschaftung in Wirklichkeit aussieht, will ich an einem Fall aus der Praxis aufzeigen. In der Zeitung „Neues Österreich“ vom 29. November 1947 wird mitgeteilt, daß 640.000 Arbeitsanzüge und andere Warengattungen, wie hunderttausende Handtücher, Taschentücher, Wollsocken usw. aus den amerikanischen Armeebeständen zu erwarten sind. Diese Waren stellen 8 Eisenbahnzüge zu je 40 Waggons dar. Weiter heißt es in dem Bericht, daß mit der Ausgabe dieser Waren zu Weihnachten zu rechnen sei.

Was hat sich nun wirklich abgespielt? Von diesen 320 Waggons sind bisher 100 Waggons verschwunden, angeblich sollen sie der öffentlichen Hand, dem Gewerkschaftsbund und der Arbeiterkammer zur Verfügung gestellt worden sein. (Abg. Krisch: Das nennen Sie verschwunden?) Wo ist die Kontrolle? (Abg. Krisch: Beim Landesgericht!) Auch da-

gegen wäre grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn irgend ein Kontrollsystem vorhanden wäre, welches dafür Gewähr bieten würde, daß die Waren wirklich den Bedürftigsten zugewendet werden. Die Mitglieder der gewerblichen Wirtschaft werden bis in das letzte Kellerlokal genau überprüft. Es werden Kontrollen durchgeführt und Listen verlangt; hingegen ist es ohne weiteres möglich, daß 100 Eisenbahnwaggons einfach jeder Kontrolle entzogen werden und nach irgend welchen unbekanntem Gesichtspunkten, wemöglich nach der politischen Einstellung, verteilt werden. (Abg. Krisch: Das ist unwahr! Er behauptet wissentlich Unwahres!) Darüber hinaus wird der Einzelhandel nach wie vor mit 320 Waggon Ware belastet, die er niemals erhalten hat. Und dieser Vorgang spielt sich bei eingeführten Waren ab, die zahlenmäßig von vornherein genau festgelegt sind. Wir verlangen nichts anderes als gleiches Recht für alle. Auch die öffentliche Hand, auch der Gewerkschaftsbund hat genau so wie der Kaufmann einer Kontrolle zu unterliegen. (Zustimmung bei den Parteilgenossen.)

Mißstände dieser und ähnlicher Art sowie die Form der gesamten Bewirtschaftung haben in ihrer Gesamtheit dazu geführt, daß die Wirtschaft, die schließlich die ganze Schwere dieser Mißstände zu tragen hat, die Forderung nach Abhilfe stellte. Diese Forderung läßt sich kurzerhand dahingehend formulieren: weniger, aber straff bewirtschaften! Das heißt: Bewirtschaftung lediglich der notwendigsten Güter, die aber dann in einer Art und Weise erfolgen muß, bei der nicht nur der Kaufmann bei seiner Tätigkeit kontrolliert und schikaniert, sondern auch die Grundlage jeder erfolgreichen Bewirtschaftung, die Kontrolle der Produktion und der Einfuhr jener Güter rigoros durchgeführt wird, die unter die lebenswichtigen Bewirtschaftungswaren fallen. Jene Warengattungen, die nicht unbedingt lebenswichtig sind, mögen ebenso dem freien Spiel der Wirtschaftskräfte überantwortet werden, wie jene, die ohne Valuten oder Kompensationsware importiert werden.

Die Freigabe einer Ware wäre jedoch völlig wirkungslos, wenn nicht gleichzeitig auch die freie Preisbestimmung gewährleistet bliebe. Es muß daher an die gestellte Forderung, nur die lebenswichtigsten Güter zu bewirtschaften, automatisch die Forderung angeschlossen werden, daß alle nicht bewirtschafteten Waren der freien Preisbildung unterliegen. Die Forderung nach dieser Reform der Bewirtschaftung erscheint heute nötiger denn je, denn ständig werden Gesetze eingebracht, die auf die willkürliche Verlängerung der Bewirtschaftung abzielen.

Von Bewirtschaftung reden und die Bewirtschaftung wollen nur jene, die nicht fähig sind, aus eigener Kraft und aus eigenem Können sich etwas selbst zu erwirtschaften, mit einem Wort jene, die selbst nichts haben und so mit fremdem Eigentum herumwirtschaften wollen. Die Vertreter der Wirtschaft selbst sind bisher in allen Fragen der Bewirtschaftung lediglich als Befehlsempfänger aufgetreten, die die Anordnungen der Behörden widerspruchslos entgegengenommen haben.

Jede Behörde vom Ministerium abwärts bildet sich ein, die Aufgaben eines Import- und Exportkaufmannes, beziehungsweise einer Genossenschaft zu erfüllen. Sie vergessen, daß sie nicht zum Geschäftemachen da sind, sondern für die Verwaltung. Wenn kürzlich an Hand konkreten Zahlenmaterials klar und deutlich bewiesen wurde, daß augenblicklich in Österreich auf drei in der Privatwirtschaft Tätige eine Person kommt, die verwaltet, so könnte diesem unhaltbaren Zustand durch den Abbau der zahlreichen überflüssigen Bewirtschaftungsstellen der erste entscheidende Abbruch getan werden.

Die Forderung, die die gewerbliche Wirtschaft nach Abbau der Bewirtschaftung stellt, dient aber in erster Linie dem Staate und seinen Finanzen selbst. Wenn Österreich für das Jahr 1948 wieder einen ausgeglichenen Staatshaushalt herstellen will, so darf dies nicht lediglich auf Kosten jenes Teiles der Bevölkerung gehen, der durch erhöhte Steuerleistung für die Deckung der Ausgaben sorgen muß. Es muß vielmehr sowohl bei den Staatsbetrieben als auch bei den Bewirtschaftungsstellen durch Einschränkung und Abbau jene nationale Pflicht erfüllt werden, die sparen heißt. Dieser weisen Selbstbeschränkung ist durch den Abbau der Bewirtschaftung eine Möglichkeit gegeben, die nicht nur dem Staat selbst, sondern darüber hinaus der gesamten Wirtschaft den Weg zu einer freien und damit gesunden Entwicklung weist.

Nur eine sukzessive freie Entwicklung der Wirtschaft wird jene Qualitäten und Mengen der Produktion ermöglichen, die die Bedürfnisse der Konsumenten decken. Keine überspitzte Planung, keine gebundene Lenkung und schon gar nicht die uns sattsam bekannte Bewirtschaftungsart werden in der Lage sein, ohne Privatkapital und ohne Privatinitiative des einzelnen eine bessere Versorgung des österreichischen Volkes mit Gebrauchsgütern welcher Art immer zu sichern.

Daher nicht viel Zeit verlieren, rasch zu einer vernünftigen freien Wirtschaft! Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir eine gebundene oder eine freie Wirtschaft? (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Abg. **Porges**: Hohes Haus! Mein Freund Kostroun hat bereits die grundsätzlichen Dinge zum Kapitel Handel und Wiederaufbau gesagt. Ich kann mich daher auf einige Ergänzungen beschränken. So ist bereits auf einen der wichtigsten Teile unserer Wirtschaft, auf den Fremdenverkehr in Österreich, hingewiesen worden. Es ist eine allgemeine Erkenntnis, daß der Fremdenverkehr für Österreich einen der wichtigsten Aktivposten unserer Wirtschaft darstellt, einen Aktivposten, dessen Bedeutung dann besonders klar und einleuchtend wird, wenn man seine Ergebnisse in unserem Nachbarstaate, der Schweiz, in Betracht zieht.

Ich weiß, und wir alle wissen, daß heute noch Beschränkungen und Hindernisse jeder Art den Fremdenverkehr hemmen, Hindernisse, die zu beseitigen manchmal außerhalb unseres Machtbereiches liegt. Aber es muß heute schon alles getan werden, um, ausgehend von der nun erfolgten Ordnung unserer Währung, für die kommenden Monate und für das kommende Jahr auf diesem Gebiete Vorbereitungen zu treffen. Wir hörten im Bericht des Finanz- und Budgetausschusses, daß dem Fremdenverkehr höhere Dotationen zugewiesen wurden. Wir hörten weiter, daß für Straßen- und Brückenbauten um 49 Millionen Schilling mehr aufgewendet werden. Es ist zu erwarten, daß alle diese Mittel und Zuwendungen auch am richtigen Platz, das heißt auch wirklich dort verwendet werden, wo damit ein größtmöglicher Erfolg erzielt werden kann.

Die vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau geschaffene Stelle für den Wiederaufbau des Fremdenverkehrs unterzieht sich gegenwärtig wie in den vergangenen Monaten der Aufgabe, hier wirklich alles vorzubereiten. Es wäre aber zu wünschen, daß vor allem das Netz der Auslandsvertretungen dieser Wiederaufbaustelle so ausgestattet werde, daß alle für den Fremdenverkehr in Österreich in Betracht kommenden Länder auch wirklich von diesem Vertretungsnetz erfaßt werden.

Ein großes Hindernis unseres Fremdenverkehrs — und wenn ich vom Fremdenverkehr spreche, meine ich diesen im weitesten Sinn des Wortes, also den Touristenverkehr innerhalb Österreichs und den Verkehr der Fremden nach Österreich — ist natürlich die Tatsache, daß unsere Hotels und unsere Gaststätten von den Besatzungsmächten besetzt sind, so daß wir Mühe haben, unsere Gäste entsprechend unterzubringen. Der Außenstehende weiß nicht, welche Mühe und welchen Arbeitsaufwand es erfordert, um zum Beispiel anläßlich der Wiener Messe die 2000 bis 3000 Fremden und die 5000 bis 10.000, die aus den Bundesländern zur Messe nach Wien kommen,

unterzubringen. Ich möchte feststellen, daß es dem Verständnis der Wiener Bevölkerung zu danken ist, daß sie dem Aufruf ihres Bürgermeisters immer treu Folge geleistet hat und die Fremden und Gäste in Wien in einer Weise beherbergt hat, die allgemein Bewunderung, Dank und Zufriedenheit erregt.

Ich möchte nur wünschen, Hohes Haus, daß nicht nur in Wien, sondern auch draußen in so manchen Sommerfrischen und Kurorten unserer Bundesländer das gleiche Verständnis bestünde. Wir wissen, daß im vergangenen Jahr einzelne Bürgermeister Zuzugsverbote erlassen haben, daß wir Aufenthaltsbeschränkungen unterworfen waren und daß man wiederholt um die Bewilligung einreichen mußte. So mancher Bürgermeister dieser Sommerfrischen hat die aus der Stadt hinauskommenden Arbeiter und Angestellten als nicht sehr erwünschte Gäste betrachtet und manches getan, um ihnen den Aufenthalt draußen so unangenehm als möglich zu machen. Ich hoffe, daß sich hier die Einsicht durchringt und daß im kommenden Jahr unsere Arbeiter und Angestellten in ihrem Urlaub in den Sommerfrischen und Kurorten von diesen Mißhelligkeiten verschont bleiben.

Es gibt aber in Wien einen Fremdenverkehr, den wir als unerwünscht vermerken müssen, den Verkehr jener Fremden in Uniform, den wir klagenden und traurigen Herzens ertragen müssen. Wenn man zum Beispiel an einem Sonntag nach Schönbrunn hinausgeht, um seine kargen Erholungsstunden in diesem grünen Reservoir zu verbringen, kann man es erleben, daß die Jeeps und Lastautos der Besatzungsmächte in den Alleen herumrasen, daß sie dort die Luft in einer nicht sehr angenehmen Weise verpesten und daß man bei einer Alleekreuzung oft genau so aufpassen muß wie bei der Opernkreuzung. Es wäre Aufgabe der Bundesgebäudeverwaltung, hier die entsprechenden Schritte zu unternehmen und dieses Erholungsreservoir unserer Bevölkerung wirklich seinem Zweck zuzuführen.

Eine weitere Aufgabe der Bundesgebäudeverwaltung wäre es, dafür zu sorgen, daß das schön gelegene, herrliche Schönbrunner Schloßbad der Bevölkerung der angrenzenden Bezirke wieder zur Benutzung zurückgegeben wird. Dieses schöne Bad ist meist nur von ganz wenigen Soldaten der Besatzungsmächte besucht, weil diese Soldaten auch noch die anderen Bäder frequentieren. Die Bevölkerung der angrenzenden Bezirke aber ist dadurch um einen ihrer wichtigsten Erholungsorte gebracht.

Hohes Haus! Es ist hier bereits einiges zum Wiederaufbau gesagt worden. Ich möchte nur feststellen, daß wir es mit besonderer Genugtuung begrüßen, daß wir nunmehr in das Stadium des planvollen und geplanten Wieder-

aufbaues eintreten werden und daß der nunmehr eingesetzte Unterausschuß für das Wiederaufbaugesetz in kürzester Zeit seine Arbeiten aufnehmen und, wie wir hoffen wollen, dem Hohen Hause auch in kürzester Zeit seine Arbeit auf den Tisch legen wird. Es ist höchste Zeit, daß das Wiederaufbaugesetz, das nun schon mehr als ein Jahr hier im Hause nicht erledigt werden konnte, endlich doch seiner Vollendung zugeführt wird.

Daß die Baumaterialverteilung durch das Bundesministerium wiederholt Anlaß zu Klagen und Beschwerden gegeben hat, ist uns allen bekannt, und ich kann es mir ersparen, hier bereits Bekanntes zu wiederholen. Wir hoffen, daß die dringendsten Bedürfnisse der Bundesländer befriedigt sind und daß nunmehr auch die Stadt Wien auf diesem Gebiet zu ihrem Recht kommt und alle jene Materialien zugeteilt erhält, die sie zum Wiederaufbau dringendst und nötigst braucht.

Wenn ich zum Schluß noch auf die Pa-Ko-Angelegenheit zu sprechen komme, will ich es nicht von der Papierseite her tun, wie mein Kollege Fischer, sondern von der Kohlenseite her. Es hat sich nämlich gezeigt, daß unsere Arbeiter und Angestellten, als sie nach ihrer schweren Schlägerungsarbeit in den österreichischen Wäldern nach Wien zurückkehrten und ihre Pa-Ko-Scheine präsentierten, die Antwort erhielten: Ja, die Kohle ist überhaupt nicht hier! Wir kennen einen Teil der Ursachen, wir kennen den Waggonmangel, auf den vor allem immer wieder hingewiesen wird, und wir kennen die anderen Schwierigkeiten. Aber da wir dies wissen und da wir hören, daß die Pa-Ko-Aktion auch im nächsten Jahr weitergeführt werden soll, bitten wir unseren verehrten Herrn Bundesminister schon heute, alles zu veranlassen, damit Vorfälle, wie sie sich hier abspielten, im nächsten Jahr auf jeden Fall vermieden werden.

Wir konzedieren unserem lebenswürdigen, wie er bereits genannt wurde, Herrn Bundesminister die besten Absichten und den ernstesten Willen, aber wir bitten ihn, auch dafür zu sorgen, daß die Organe seines Ministeriums die Wünsche des Parlaments, die Wünsche der Bevölkerung beachten und ihnen in jeder Richtung hin zum Durchbruch verhelfen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Dr. Scheff: Hohes Haus! Ich hatte die Absicht, mich bei der Besprechung des Kapitels Handel und Wiederaufbau lediglich mit der vom Hause bisher nicht besprochenen Frage des Wiederaufbaues zu beschäftigen, aber die Bemerkungen einiger meiner Voredner über das Kapitel Handel veranlassen mich, doch noch einige Bemerkungen dazu zu machen.

Ich bin vor wenigen Tagen aus Italien zurückgekehrt, das in der Frage des Handels und in der Frage der Wirtschaft einen ganz anderen Weg gegangen ist als wir, nämlich den Weg der freien Wirtschaft und des freien Ausbietens jeder Art von Waren. Ich muß Ihnen offen und ehrlich gestehen, wenn man als Österreicher durch die Straßen einer italienischen Großstadt wandert und dort sieht, daß alles, die Lebensmittel jeder wie immer gearteten Sorte, alle Mode- und Industrieartikel zu haben sind, die Industrieartikel sogar zu Preisen, die als lächerlich billig bezeichnet werden müssen, dann ist es wohl sehr zu bedenken, ob der Begriff der Planung und Bewirtschaftung, der bei uns von vielen Seiten so hochgehalten und so hoch gepriesen wird, wirklich der richtige Weg ist, den wir in der Frage Handel und Verkehr gehen. (Zwischenrufe bei den Sozialisten.)

Nun möchte ich noch ganz kurz auf die Ausführungen des Herrn Nationalrates Fischer, der leider nicht anwesend ist, reagieren, und zwar insbesondere auf seine so oft geübte Ost-Reklame und auf sein Wehgeschrei, daß der Handel mit dem Osten von unserem Handelsministerium so vernachlässigt werde. Es wird Ihnen ein späterer Redner meiner Partei Ziffern geben, aus denen überzeugend erhellt, daß der Export nach dem Osten tatsächlich sehr wesentlich ist und daß Österreich seiner Aufgabe, den Osten mit Industrieprodukten zu beliefern, auch in den Notjahren 1945 bis 1947 nachgekommen ist.

Aber der Herr Abg. Fischer hat etwas vergessen. Er hat nämlich nur von dem legalen Handel nach dem Osten gesprochen, von dem illegalen Export nach dem Osten hat er aber leider kein Wort erwähnt. Wenn wir bedenken, daß 1945, 1946 und 1947 jährlich für hunderte Millionen Schilling, ja für hunderte Millionen Dollar österreichische Arbeitsleistung und österreichisches Material nach dem Osten gewandert ist, ohne daß dafür eine entsprechende Entschädigung in österreichischem Geld oder eine Ergänzung der österreichischen Wirtschaft geleistet wurde, so ist es ganz selbstverständlich, daß Österreich infolge dieses illegalen Exportes nach dem Osten tatsächlich verbluten muß, denn unsere materiellen Kräfte sind nicht in der Lage, diese dauernde Abschöpfung von Material und Arbeit zu erdulden.

Noch eine zweite Hauptursache der Einschränkung des Verkehrs mit dem Osten hat Herr Nationalrat Fischer vergessen, das ist die sogenannte Waggonfrage. Die Waggonfrage fängt nicht etwa bei der Pa-Ko-Aktion an, sie fängt dort an, wo die Waggons stehen bleiben und von wo sie nicht mehr in ihr

Heimatland Österreich zurückwandern. Ich meine, es kann uns nicht zugemutet werden, einen Export nach einigen Ostländern zu treiben, wenn diese Ostländer ihrer Verpflichtung, uns die Waggons zu retournieren, nicht nachkommen, so daß wir auf diese Art und Weise, wenn wir diese Verhältnisse einige Zeit lang andauern ließen, einfach der wichtigsten Verkehrsmittel verlustig gehen würden. (Abg. Honner: Warum reden Sie nicht von den Waggons in der Westzone?)

Das habe ich zu den Bemerkungen des Herrn Nationalrates Fischer über den Ostexport ganz kurz und nur streifend zu erwähnen.

Und nun wende ich mich dem zu, was heute mein eigentliches Thema sein soll, der Frage des Wiederaufbaues. Wir haben ein Ministerium für Handel und Wiederaufbau, wenn ich aber die heutige Debatte verfolge, dann müßte ich glauben, daß es nur ein Handelsministerium gibt, aber kein Ministerium, das mit dem Wiederaufbau irgend etwas zu tun hat.

Hohes Haus! Denken wir doch einmal daran, daß wir die Frage des Wiederaufbaues und des Wohnungswesens endlich einer Lösung zuführen müssen. Es geht nicht an, daß das österreichische Parlament an dieser brennenden und wichtigen Frage unserer Städte und unserer Wirtschaft dauernd vorbeigeht.

Was haben wir bisher in der Frage des Wohnungswesens und des Wiederaufbaues in den Jahren 1945 und 1946 geleistet? Wir haben, der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, das Anforderungsgesetz wieder in Kraft gesetzt, eine Tatsache, die sich nur durch die Notzeit entschuldigen läßt; denn ich habe schon seinerzeit darauf hingewiesen, daß mit Anforderungsgesetzen eine Wohnungsfrage zur Hölle, aber niemals gelöst werden wird. Wir haben weiter die Mietengesetz-Novelle 1946 — im Grunde genommen eine Verfügung zugunsten der rassistisch oder politisch Verfolgten — geschaffen, wir haben das Landwirtschaftliche Wiederaufbaugesetz beschlossen und schließlich den sogenannten 200-Millionen-Kredit für Wiederaufbauzwecke zur Verfügung gestellt. Das letztere Gesetz ist, Hand aufs Herz, ein vollkommener Fehlgriff gewesen. Es ist im ganzen ein einziger Kredit auf Grund dieses Gesetzes in Anspruch genommen worden. Es ist wohl selbstverständlich, daß es unter den Hausbesitzern keinen gibt, der so dumm ist, sein Haus wieder aufzubauen, um nachher wieder Mieterschutz und Anforderungen in diesem Hause zu haben und sich außerdem lediglich mit einer Ausfallhaftung des österreichischen Staates zu begnügen.

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1979

In der Frage des Wiederaufbaues sind wir, abgesehen von den zahlreichen Entwürfen, die das Ministerium mit großer Sorgfalt ausgearbeitet hat, nicht weitergekommen. Lediglich die private Initiative hat Tausende von Wohnungen wieder geschaffen, dieselbe private Initiative, die hier von vielen Seiten als nicht mehr vorhanden betrachtet oder als verächtlich angesehen wird.

Meine lieben Freunde! Wenn wir die Frage des Wiederaufbaues lösen wollen, dann ist es unbedingt notwendig, daß wir auch die Frage der gegenwärtig in Österreich bestehenden Mietzinshöhe betrachten müssen, mit der wir sozusagen eine Insel in der Welt bilden, verlacht von allen Menschen, die vernünftig und wirtschaftlich denken. (Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Der Mietzins, Hohes Haus, ist meiner Ansicht nach so hoch zu halten, daß die Erfordernisse der ordnungsgemäßen Erhaltung und Verwaltung des Hauses, seiner Amortisation und die nötigen Mittel aufgebracht werden können, um einen künftigen Wiederaufbaufonds zu speisen.

Ich möchte meinen Ausführungen die ausdrückliche Feststellung vorausschicken, daß es meiner Partei oder mir persönlich keineswegs einfällt, gelegentlich der Behandlung dieser Fragen an dem bestehenden Kündigungsschutz zu rütteln oder gegenwärtig an die Wiederherstellung einer Hausbesitzerrente zu denken. Wohl aber ist es notwendig, daß auf der anderen Seite wirklich die Bezahlung der Verwaltung und der Arbeit an dem Hause, ferner die Bezahlung des Hausbesitzerrisikos endlich einmal geleistet wird.

Ich habe eine Nummer der „Tiroler Nachrichten“ vom 9. September 1947 — leider habe ich sie nicht mit heraufgebracht —, in welcher über die Bestimmungen über die Erhöhung des Mietzinses infolge der Verteuerung der Betriebskosten berichtet wird. Der letzte Absatz dieser Verordnung des Landes Tirol belegt eine solche Übertretung mit Strafen bis zu 20.000 S. Wenn also ein armer Hausbesitzer es unterläßt (Zwischenrufe) oder die betreffenden Betriebskosten falsch berechnet, so riskiert er es, bis zu einer Höhe von 20.000 S bestraft zu werden, ein Betrag, der mitunter den Einheitswert seines Hauses übersteigt.

Wenn Sie weiter bedenken, daß man die Arbeit des Hausbesitzers bei allem und jedem, angefangen von der Kartenstelle bis zum jährlichen Verzeichnis der Einwohner im Haus, in Anspruch nimmt und auf jedem dieser Formulare Strafen über Strafen für den Hausbesitzer stehen, so muß man sich den Kopf halten, wenn man auf der anderen Seite weiß, daß dieser Hausbesitzer von seinem Haus nichts hat, sondern gewöhnlich darauf-

zahlt. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Nur keine Aufregung, meine Herren! Wir wollen doch ruhig miteinander sprechen.

Ich werde Ihnen ein Beispiel sagen. Sie haben in der letzten Zeit eine neue Hausbesorgerordnung für Wien — selbstverständlich im sozialistischen Sinne — geschaffen. Nun, in dem Hause, in dem ich meine Kanzlei besitze, befindet sich auch die Bundespost. Der monatliche Betrag, welchen die Bundespost an den Hausbesorger des Hauses Mödling, Schrammerplatz Nr. 3, bezahlen muß, beläuft sich auf 380 S. Wenn Sie mich fragen, so kann ich Ihnen mitteilen, daß der Hausbesitzer für das ganze zweistöckige Haus und den vierstöckigen rückwärtigen Trakt kaum das Doppelte dieser Summe für seine Arbeit der Verwaltung, Erhaltung des ganzen Objektes und für sonst alles einnimmt. Das sind monströse Verhältnisse, die auf die Dauer unmöglich anhalten können. (Lebhafte Zwischenrufe.) Nun, meine lieben Freunde, Sie regen sich immer auf, wenn man Ihnen etwas sagt, das Ihnen unangenehm ist. Wir aber sollen uns nicht aufregen. (Neuerliche Zwischenrufe.)

Zurück zum Wiederaufbau. Das also, was ich jetzt gesagt habe, muß in einem neuen und vernünftigen Wiederaufbaugesetz, das auch gleichzeitig die ungenügenden Mietzinse umbildet, enthalten sein. Denn es geht nicht an, in einer Zeit, in der eine Dachdeckerstunde mit 10 S berechnet wird, dem Hausbesitzer einen Zins zu zahlen, der zu einer Zeit bestand, als dieselbe Leistung 90 Groschen gekostet hat. In dem Wiederaufbaugesetz muß meiner Ansicht nach aber auch unter allen Umständen die bisher geleistete Arbeit für den Wiederaufbau berücksichtigt werden. Das heißt, diejenigen, die aus privater Initiative heraus wieder aufgebaut haben, müssen der Leistungen des Wiederaufbaufonds ebenfalls teilhaftig werden.

Noch eine zweite Sache muß hier besprochen werden, das ist die sogenannte Schuttabfuhr. Die Stadt Wien hat in großzügiger Weise, obwohl unsere österreichische Verfassung die Kriegsfolgen und deren Beseitigung ausdrücklich als Bundessache erklärt, ein Landesgesetz erlassen, das sogenannte Schuttabfuhrgesetz, das für manchen Hausbesitzer eine Ausgabe von 20.000 bis 50.000 S mit sich brachte, dafür nämlich, daß der Schutt von der Gemeinde auf seine Kosten abgeführt wird. Nun, ich glaube, in dieser Richtung sind wir uns wohl alle einig, wenn ich sage, daß die Kosten der Schuttabfuhr ebenfalls und unter allen Umständen in die Kosten des Wiederaufbaues eines Objektes miteingeschlossen werden.

Hohes Haus! Wir benötigen das Wiederaufbaugesetz dringendst, und ich appelliere daher an alle, die die Wunden des Krieges schließen wollen, den Wiederaufbau so bald wie möglich durchzuführen. Aber einige Sätze will ich Ihnen noch sagen: Kein Wiederaufbau, der aus Steuerleistungen bezahlt wird, kein Wiederaufbau, der zu einer Ausweitung der Kommunalisierung führt, kein Wiederaufbau, der eine entschädigungslose Enteignung im Auge hat, kein Wiederaufbau, der die private Initiative, zu bauen und zu werken, irgendwie einschränken will! (Beifall und Händeklatschen bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei den Sozialisten.)

Abg. **Brunner**: Hohes Haus! Fast alle Redner des Hohen Hauses haben bei der Behandlung des vorjährigen Budgets den Willen zur äußersten Sparsamkeit im Staatshaushalte zum Ausdruck gebracht. Besonders beim Kapitel Verkehr wurde der zweckmäßigsten Verwendung der hierfür ausgeworfenen Gelder das Wort geredet.

Betrachtet man aber aus dem Hintergrund dieser fast einhelligen Willensmeinung des Parlaments das vorliegende Budget, dann muß man leider feststellen, daß diese einhellige Willenskundgebung der obersten Volksvertretung bei der Finanzbürokratie wenig Gehör gefunden hat. Die bereits beim vorjährigen Budget viel gerügte Erscheinung, daß man die Einnahmen einfach in dem Maße erhöht, als die Ausgaben steigen, ist auch heuer wieder zu beobachten. Ich gebe zu, die allgemeinen Lohn- und Preiserhöhungen weisen eine steigende Tendenz auf, das kann aber unmöglich die ständige Hinaufsetzung der Einnahmen rechtfertigen.

Der Einwand einer allgemeinen Ausgabensteigerung als Begründung für die enorme Erhöhung der Ausgabenseite unseres Budgets kann als Rechtfertigungsgrund nicht anerkannt werden. Denn ein Vergleich unseres Staatshaushaltes mit jenem der Tschechoslowakei beweist die Richtigkeit des von mir vertretenen Standpunktes, daß bei ernsthaftem Sparwillen eine Senkung unserer Staatsausgaben möglich sein müßte. Man wende nicht ein, daß die Tschechoslowakei keine so großen Kriegsschäden gutzumachen hat wie unser armes, von der Kriegsfurie heimgesuchtes Vaterland. Die Tschechoslowakei hat gespart, und es wäre für uns ebenso von Vorteil, wenn wir die gleichen Grundsätze anwenden würden. Der tschechoslowakische Voranschlag zeigt für 1948 gegenüber dem Jahre 1947 eine Senkung der ordentlichen Ausgaben um 5 Milliarden Kronen. Dadurch kommt der tschechoslowakische Staat in die Lage, seinen ordentlichen Budgetabgang von

25 auf 13 Milliarden, das ist um 48 Prozent zu verringern.

Die staatsfinanzielle Entwicklung in Österreich geht den gegenteiligen Weg. Die ordentlichen Ausgaben des Jahres 1947 sind um 2,3 Milliarden, das ist um 77 Prozent, gestiegen. Statt den Versuch zu unternehmen, durch energische Sparmaßnahmen diese progressive Ausgabensteigerung zu vermeiden, werden einfach die Einnahmen im Voranschlag entsprechend höher veranschlagt. Auf diese Weise ergibt sich ein Abgang von 597 Millionen Schilling, zu dessen Aufbringung die schwer heimgesuchte Wirtschaft einfach nicht mehr fähig ist. Andererseits wird bei wichtigsten Posten gespart. Zum Beispiel wurde für die Gewerbeförderung nur eine Post von 180.000 S eingesetzt. Wir wissen, daß gerade auf dem Gebiete der Gewerbeförderung alles getan werden muß, um unserem Gewerbe den richtigen Nachwuchs zu sichern.

Ich glaube, mit diesen Zahlen genügend bewiesen zu haben, wie notwendig es ist, daß wir mit allem Ernst an eine einschneidende Verringerung unserer Staatsausgaben schreiten. Es ist sicherlich möglich, ohne Beeinträchtigung des produktiven Wiederaufbaues unseres Landes Ersparungen zu machen.

Das Budget der Verkehrshoheitsverwaltung ist zum Beispiel von 9,2 Millionen auf 19 Millionen, das ist um 111 Prozent gestiegen. Von diesem Mehraufwand entfallen allein 12 Millionen auf die Personalausgaben, die gegenüber dem Vorjahr um 6 Millionen gestiegen sind. Da die durchschnittliche Lohn- und Gehaltsregelung eine Erhöhung von höchstens 50 Prozent ausmacht, ist anzunehmen, daß diese Steigerung des Personalaufwandes auf Beförderungen und die Neueinstellung von Arbeitskräften zurückzuführen ist.

Man wende mir nicht ein, daß eine Verringerung dieses überhöhten Personalstandes aus sozialen Gründen nicht möglich sei, denn in der ganzen Wirtschaft ist an tüchtigen Facharbeitern ein empfindlicher Mangel. Nach der letzten Statistik des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung fehlen in der Landwirtschaft über 43.000, im Baugewerbe über 9500, in der Eisen-, Holz-, Textil-, Bekleidungs- und Papierindustrie rund 13.000 Arbeitskräfte. Aber auch für das Verkehrsgewerbe weist die Statistik über 3000 fehlende Arbeitskräfte auf. Hier bietet sich dem ersten Sparwillen die Möglichkeit einer Verkleinerung des bürokratischen Staatsapparates und der Überführung der dadurch freigewordenen Kräfte in die produktive Wirtschaft.

Auch bei den Österreichischen Bundesbahnen ist die Entwicklung ähnlich. Die Ausgaben des Jahres 1947 von 671 Millionen er-

höhen sich auf 1·2 Milliarden Schilling. Um diese erhöhten Ausgaben einigermaßen auszugleichen, hat man die Wirtschaft und die arbeitende Bevölkerung mit stark überhöhten Tarifen belastet. Durch die letzten Tarifierhöhungen liegen die Personentarife der Österreichischen Bundesbahnen zum Teil schon über jenen des Auslandes. So ist zum Beispiel der Personentarif für die zweite Wagenklasse Schnellzug in Österreich durchschnittlich schon um 22 Prozent höher als in der Schweiz. Ähnlich liegt es bei einer Reihe von Güterpositionen. Nun sind aber bequeme und billige Verkehrsverbindungen eine der unabdingbaren Voraussetzungen eines blühenden Fremdenverkehrs. Ich möchte daher den Herrn Bundesminister für Finanzen bitten, darauf zu achten, daß die produktiven Ausgaben für die Verbesserung unseres Straßenanschlusses dadurch erhöht werden, daß Ausgaben für einen unproduktiven Verwaltungsaufwand weitestgehend eingespart werden.

Ich habe bereits im Vorjahr die hohe Regierung gebeten, der fremdenverkehrspolitischen Bedeutung der Steiermark ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Ich habe dargelegt, daß englische Kapitalisten sich bereit erklärt haben, im oberen Murtal und auf der Turracher Höhe große Kapitalien für Hotels und Unterkünfte zu investieren. Ich habe weiter erwähnt, daß die Verbindungsstraße von Steiermark nach Kärnten ausgebaut werden muß. Es ist nichts geschehen. Man hat nicht einmal die notwendigsten Arbeiten durchgeführt, so daß das vorjährige und das heurige Hochwasser wieder tausende Meter Holz, die dort eingebaut wurden, weggeschwemmt hat und wertvolles Material, wertvoller Rohstoff, den wir zur Papiererzeugung viel dringender brauchen würden als für diese Arbeiten, verloren ging.

Bei dem gegenwärtigen Ausbau des Bundesstraßennetzes und der Inkamerierung von Bezirks- und Landesstraßen ist es dringend geboten, auch die Querverbindung vom Murtal nach Kärnten hinüber durch eine Bundesstraße sicherzustellen. Ich möchte den Herrn Bundesminister für Finanzen bei dieser Gelegenheit bitten, den für die Wiederaufbaustelle der Fremdenverkehrswirtschaft ausgeworfenen Betrag womöglich für diesen Zweck zu verwenden.

Bei der außerordentlich großen Bedeutung, welche eine fachgemäße Förderung aller mit dem Fremdenverkehr zusammenhängenden Fragen notwendig macht, möchte ich zu diesen veranschlagten 1·2 Millionen Schilling für die Wiederaufbaustelle des österreichischen Fremdenverkehrs noch eine grundsätzliche Stellungnahme beziehen, weil das Problem in seiner

Gesamtheit eine umfassende und erschöpfende Erörterung rechtfertigt. Zur Zeit beschäftigt sich eine große Anzahl von staatlichen, halbamtlichen und auch privaten Stellen mit der Frage der Fremdenverkehrswerbung, und zwar in Wien selbst wie auch in den Bundesländern. Mit Fragen dieser Werbung befassen sich zum Beispiel das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau in einer eigenen Abteilung Fremdenverkehr, das Bundesministerium für Verkehr, soweit es sich um die öffentlichen Verkehrsbetriebe handelt, das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung in einer eigenen Abteilung Planung des Fremdenverkehrs und der Fremdenverkehrswerbung; auch das Bundesministerium für Energiewirtschaft hat einen Etat für allgemeine Wirtschaftswerbung zur Verfügung gestellt. Ferner befassen sich mit Fremdenverkehrswerbung der Fremdenverkehrsdienst der Stadt Wien, die Fremdenverkehrsabteilung der Stadt Wien, der Fremdenverkehrsverband der Stadt Wien sowie die Österreichischen Bundesbahnen. Auch in den einzelnen Bundesländern befinden sich bei den Landeshauptmannschaften Abteilungen, die sich ebenfalls mit Fremdenverkehrsfragen beschäftigen. Dazu kommt noch eine Vielzahl der örtlichen Verkehrsvereine, die aus öffentlichen Mitteln subventioniert werden.

Die Auswirkungen dieses Zustandes sind in der Praxis zur Genüge bekannt. Es fehlt gänzlich an einer den gesamten österreichischen Fremdenverkehr ins Auge fassenden Vereinheitlichung, Zusammenfassung und Rationalisierung der Fremdenverkehrswerbung. Diese Aufspaltung bedeutet unübersehbare Doppelarbeit, ja vielfache Mehrarbeit und vergeudet bedeutende Hilfsmittel, Kräfte und Anstrengungen für einen Erfolg, dessen Eintritt ungewiß und in Frage gestellt ist. Wo bleiben auf dem Gebiet unserer Fremdenverkehrswerbung die Erkenntnisse der modernen Rationalisierung, die in allen Teilen unserer Wirtschaft seit Jahrzehnten ausschlaggebend und gestaltenden Einfluß ausüben? Was wir hier vorfinden, sind vielmehr Kompetenzstreitigkeiten und völliger Mangel an Einordnung in ein gegliedertes Ganzes.

Eine Zusammenschließung aller interessierten Stellen erscheint auch hier deshalb notwendig, weil im Zuge des Wiederaufbaues der österreichischen Gesamtwirtschaft dem Moment der Wirtschaftlichkeit mehr denn je Rechnung getragen werden muß. Die Gefahr der Fehlleitung und Fehlinvestierung von Werbekapital ist in entsprechend hohem Maße gegeben. Kann sich dies ein kleiner Staat wie Österreich auf die Dauer erlauben? Die unzweckmäßige und unsachliche Lenkung unserer Fremdenverkehrswerbung, ihre Dezen-

tralisation in eine Unsumme von Einzelaktionen, denen es zufolge ihres engen örtlichen Blickfeldes an internationaler Erfahrung und nötigem Weitblick fehlt, macht einen allgemeinen Appell an die Verantwortung der berufenen Stellen dringend notwendig. Es ist ohne Zweifel eine unhaltbare Situation, die es in verantwortungsbewußter Weise zu beseitigen heißt.

Richtige Fremdenverkehrswerbung würde optimale Kapazitätsausnutzung der hierfür verwendeten Mittel bedeuten. Österreich ist ein führendes Talentzentrum Europas und als naturbestimmtes Gebiet vorbildlicher Art und Haltung der Werbung dazu berufen, eine tragende Rolle und eine führende Stellung gerade in der internationalen Fremdenverkehrswirtschaft einzunehmen. Es kann uns allen nicht gleichgültig sein, wie die Interessen des österreichischen Fremdenverkehrs im Ausland durch Werbung wahrgenommen werden; es kann und darf uns nicht gleichgültig sein, wie der unausschöpfliche Ruf österreichischer Kunst und österreichischen Wissens sowie österreichischer Landes- und Naturschönheiten in der Welt draußen werblich vertreten wird. Hier darf nicht jede Stelle allein und für sich das tun, was bloß ihr als vorbildlich und unserem internationalen Ansehen entsprechend erscheint. Die Entwicklung drängt nach einer Zusammenfassung aller einzelnen Kräfte zu einem Akkord wirkungsvollster Zusammenarbeit.

In der Erkenntnis der großen Aufgaben, welche unserer Fremdenverkehrswirtschaft zufallen, hat sich ein Kreis von Fachleuten zusammengeschlossen, der das Ziel verfolgt, alle aufgezeigten Übelstände zu beseitigen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Zielsetzungen dieser Organisation traten führende Persönlichkeiten der Wirtschaft und aller politischen Parteien an ihre Spitze. Der Österreichische Werbedienst arbeitet auf das engste verbunden mit allen Ministerien, Landesregierungen und Kammern zusammen. Die Grundlagen seiner Arbeiten sind die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse des Institutes für Werbewissenschaft an der Hochschule für Welthandel in Wien, das nach exakten wissenschaftlichen Methoden systematisch das Lehrgut der gesamten Werbewissenschaft bearbeitet.

Es sind derzeit Bestrebungen im Gange, dieser fachlichen Organisation, welche die Vereinigung aller österreichischer Werbekräfte darstellt, die gesetzlichen Grundlagen im Sinne der Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zu geben. Dieses Gesetz würde nicht nur Ordnung in alle Belange unserer gesamten Wirtschafts- und Fremdenverkehrswerbung bringen, sondern böte auch die recht-

liche Fundierung für die sinnvolle Zusammenfassung aller aktiv wirksamen Werbekräfte unseres Landes.

Abschließend darf deshalb erklärt werden, daß die zentrale Förderung der gesamten österreichischen Wirtschafts- und Fremdenverkehrswerbung, gestützt auf ein Gesetz zur Ordnung und zum Aufbau unserer Werbewirtschaft, nicht nur allseits dringend gewünscht sondern auch erwartet wird, damit die hierfür berufene Zentralstelle in die Lage versetzt wird, mit Hilfe ausreichender und rationell gesteuerter Mittel wirklich alles Notwendige zu veranlassen, was im Interesse unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues nötig erscheint.

Die Budgetdebatte ist der gegebene und willkommene Anlaß, allen berufenen, zuständigen und verantwortlichen Stellen die wahrhaft österreichischen Zielsetzungen dieser Organisation zur Kenntnis zu bringen, mit dem dringenden Wunsch nach Verständnis für deren Aufgaben und Unterstützung ihrer Bestrebungen.

Durch Schaffung und Errichtung des Österreichischen Werbedienstes zu einer Zentralstelle der gesamten österreichischen Wirtschafts- und Verkehrswerbung auf der gesetzlichen Basis einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft und durch Ausstattung derselben mit den nötigen finanziellen Zuschüssen seitens des Bundes zur Erreichung ihrer angestrebten Ziele wäre eine zweckmäßigere Verwendung der Mittel garantiert, die in dem Bundesvoranschlag 1948 den verschiedensten Stellen für die gleichen Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Zum Schluß muß ich nur noch eines erwähnen: Es ist ja allgemein bekannt, daß in unseren schönsten Kurorten die besten Hotels für die DP bereitgestellt wurden; in Badgastein zum Beispiel sind es vier Hotels. Diese Hotels sind total ruiniert. Unermeßlicher Schaden wurde dort angerichtet, und die Besitzer wissen nicht, wie und mit welchen Mitteln sie ihre Häuser in Ordnung bringen sollen. Wir möchten von dieser Stelle aus alle berufenen Faktoren, die für die Wiederherstellung dieser Hotels in Betracht kommen, bitten, sie mögen die bereits laufenden Akten raschest behandeln, damit wenigstens für das nächste Jahr die Besitzer wiederum in die Lage kommen, aus ihren Häusern Einnahmen zu erzielen. (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. **Krisch**: Hohes Haus! Der Herr Abg. Kristofics-Binder hat hier mit großem pathetischem Aufwand erklärt, der Österreichische Gewerkschaftsbund habe bis jetzt ohne Kontrolle hundert Waggon Schuhe und Kleider bezogen, und hat damit versucht, den Gewerkschaftsbund einer kontrolllosen Wirt-

schaft zu bezichtigen. Er scheint bei dieser seiner Behauptung von dem Gedanken auszugehen, daß von diesen Unwahrheiten, die er dem Gewerkschaftsbund angedichtet hat, vielleicht doch etwas hängen bleibt. Von den tatsächlichen Vorgängen in dieser Angelegenheit hat der Herr Abg. Kristofics-Binder, wie seine Ausführungen beweisen, selbstverständlich keine blasse Ahnung, denn sonst müßte er diese seine unverantwortlichen Behauptungen hier in diesem Hause richtigstellen und dem Gewerkschaftsbund gegenüber eine Erklärung abgeben.

Die Tatsache, daß die Verteilung von Schuhen bis nun nur auf Normalkontingente erfolgt ist und die Erfüllung der Normalkontingente aus der heimischen Erzeugung stammt, des weiteren die Tatsache, daß diese Normalkontingente bei der heimischen Schuherzeugung schlüsselmäßig auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt werden, hätte natürlich den Herrn Kristofics-Binder, bevor er solches behauptet, veranlassen müssen, sich in der Abteilung 24 des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau oder vielleicht bei dem anwesenden Herrn Bundesminister zu erkundigen. (Abg. Kristofics-Binder: Ich habe kein Wort von Schuhen gesprochen. Das ist eine echt sozialistische Verdrehung der Tatsachen!) Wir werden noch darauf zurückkommen, was Sie diesbezüglich sagten. (Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.)

Daß bei der Zuteilung aller Normalkontingente der ordnungsmäßige Weg gegangen wurde, der auf Grund der Vorschriften zu gehen war, liegt nach vorhandenen Aufzeichnungen klar auf der Hand. Bis jetzt sind auch alle übrigen Erzeugnisse der österreichischen Industrie allein durch die Landeswirtschaftsämter zur Verteilung gekommen. Der Gewerkschaftsbund hat sich selbstverständlich bei der Verteilung der Schuhe eingeschaltet, und zwar aus dem Grunde, weil die Arbeiter in den Betrieben ohne Schuhe nicht mehr arbeiten konnten. Daß Sie auf der einen Seite hier in demagogischer Weise Zeter und Mordio darüber schreien, daß sich die Arbeiter in ihrer Arbeitsleistung verschlechtert hätten, während Sie auf der anderen Seite den Arbeitern die notwendigen Bekleidungsstücke, Arbeitsschuhe usw., die notwendig sind, um eine erhöhte Produktion zu gewährleisten, nicht geben wollen, das paßt zu ihrer Haltung. (Abg. Kristofics-Binder: Reine Demagogie!)

Die Exzeß-Güter, die zweite Gruppe der Waren, die zur Verteilung kommen, sind Überschußgüter aus amerikanischen Heeresbeständen. Auch für diese Exzeß-Güter besteht selbstverständlich eine Verteilerkom-

mission beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, und zwar in derselben Abteilung 24, in der — und das sollte nach meiner Meinung der Herr Abg. Kristofics-Binder wissen — auch die Handelskammer, die Landwirtschaftskammer, die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund eingeschaltet sind. Die Tatsache, daß gerade diese vier Körperschaften über die Verteilung bestimmen und daß diesen vier Körperschaften bei der Verteilungssitzung ein Beamter der Abteilung 24 als Vorsitzender beigegeben ist, ist meiner Ansicht nach Beweis genug, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund nicht kontrollos Waren an sich genommen hat und darüber keine Rechenschaft legt.

Zu den Exzeß-Gütern muß ich noch folgendes bemerken: Die Exzeß-Güterverteilung nimmt erst jetzt ihren Anfang. Erst jetzt kommen wir dazu, diese Güter zu verteilen. In der Vergangenheit ist von dieser Seite her leider herzlich wenig zur Verteilung gekommen. (Zwischenrufe.)

Die Sonderaktion des Österreichischen Gewerkschaftsbundes erstreckt sich natürlich auch auf das Arbeitsgebiet der Beschaffungskommission, die auf Beschluß des wirtschaftlichen Ministerkomitees errichtet worden ist. Diese Kommission beschließt über die Beschaffung der einzuführenden Rohmaterialien und Fertigwaren. Die Verteilung dieser eingeführten ausländischen Waren geschieht auf Grund von Listen, die mit der Abteilung 24 verrechnet werden. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat ja überhaupt mit Waren direkt nichts zu tun. Ihm werden diese Waren nicht angeliefert, sondern die Verteilung erfolgt unmittelbar durch den Handel, und wenn jemand etwas derartiges macht, was Abg. Kristofics-Binder hier als kontrollos bezeichnet, so ist es der Handel! (Zwischenrufe.) Die Tatsache steht jedenfalls fest, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund mit Waren an sich nichts zu tun hat. Sämtliche durchgeführten Verteilungen sind durch genaue Listen beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau oder bei den Landeswirtschaftsämtern belegt, und jedermann kann in vollkommen unvoreingenommener Weise kontrollieren, was durch den Einfluß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in diesem Zusammenhang bewerkstelligt wird.

Wir werden uns natürlich mit diesen Ausführungen des Herrn Kristofics-Binder noch genauer beschäftigen. Schließlich und endlich ist der Österreichische Gewerkschaftsbund keine Institution öffentlichen Charakters, sondern eine auf Grund des Vereinsrechtes errichtete Organisation und braucht sich durch Verdächtigungen, wie sie von Herrn Abg. Kristofics-

Binder vorgebracht wurden, nicht in den Kot zerren zu lassen.

Zu den Ausführungen des Herrn Dr. Scheff habe ich nur zu sagen, daß ihm die Antwort auf seine Ausführungen die Wähler geben werden. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

*

Inzwischen hat der **Präsident** wieder den Vorsitz übernommen.

Abg. Dr. Kolb: Hohes Haus! Die Debatte hat bisher die Arbeitsgebiete des Handelsministeriums beleuchtet, die im Blickfeld der Öffentlichkeit liegen: die Bewirtschaftung und den Außenhandel. Es sind dabei aber Behauptungen aufgestellt worden, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Die eine betrifft Lenzing. Es ist ein Irrtum, wenn man Lenzing als ein positives Erbe Hitler-Deutschlands ansieht. Das Werk Lenzing ist dank dem Größenwahnsinn des Dritten Reiches in solchen Riesenausmaßen gebaut worden, daß es nur dann wirtschaftlich betrieben werden kann, wenn, wie es damals geplant war, der gesamte Wald ostwärts bis Wien rücksichtslos abgeholzt wird. Es ist das Verdienst des Herrn Handelsministers, Verhandlungen in die Wege geleitet zu haben, die das Ziel verfolgen, die Werksanlage von Lenzing einer Erzeugung dienstbar zu machen, die uns sehr nottut und die dort untergebracht werden könnte.

Auch die Sache mit der Kohle ist nicht so einfach, daß man sagt, dieses eine Prozent Kohle werde man doch auch noch aufbringen. Das ist so ähnlich wie der Bittbrief, den der Herr Kanzler kürzlich erhalten hat: 500.000 Dollar bekommen wir ja jetzt jeden Monat von den Amerikanern, da könnte er doch 1000 Dollar weggeben, damit ein Fräulein von Österreich nach Amerika fahren könne. Wir hätten in Österreich noch viel mehr als 500 Leute, die gerne hinüberfahren möchten, wenn sie das Geld dazu hätten. Aber man kann nicht ein Fünfhundertstel wegnehmen. Wir Österreicher sind in unserer ganzen Wirtschaft so arm wie ein Student, der vielleicht 200 S monatlich zur Verfügung hat. Wenn er das Zimmer bezahlt, das Mittag- und Abendessen bestritten und die Ausgaben für Skripten, Hefte usw. beglichen hat, bleibt ihm nichts übrig. Da ist es ein schwacher Trost, ihm zu sagen, mit einem Prozent täglich, mit 2 S, könnte er auch noch heizen. Auch wenn er nicht ins Kino geht und das Theater beiseite läßt, hat er eben diese 2 S nicht und muß daher im kalten Zimmer sitzen. Genau so geht es uns.

Was nun die Kohleinfuhr anlangt, so ist es nicht richtig, daß das Schwergewicht im November auf der Ruhrkohle gelegen ist. Es lag in Polen. Schon im Juli ist der Wechsel eingetreten. Damals hat der Überschuß erstmals

7000 Tonnen betragen, und gerade nach Polen sind um viele Millionen Schilling Kompensationsgüter geliefert worden.

Damit sind wir beim Außenhandel, der so angegriffen wurde. Ja, der Herr Minister Dr. Heinl ist nicht nach Paris, Brüssel und in andere Weststaaten gefahren, aber er ist in Prag und Budapest gewesen. Dafür kann er allerdings nichts, daß uns nachher katholische Gebetbücher in deutscher Sprache, die man in der Tschechoslowakei nicht mehr brauchen kann, angeboten wurden und aus Ungarn Tomatenmark, das wir ohnedies in Überfluß hätten, während wir wertvolle Industrieprodukte dafür geben sollten. Aber das kann ein verantwortungsbewußter Handelsminister nicht zulassen, daß gegen solche Dinge unsere hochveredelten Waren ausgeführt werden.

Was der Herr Abg. Fischer bezüglich des Überschusses der Ausfuhr über die Einfuhr gesagt hat, ist das beste Kompliment, das man dem Handelsminister überhaupt machen kann. Das ist ja das Ziel der österreichischen Handelspolitik, den Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr zu erreichen, eine aktive Zahlungsbilanz zu bekommen, damit wir das zahlen können, was wir brauchen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Der Einfall des Herrn Abg. Fischer, die Tätigkeit des Handelsministeriums mit dem Delta eines Stromes zu vergleichen, ist witzig, aber ergänzungsbedürftig. Die Ergänzung kann man aus dem Handelsministerium selber nehmen. Denn das Handelsministerium befaßt sich mit einem Delta, und zwar auf Grund eines Staatsvertrages, den Österreich mit der Schweiz über den Ausbau des Rheins geschlossen hat. Da schwebt der Geist Heins nicht über den Wassern, sondern er greift recht tatkräftig ein und zieht Dämme, baut Schleusen und Kanäle, gegenwärtig sogar eine Brücke über den Rhein, um feste, massive Granitsteine gegen teure Franken in die Schweiz hinüberzubringen.

Das ist das richtige Bild. Brückenbauer, Vermittler ist der Herr Minister in seiner reichen öffentlichen Tätigkeit gewesen, Brückenbauer als Freund des Kompromisses beim Aufeinanderprallen widerstrebender Meinungen, Brückenbauer zwischen Haus und Ausschuß als Hauptberichterstatter in mindestens einem halben Dutzend Budgetdebatten, Vermittler zwischen Volk und Staat in zehn Regierungen, denen er angehört hat, Vermittler und Brückenbauer zwischen Ost und West gerade auch in der Regierung, in der er jetzt tätig ist. Und dafür gebührt ihm unser Dank. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der ÖVP.)

*

Die Aussprache über die Gruppe XI ist damit abgeschlossen.

Es folgt die Verhandlung über die Gruppe XII, bestehend aus dem Kapitel 22: Ernährungswirtschaft.

Spezialberichterstatlerin **Proft**: Hohes Haus! Das Budget der Gruppe XII, Ernährungswirtschaft, ist zahlenmäßig eines der kleinsten. Die Kompetenzen des Ministeriums für Volksernährung sind nicht zahlreich, denn die Aufbringung gehört in die Kompetenz des Landwirtschaftsministeriums. Seine Aufgaben dagegen sind von schwerwiegender Bedeutung. Es handelt sich um die Versorgung einer Bevölkerung von sieben Millionen Menschen und darüber auch noch um die Versorgung der Werksküchen mit 185.000 Werksküchenteilnehmern. Die Lebensmittel werden zum größten Teil aus dem Ausland hereingebracht.

Das Kapitel 22: Ernährungswirtschaft, enthält für die Titel 1 und 2 Ausgaben von 6,422.700 S. Die Einnahmen betragen 184.400 S. Es ergibt sich also ein Nettoaufwand von 6,238.300 S; das bedeutet gegenüber dem Jahre 1947 eine Verminderung um 202.900 S, was darauf zurückzuführen ist, daß die Kosten für die Landesernährungsämter sowie für den Druck von Lebensmittelkarten und Bezugscheinen nun auf die Länder übergehen. Diese Posten kommen in Wegfall, weil nach dem in kurzer Zeit zu beschließenden Abgabenteilungsgesetz im Jahre 1948 die Kosten von den Ländern getragen werden.

Titel 1: Bundesministerium für Volksernährung, erfordert Ausgaben von 4,138.900 S. Das bedeutet eine große Erhöhung gegenüber dem Vorjahr. Diese Steigerung des Personalaufwandes von 822.300 S im Vorjahr auf 2,079.900 S für 1948 ergibt sich einmal durch die Teuerungszuschläge, die auf Grund der Beschlüsse über die Lohn- und Preisregelung gegeben werden mußten, die in diesem Sommer vom Hohen Haus beschlossen wurden, weiters durch die Vermehrung des Personalstandes. Eine solche Vermehrung ist schon im Laufe des heurigen Jahres von 150 auf 200 Personen erfolgt, im nächsten Jahr kommt dann noch eine weitere Erhöhung des Personalstandes hinzu. Der Sachaufwand erfordert 2,059.000 S. Auch das bedeutet eine starke Erhöhung gegenüber dem Vorjahr. 630.000 S sind erforderlich, um einen neuen Verwaltungszweig, den das Bundesministerium für Volksernährung übernehmen mußte, zu betreiben. Es handelt sich hiebei um die ausländischen Lebensmittelspenden. Es ist notwendig, die Sachen von der Grenze hereinzubringen und dafür die Kosten zu bezahlen wie auch für die Verteilung der gespendeten Lebensmittel zu

sorgen. Eine weitere neue Post mit 680.000 S ergibt sich aus Beiträgen zu internationalen Organisationen, denen wir glücklicherweise schon angehören dürfen.

Der Titel 2: Ernährungsdienst, weist eine Gesamtausgabe von 2,283.800 S auf, das bedeutet eine kleine Verminderung gegenüber dem Vorjahr aus den bereits angeführten Gründen. Es bleibt also im Ernährungsdienst nur die Tätigkeit des Ernährungsinspektorates erhalten. In diesem Ernährungsinspektorat sind 124 Inspektoren tätig. Der Personalaufwand beträgt 1,260.100 S, der Sachaufwand 1,023.700 S. Der gesamte Personalstand umfaßt 335 Bedienstete, also um 40 mehr als im Vorjahr.

Die Einnahmen betragen 34.400 S aus der Rückzahlung von Vorschüssen und 150.000 S aus den Eingängen von Lebensmittelspenden. Es ergibt sich also insgesamt ein Nettoaufwand von 6,238.300 S.

Bei der Behandlung im Budgetausschuß sprachen eine Anzahl von Abgeordneten und der Herr Bundesminister Otto Sagmeister. Zu diesen Ausführungen ist zu sagen, daß sich die Ernährungslage seit dem Vorjahre etwas gebessert hat. Die Kalorienbasis konnte von 1550 auf 1700 erhöht werden. Die Aufbringung der erforderlichen Lebensmittel geschieht nach den Ausführungen des Herrn Bundesministers durch drei Quellen, und zwar aus den Importen, aus Hilfsaktionen und aus der eigenen Aufbringung.

Hohes Haus! Aus der erfreulichen Tatsache, daß endlich die Heimkehrer, die wir so sehnüchtig erwartet haben, in größerer Zahl nach Hause gekommen sind, ergeben sich für das Bundesministerium für Volksernährung einige Sorgen, denn die Zahl der zu versorgenden Bevölkerung ist dadurch wie überdies auch durch einen ziemlich großen Zustrom von Flüchtlingen aus verschiedenen Nachbarländern gestiegen. Daraus ergibt sich, daß in der laufenden Periode über sieben Millionen Einwohner zu versorgen sind gegenüber 6,942.602 Personen in der 33. Versorgungsperiode. Der Alliierte Rat hat beim Ernährungsplan für die laufende Periode diese Zahl leider nicht anerkannt, sondern es wurde nur die Zahl der 33. Versorgungsperiode zuzüglich 40.000 Heimkehrer zur Grundlage genommen. Es sind aber, wie wir alle wissen, glücklicherweise schon viel mehr Heimkehrer bei uns, und es ergibt sich daher eine Differenz von 140.000 zu versorgenden Personen, bei denen man eigentlich nicht recht weiß, wo man für sie die Lebensmittel hernehmen soll. Wenn der Herr Bundesminister die so schwer erungene Kalorienbasis von 1700 Kalorien nicht gefährden will, muß man sich um eine andere Möglichkeit der Aufbringung der

Lebensmittel für diese 140.000 Personen umsehen. Verhandlungen zu diesem Zweck sind schon angeknüpft worden.

Zu den dringendsten Problemen, die vor dem Minister für Volksernährung stehen, gehört vor allem die Sorge, die Kalorienbasis von 1700 aufrecht zu erhalten, weiter die dringend notwendige Verbesserung der Brotqualität. Als Referentin habe ich nicht die Aufgabe, diesen Antrag zu begründen, aber die ganze österreichische Bevölkerung weiß, wie schädlich es auch für die Gesundheit der Bevölkerung ist, daß wir zu den Ländern gehören, die die allerhöchste Ausmahlung aufweisen, nämlich eine Quote von 95 bis 96 Prozent. Weiter ist es wichtig, für Gegenden, die im Winter durch sehr starke Schneefälle vom Verkehr abgeschnitten werden können, gewisse Vorratsmengen anzuhäufen. Dann ist eine stete Sorge des Bundesministers für Volksernährung endlich die, für die sogenannten Normalverbraucher, zu denen auch alle Hausfrauen gehören, die Kalorienbasis zu erhöhen. Wir wissen, daß der Herr Bundesminister unangenehm besorgt ist, diese so gerechtfertigte Forderung endlich erfüllen zu können. Schließlich ist es dringend notwendig, einheitliche Lebensmittelkarten für ganz Österreich zustande zu bringen. Das war bisher nicht möglich, weil die Verhältnisse in Wien ungünstiger waren. Es besteht aber, infolge der in den Ländern nicht sehr verschiedenen Verhältnisse ein wenig Aussicht, daß die Angleichung in nächster Zeit doch möglich werden könnte.

Erfreulicherweise können wir auch verzeichnen, daß im heurigen Jahr zum Unterschied vom Vorjahr einige kleine Weihnachtsgaben gegeben werden können, die durch das Bundesministerium für Volksernährung zustandegebracht wurden.

An der Debatte im Ausschuß haben sich beteiligt die Abg. Koplenig, Wilhelmine Moik, Dr. Nadine Paunovic, Krisch, Mayrhofer, Appel, Frisch, Hilde Krones, Rupp, Eibegger, Maurer, Brunner, Weikhart, Hinterndorfer und Brandl. Abänderungsvorschläge zu den ziffernmäßigen Ansätzen wurden keine eingebracht.

Ich beantrage daher namens des Finanz- und Budgetausschusses, dem Kapitel 22: Ernährungswirtschaft, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1948 in der Fassung der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Abg. **Honner**: Hohes Haus! Österreich gehört zu den wenigen Ländern Europas, die heute noch einen außerordentlich tiefen Lebensstandard aufzuweisen haben. Mehr als zwei Jahre betrug die offizielle Ration eines

Normalverbrauchers zuerst 1200, später 1500 Kalorien täglich. In Wirklichkeit lagen die Zuteilungen nicht selten unter dieser Ziffer. Seit dem 10. November dieses Jahres, mit Beginn der 34. Versorgungsperiode, sind die Rationen für Normalverbraucher auf 1700 Kalorien täglich erhöht worden. Tatsächlich aber wird diese Menge nicht zur vollen Ausgabe gebracht, wie die Berichte, besonders aus der Steiermark, beweisen.

Es ist zu einer Seltenheit geworden, daß die aufgerufenen Lebensmittel rechtzeitig in der angegebenen Quantität und noch weniger in der Qualität auch zur Ausgabe gelangen. Rückstände von Wochen sind eine regelmäßige Erscheinung. Es fehlt immer irgend etwas. Einmal ist das Fett nicht da, das andere Mal das Fleisch, dann wieder die Kartoffeln, und in der letzten Zeit ist auch infolge der ungenügenden Anlieferung von Milch die Milchezuteilung an die Kinder und Jugendlichen eingeschränkt worden.

Ich brauche an diesem Ort nicht von den verheerenden Folgen zu reden, die sich dadurch für die Volksgesundheit einstellen. Allen sind die Berichte bekannt, in denen Ärzte immer wieder die Öffentlichkeit auf die katastrophal zunehmende Unterernährung unserer Kinder, besonders in den Städten und Industriezentren, der Jugendlichen und auch der Erwachsenen hinweisen. Daß bei solchen Verhältnissen die Erkrankungen an Tuberkulose in ständigem Steigen begriffen sind, ist nur eine zwangsläufige Folge der langandauernden Unterernährung und des fortwährenden Mangels wichtiger Nahrungsstoffe.

Die Ursachen der katastrophalen Entwicklung in unserer Ernährungssituation sind verschiedener Art: die gesunkene Kaufkraft eines Teiles der Bevölkerung, die Verausgabung der Tauschmittel, für die man Lebensmittel eintauschen konnte, der Verbrauch der letzten Reserven, die als Zubeßen eingesetzt werden konnten, und vor allem auch das Unwesen, das der Schleichhandel noch immer treibt. Die hauptsächlichste Ursache aber ist der chaotische Zustand in unserer gesamten Ernährungswirtschaft, die Doppelgeleisigkeit, Unfähigkeit, Sabotage, die gerade auf diesem Gebiet vorzufinden sind. Dazu kommen die vielen Kompetenzkonflikte zwischen dem Landwirtschafts- und dem Ernährungsministerium, die durch das sogenannte Ernährungsdirektorium, in dem beide vertreten sind, nicht bereinigt, sondern eher noch verschärft worden sind. Dadurch können zweckentsprechende Maßnahmen nicht immer in der erfolgreichen und schnellen Weise durchgeführt werden, wie es notwendig wäre.

Wir haben heute in der Ernährungswirtschaft den Zustand, daß zu guter Letzt nie-

mand für die herrschenden Mißstände verantwortlich sein will. Das Ernährungsministerium erklärt, nur soviel Lebensmittel verteilen zu können, als vom Landwirtschaftsministerium aufgebracht werden, darüber hinaus könne es keine Verantwortung für die Ernährung auf sich nehmen. Das Landwirtschaftsministerium wieder behauptet, es könne nicht mehr aufbringen, als vorhanden ist. Es sei, so sagt es, Aufgabe des Ministeriums für Volksernährung, die fehlenden Lebensmittel aufzubringen oder sie aus dem Ausland herbeizuschaffen; wie, das sei seine Sache. So schiebt ein Ministerium die Verantwortung auf das andere; keines von beiden will sich mit ihr belasten. Dazwischen blüht der Schleichhandel, die Sabotage, die Korruption. Ich kann es mir ersparen, in diesem Kreise meine Behauptung mit Beispielen zu belegen.

Wir Kommunisten haben bei wiederholten Anlässen die Vereinigung aller Agenden der Volksernährung in einem Ministerium, dem Ministerium für Volksernährung gefordert, dem die Aufbringung und Verteilung gleichermaßen untersteht. Ein diesbezüglicher Beschluß des Nationalrates wurde im Einvernehmen der beiden Koalitionsparteien leider wieder rückgängig gemacht.

Das Ergebnis ist nun, wie nicht anders zu erwarten, das chaotische Durcheinander in der Ernährungswirtschaft, und die Leidtragenden sind vor allem die arbeitenden Massen unseres Landes. Diese werden von einer Ernte zur anderen vertröstet und betrogen. Seit zwei Jahren vertröstet man die Hungernden immer auf die neue Ernte. Ist sie dann da, so folgt mit Sicherheit die Erklärung des Landwirtschaftsministeriums, daß alle Hoffnungen vergeblich waren, denn die Ernte sei schlechter ausgefallen, als auf Grund vorgenommener Schätzungen erwartet werden durfte.

So war es auch mit der heurigen Ernte. Unmittelbar vor der Ernte erklärte das Landwirtschaftsministerium, daß wir in diesem Jahr mit einer durchschnittlich guten Ernte rechnen dürfen. Auf Grund dieser Einschätzung verpflichteten sich das Landwirtschaftsministerium und die Landeshauptmannschaften, 240.000 t Getreide aufzubringen. Aber schon wenige Wochen später erklärte wiederum das Landwirtschaftsministerium, die Schätzung sei falsch gewesen. Die Trockenheit und die Auswinterung der Wintersaat habe zu einem bedeutend geringeren Erntergebnis geführt, als ursprünglich geschätzt wurde. Daher müsse das Aufbringungskontingent von 240.000 t auf 190.000 t herabgesetzt werden.

Auffällig an dieser Sache war nur, daß diese Manipulation mit verschiedenen Erntergebnissen mit einem politischen Ereignis zu-

sammenfiel, mit der amerikanischen Verlautbarung, daß man geneigt sei, auch Österreich in den Marshall-Plan, jenen raffinierten Plan zur Kolonisierung einer Reihe europäischer Länder, einzubeziehen. Um das steigende Unbehagen über die drückenden Bedingungen, die mit der Amerika-Hilfe verbunden sind, in unserem Volke zu beseitigen, um die Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan zu rechtfertigen, brauchte man den geringeren Ernteertrag und den Hinweis, daß uns nur die amerikanische Hilfe vor dem Verhungern retten könnte. Dieses an sich verlogene Argument wurde übrigens auch während der bisherigen Budgetdebatte von Rednern beider Koalitionsparteien des öfteren verwendet. (Zwischenrufe.)

Gestatten Sie mir, zu der amerikanischen Hilfe einiges zu sagen. Seit einiger Zeit wird auf marktschreierischen Plakaten der Bevölkerung Wiens, Niederösterreichs und des Burgenlandes verkündet, daß 60 Prozent unserer Ernährung aus der USA-Hilfe stammen. Das Bundeskanzleramt gab sich dazu her, den Auftrag zu erteilen, die Lebensmittelkarten mit einem den Tatsachen widersprechenden Hinweis auf diese amerikanische Hilfe zu versehen, allerdings mit dem Ergebnis, daß das Landesernährungsamt Niederösterreich diese Erklärung mit einem schwarzen Klecks überdruckte; das Landesernährungsamt Burgenland quittierte diese Lobhudelei mit dem Zusatz: „Entspricht nicht der Wirklichkeit.“

Für die Lebensmittelbilanz der 35. Versorgungsperiode, das ist für die Zeit vom 8. Dezember 1947 bis 4. Jänner 1948, errechnete das Ernährungsministerium auf der Basis von 1700 Kalorien täglich einen Gesamtbedarf von rund 310 Milliarden Kalorien, berechnet nach einem Bevölkerungsstand von 7.091.286 Personen, der allerdings von den Alliierten nicht anerkannt wurde. Tatsächlich zugewiesen werden für die 35. Versorgungsperiode 302,6 Milliarden Kalorien, das heißt, daß die Kaloriensätze dieser laufenden Periode nur zu 97,3 Prozent erfüllt werden, und auch nur dann, wenn alle vom Landwirtschaftsministerium in Rechnung gestellten Lebensmittel voll aufgebracht werden. Das geschieht aber niemals, wie das Ernährungsministerium in seiner Versorgungsbilanz feststellt. Von den 302,6 Milliarden Kalorien für die 35. Versorgungsperiode werden 44 Prozent aus der USA-Hilfe gedeckt.

In den einzelnen Bundesländern, besonders in jenen, die zur Sowjetzone gehören, ergeben sich folgende Prozentsätze der USA-Hilfe: Niederösterreich: Bedarf 53,2 Milliarden Kalorien, USA-Hilfe 1,3 Milliarden Kalorien, also 2,5 Prozent des Erforderniskontingents von Niederösterreich und keine 60 Prozent, wie in den Plakaten behauptet wird. Das Burgenland

1988 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

hat einen Bedarf an Kalorien von 5·6 Milliarden für diese Versorgungsperiode. Aus der USA-Hilfe stammen 0·13 Milliarden, also ganze 2 Prozent. In Oberösterreich-Nord beträgt der Bedarf 6·6 Milliarden, die USA-Hilfe 0·15 Milliarden, also 2·3 Prozent. Die Sowjetzone erhält also im Durchschnitt für diese Versorgungsperiode 2·3 Prozent aus der USA-Hilfe, und daher hat sowohl das Landesernährungsamt Niederösterreich wie jenes vom Burgenland recht, wenn es auf der Lebensmittelkarte den Vermerk hinzufügte: „Entspricht nicht der Wirklichkeit.“

Dafür aber decken diese Länder der Sowjetzone durch die eigene Lebensmittelaufbringung nicht nur voll den eigenen Bedarf, sondern auch jenen von anderen Bundesländern. So gibt Niederösterreich 42·1 Prozent, das Burgenland 85 Prozent und Oberösterreich-Nord 8 Prozent von der Summe ihres Eigenbedarfes an die übrigen Bundesländer ab. Die USA-Hilfe wird demnach also vorwiegend in den westlichen Bundesländern und in den westlichen Besatzungszonen von Wien verwendet, denn was in die sowjetische Besatzungszone abgegeben wird, wird um ein Vielfaches von der Eigenaufbringung dieser Bundesländer wieder zurückerstattet.

Diese Ziffern beweisen sehr anschaulich, wie verlogen die Behauptung ist, daß die Sowjetzone nichts für die Versorgung der übrigen Bundesländer beitrage, eine Behauptung, die besonders jetzt in der Steiermark sehr stark kolportiert wird. Sie überführt auch diejenigen der Verleumdung, die entgegen besserem Wissen den falschen Aufdruck auf den Lebensmittelkarten der Sowjetzone veranlaßt haben.

Aber diese Ziffern beweisen noch etwas anderes. Sie haben noch eine politische Seite. Jene Kreise, die von einer Zerreißen Österreichs flüstern, sind daran interessiert, den Osten Österreichs wirtschaftlich auszupumpen. Die Aushungerung der am stärksten bevölkerten Teile Österreichs, Niederösterreich und Wien, dient daher auch politischen österreich-feindlichen Zielen.

Eine weitere Tatsache ist, das ein großer Teil der USA-Hilfe für Österreich gar nicht dem österreichischen Volk, sondern den rund 600.000 DP zugute kommt. Nach der Bilanz des Ernährungsministeriums beanspruchen diese rund 600.000 DP, wenn sie nur mit der Normalverbraucherkarte versorgt wären — sie bekommen aber durchgehend mehr — 28·4 Milliarden Kalorien, das ist soviel, als die Nichtselbstversorger und die Teilselbstversorger von Burgenland, Oberösterreich-Nord und Salzburg benötigen, oder 9·4 Prozent aller zur Verteilung gelangenden Lebensmittel, beziehungsweise 21·4 Prozent der gesamten

USA-Hilfe. Die an die DP abgegebenen 28·4 Milliarden Kalorien würden, aufgeteilt auf die gesamte übrige Bevölkerung Österreichs, eine sofortige Erhöhung des Kaloriensatzes um 156 Kalorien pro Tag ermöglichen.

Ich habe eine Verhandlungsschrift der dritten Ausschußsitzung des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes, abgehalten am 17. Oktober 1947 im Sitzungssaal des Verbandes unter dem Vorsitz des Obmannes Mayrhofer. Da heißt es auf Seite 5 (liest): „Die geringen Fettaufrufe, speziell in den letzten Wochen, wie in der Steiermark 40 bis 70 g, in Niederösterreich 90 g, haben in den betroffenen Gebieten zu einer erheblichen Beunruhigung unter der Verbraucherschaft geführt und die Milchablieferung ungünstig beeinflußt. Für die kommende Versorgungsperiode ist zu erwähnen, daß bereits vor Monaten 10.000 t Kopra von der Unilever A. G. aus den Philippinen angekauft wurden. Ein Schiff ist als seit 20. September unterwegs avisiert. Das USA-Element versucht jedoch, diesen durch die Unilever A. G. mit Hilfe ihres Londoner Stammhauses getätigten Kauf zu stornieren, um dafür Fertigfette zur Verfügung zu stellen. Wir wehren uns dagegen, und auch Minister Sagmeister hat eingegriffen, um die Magarine- und Ölindustrie hinreichend zu beschäftigen und den Kokoskuchen für unsere Landwirtschaft als Kraftfutter zu gewinnen.“

Ich weiß nicht, ob inzwischen das im September avisierte Koprashiff eingetroffen ist. Jedenfalls sind die Versuche, dieses österreichische Geschäft zu hintertreiben, kein gelungener Beweis für die Uneigennützigkeit der amerikanischen Hilfe in Österreich, denn uneigennützig ist mit solchen Geschäftspraktiken zur Stilllegung eines wichtigen österreichischen Industriezweiges unvereinbar.

In der erwähnten Sitzung wurde auch über die absolut ungenügende Milch- und Butteraufbringung sowie darüber Klage geführt, daß gewisse Bundesländer, beispielsweise Vorarlberg, ihren Verpflichtungen in keiner Weise nachkommen. Vorarlberg konnte bis heute vom Milch- und Fettwirtschaftsverband noch gar nicht erfaßt werden.

Ein Schildbürgerstückchen aber ist es, wenn die zuständigen Ernährungsstellen des Landes Niederösterreich noch immer die Butter von 12.000 Kühen in Rechnung stellen, die bereits im Frühjahr dieses Jahres geschlachtet worden sind. Außerdem wurden vom Ernährungsministerium für Niederösterreich 823 t Speck von Schweinen eingerechnet, die ebenfalls schon zu Beginn dieses Jahres geschlachtet worden sind. Es ist klar, daß davon nichts mehr aufgebracht werden kann. Die Niederösterreicher erhielten auch ein Milchkontingent

in der Höhe von 105.000 l vorgeschrieben, während alle übrigen Bundesländer zusammen nur 88.000 l vorgeschrieben erhielten. Den wenigen Bezirken des niederösterreichischen Waldviertels wurden heuer 129.730 t Kartoffel zur Ablieferung vorgeschrieben, ganz Oberösterreich erhielt nur eine Vorschreibung von 120.000 t.

Die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung Österreichs stammen also nicht, wie eine verantwortungslose und verleumdende Propaganda behauptet, aus der Russenzone, sondern haben offenbar in den besonderen Begünstigungen ihre Ursache, die den westlichen Bundesländern bei den Vorschreibungen gewährt werden. Diese Beispiele beweisen aber auch noch etwas anderes, sie beweisen, daß auch in der Ernährungswirtschaft wie auf anderen Gebieten Kurs darauf genommen wird, die Sowjetzone gegenüber den westlichen Zonen in jeder Beziehung zu benachteiligen.

Eine der Hauptquellen des Durcheinanders in der Lebensmittelaufbringung ist das Versagen des Aufbringungsapparates. Man hat lange Zeit nicht mit Unrecht die Wirtschaftsverbände verantwortlich gemacht und daher ein Gesetz beschlossen, durch das diese von den Aufbringungsausschüssen in den Ländern, Bezirken und Gemeinden abgelöst werden sollten. Jetzt wurden die Wirtschaftsverbände wieder als die leitenden Instanzen für die Lebensmittelaufbringung eingesetzt, weil die Aufbringungsausschüsse angeblich vollständig, und zwar besonders ganz unten, in den Gemeinden, versagt haben sollen. Wenn dem so ist, dann haben sie nur deswegen versagt, weil sie nicht genug demokratisch und viel zu bürokratisch zusammengesetzt waren. Sie mußten versagen, weil man ihnen nur Pflichten auflegte, aber keine Rechte gegeben hat.

Wenn es in Österreich an Brotgetreide mangelt, so liegen die Ursachen zum Teil beim Großgrundbesitz und bei den Großbauern, die, wie ich heute schon sagte, den Getreideanbau vernachlässigen. In Österreich sind im letzten Jahr nur 410.000 ha Getreide angebaut worden, gegenüber 621.000 ha im Jahresdurchschnitt von 1934 bis 1938. Besonders stark ist der Weizenanteil der Getreideablieferung zurückgegangen. Während noch im Vorjahr 42 Prozent Roggen und 58 Prozent Weizen abgeliefert wurden, ist das Verhältnis heuer 60 Prozent Roggen und nur 40 Prozent Weizen. Dazu kommt noch, daß das Ernährungsdirektorium gestattet hat, Gerste statt Brotgetreide abzuliefern. Die Steigerung der Ablieferung in diesem Jahr geht vor allem auf das Konto von Gerste und Mais, kann sich also auf eine Verbesserung der Brotversorgung nicht auswirken, denn Gerste gibt wenig Mehl und das Verbacken von Maismehl hat eine

starke Verschlechterung der Brotqualität zur Folge.

Der Stand unserer Volksernährung ist deshalb so unbefriedigend, weil es an ernstesten und durchgreifenden Maßnahmen fehlt und weil das Übel nicht an der Wurzel angepackt wird. Heute sollen die Aufbringungsausschüsse die Sündenböcke sein, aber man vergißt, daß sie viel zu spät geschaffen wurden, um eingreifen zu können, und daß man sie als Aufbringungsorgane zu beratenden Körperschaften gemacht hat. Ihre Zusammensetzung ist — wie ich schon sagte — in den meisten Fällen alles andere als demokratisch, und die Vertreter der Klein- und Mittelbauern und der Konsumenten haben wenig in diesen Ausschüssen mitzureden. Aber nur deren Teilnahme ist, wie die Praxis zeigt, eine Garantie für die Erfüllung der Aufgaben der Aufbringungsausschüsse.

Weitere Ursachen der schlechten Ernährungslage sind die Benachteiligung der Bauern zugunsten der Gutsherren bei der Zuteilung von Saatgut, Kunstdünger, landwirtschaftlichen Geräten, Baumaschinen usw. und, wie heute mit Recht angeführt wurde, die mangelnde Versorgung der Bauern mit Arbeitskleidern, Schuhen und dergleichen. Das Anbaugesetz, das erst während des Anbaues in diesem Frühjahr angenommen wurde, ist wirkungslos geblieben, und nur in den seltensten Fällen konnten Bauern brachliegende Felder der Großgrundbesitzer zur Bearbeitung erhalten. Gegen die Saboteure des Anbaues wurden keinerlei Maßnahmen ergriffen, obwohl sie nicht selten angedroht wurden. Der Anbauplan des Landwirtschaftsministeriums blieb ebenfalls wirkungslos, denn trotz der Forderung nach Ausdehnung der Anbauflächen ist die Getreideanbaufläche nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar um 2 Prozent zurückgegangen. Auch hier bestimmten nicht die Interessen der Volksernährung, sondern das Profitinteresse der Großgrundbesitzer und der Großbauern.

Schließlich und endlich gibt es keine Lösung der Ernährungsfrage ohne Lösung der Bodenfrage, ohne Durchführung der Bodenreform. Gerade darum ist die Bodenreform, von der ich heute schon beim Kapitel Landwirtschaft gesprochen habe, eine so vordringliche Aufgabe für die Sicherung unserer Ernährung und für die Sicherung der Gesundheit unseres Volkes.

Abg. Hilde Krones: Hohes Haus! Man kann zwar kaum annehmen, daß Heinrich Heine mit prophetischem Blick ausgerechnet auf die Ernährungsdebatte im heurigen Jahr geblickt hat, aber mit blutendem Herzen müssen wir leider feststellen, daß auf diese Debatte ein Wort von ihm paßt, das wir lieber als überwunden und lieber als nicht mehr geltend angesehen hätten, das Wort:

„Es gibt zwei Sorten von Ratten, die hungrigen und die satten.“

Ich habe absolut nicht die Absicht, die näheren Umstände der Innviertler Hochzeit zu untersuchen. Das wird Aufgabe anderer Stellen sein. Es interessiert mich zunächst nicht der Streit, der im Landtag von Oberösterreich darüber geführt wurde, ob dort 50 oder 550 Personen eingeladen waren, ob dort drei Tage und drei Nächte ununterbrochen gekocht und gebraten wurde oder um eine Viertelstunde mehr oder weniger. Daß der Herr Minister den Bericht des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dr. Lorenzoni mit Befriedigung zur Kenntnis genommen hat, ist sicherlich eine Übertreibung. Aber er hat ihn zur Kenntnis genommen, was bedeutet, daß die Untersuchung weitergehen muß. Sie muß weitergehen schon im Interesse der verantwortungsbewußten und opferbereiten Bauern, da dieser Bericht keineswegs den Verdacht strafbarer Tatbestände vollkommen aus der Welt schaffen könnte.

Ich will mich jetzt lediglich auf den Boden der Behauptungen dieses Berichtes stellen. 50 Personen, so hieß es, waren eingeladen, und nur 60 bis 80 kg Fleisch wurden verzehrt. Nehmen wir also die mittlere Menge von 70 kg Fleisch an, so bedeutet das 1,4 kg pro Kopf. Der Verzehr wurde angeblich durch Marken abgedeckt. Wissen Sie, was das heißt? Das bedeutet, daß jeder Normalverbraucher, der dort Gast war, eineinhalb Monate hindurch seine Marken sammeln und dann abgeben mußte, daß jeder Gast, der Angestellter ist, vier Wochen lang seine Marken sammeln und abgeben mußte. Wohér die Selbstversorger — und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß der größte Teil der Gäste Selbstversorger gewesen sind — die Marken gehabt haben, weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob jemand das nachweisen könnte.

Erlauben Sie mir nur, daß ich wie viele andere Österreicher zu diesen Tatsachen nur sage: Unglaublich! Dies in einer Zeit, in der man bedenken muß, welche Wirkungen Nachrichten dieser Art etwa auf die Wiener Bevölkerung haben müssen, wo wir wiederum fast drei Wochen mit der Fleischversorgung im Rückstand sind. Dabei muß ich sagen, wir sind deshalb nur drei Wochen im Rückstand, weil hier wieder einmal ausländische Hilfe mit Konserven eingesprungen ist, denn die Rückstände in der Fleischanlieferung aus der österreichischen Aufbringung sind noch bedeutend größer. Hier gibt es noch alte Schulden aus den Perioden 23 bis 31. Niederösterreich ist mit 61 t Fleisch, Steiermark mit 296 t Fleisch im Rückstand.

In den Versorgungsperioden 32 bis 35 haben die Lieferverpflichtungen für Niederösterreich

8582 t betragen; die tatsächliche Lieferung betrug nur 1050 t, so daß sich eine Fehlmenge von 7532 t ergibt. Das Burgenland hatte eine Lieferverpflichtung von 2412 t; tatsächlich wurden 430 t geliefert, so daß auch hier noch eine Fehlmenge von 1982 t ausständig ist. Ich will nur diese zwei Beispiele herausgreifen und feststellen, daß die gesamten Lieferverpflichtungen 18.566 t betragen haben, die tatsächlichen Lieferungen aber nur 5287 t erreichten, so daß heute ein Lieferrückstand der Länder für Wien von 13.279 t übrig bleibt. Gehört es nicht zu den beschämendsten Tatsachen in Österreich, daß der Herr Ernährungsminister wiederholt darauf hinweisen mußte, daß die Züge aus Übersee rascher und sicherer in Wien eintreffen als die Züge aus St. Pölten oder aus der Gegend über dem Semmering?

Wir haben für das bevorstehende Weihnachtsfest für alle Nichtselbstversorger die Ausgabe von 20 dkg inländischem Schweinefleisch vorgesehen. In dieser Verlautbarung war ein kleiner, unscheinbarer, aber doch bedenklicher Nachsatz: Die Ausgabe, hieß es, erfolgt nach Maßgabe der Anlieferung. Wien benötigt für diese Ausgabe 346 t Fleisch. Bis jetzt sind 150 t eingelangt. Acht Tage haben wir noch Zeit für die restlichen rund 200 t. Wir möchten schon recht schön bitten, daß man da ein etwas rascheres Tempo einschlägt als bei der Erfüllung der normalen Lieferverpflichtungen, sonst kommt dann beim Oster-Sonderauftrag zu viel zusammen und die Wiener Normalverbraucher könnten sich den Magen damit verderben.

In der volkswirtschaftlich unbestreitbaren Erkenntnis, daß für ein armes Land wie Österreich die Veredelung von Erdäpfeln und anderen wertvollen Nahrungsmitteln in Schweinefleisch einen Luxus darstellt, ist seit zwei Jahren in den verantwortlichen Körperschaften und auch hier im Parlament immer wieder die Forderung nach Einschränkung der Schweinehaltung erhoben worden. Was aber lehren allein schon die Zahlen des Statistischen Zentralamtes nach Verarbeitung der offiziellen Statistik der Schweinezählung? Vergleichen wir den Bestand im Dezember 1946 und im November 1947, also ungefähr zur gleichen Jahreszeit, so ergeben sich folgende Zahlen: Wien 15.987 und jetzt 25.542, Niederösterreich 442.855 und jetzt 548.680, Burgenland 119.726 und heuer 153.604. Ich könnte die Beispiele durch alle Länder vermehren. Es gibt nur zwei Bundesländer — Vorarlberg und Salzburg —, die eine kleine Senkung verzeichnen. Insgesamt betrug der Schweinebestand in Österreich im Jahre 1945 rund 1.000.000, im Jahre 1946 1.490.384 und im Jahre 1947 1.716.229 Stück.

Und nun stellen Sie, bitte, fest: Das sind die Ziffern des Statistischen Zentralamtes. Wir wissen alle sehr genau, daß diese um rund 20 Prozent unterschritten sind, daß man gut und gerne 20 Prozent dazu zählen kann; das ergibt somit einen tatsächlichen — nicht buchmäßigen — Schweinebestand von rund 2 Millionen, die fast ausschließlich dem Selbstversorgerverbrauch dienen. 60 Prozent des Bestandes werden jährlich geschlachtet, das sind 1,224.000 Schlachtschweine. Rechnet man das Durchschnittsgewicht von 70 kg, das allgemein angerechnet wird, so ergibt das 85.680 t Schweinefleisch für 1,900.000 Selbstversorger; das ergibt wieder pro Kopf der Selbstversorger allein eine Schweinefleischquote von 43 kg. Dazu kommt noch Geflügel, wovon wir ebenfalls nichts sehen. Der Geflügelstand ist höher als in den Jahren 1937 und 1938. Dazu kommt die Selbstversorgerquote aus der Rinderschlachtung, so daß nach vorsichtiger Schätzung den Selbstversorgern heute durchschnittlich 60 bis 70 kg Fleisch im Jahr zur Verfügung stehen. Das sind, wohlgemerkt, Selbstversorger aller Altersstufen; darunter sind auch 63.000 Kinder von 0 bis 3 Jahren.

Der Schwerarbeiter in Österreich dagegen erhält pro Jahr eine Fleischquote von 26 kg, der Normalverbraucher eine solche von 18,2 kg.

„Es gibt zwei Sorten von Ratten, die hungrigen und die satten.“

Wenn hier gestern durch einen Zwischenruf ein Herr der Volkspartei behauptet hat, wer in Österreich arbeitet, das seien die Bauern, dann wird das wohl kaum im Ernstfall aufrecht erhalten werden können. Wir müssen eine solche Bemerkung, die eine Herabsetzung der großen Leistung der Arbeiterschaft in dem zerstörten Österreich bedeutet, energisch zurückweisen. Ich habe mich gestern schon gewundert, daß das nicht gleich an Ort und Stelle durch die Gewerkschaftsvertreter der ÖVP geschehen ist. Aber an Hand der gebrachten Gegenüberstellung wird klar sein, daß der Bauer seine schwere Arbeit, die wir anerkennen und für die wir ihm danken, leichter durchhält, weil er etwas mehr Kalorien dafür erhält als der Schwerarbeiter.

Was aber in der ganzen Statistik der Fleischschulden an Wien, der Vermehrung der Schweinehaltung und allem anderem viel bedenklicher erscheint, ist, daß Hand in Hand damit laut Bericht des Österreichischen Gartenbau- und Kartoffelwirtschaftsverbandes, Sektion Kartoffel, eine prozentuelle Ablieferungserfüllung aufgezeigt wird, die im heurigen Jahr viel geringer und viel schlechter ist als im Jahr 1946. Während beispielsweise in der Steiermark das Jahreskontingent an Kartoffeln

1946 mit 93,27 Prozent erfüllt wurde, waren es 1947 nur 44,9 Prozent. Während Niederösterreich im vergangenen Jahr die Kartoffelablieferung noch zu 58,19 Prozent erfüllt hat, hat sie diese heuer nur zu 50,47 Prozent erfüllt. Das sind bedauerliche Feststellungen.

Aus dem Bericht des Gartenbau- und Kartoffelwirtschaftsverbandes geht weiters hervor, daß gerade in solchen Betrieben, die mit der Kartoffelablieferung stark im Rückstand sind, ein besonders hoher Schweinebestand vorgefunden wurde. In den Bezirken Zwettl, Mistelbach, Hollabrunn und Korneuburg wurden in 361 stichprobeweise kontrollierten Betrieben 2162 Schweine gezählt. Wenn man bedenkt, daß 25 kg Kartoffeln notwendig sind, um das Gewicht eines Schweines um ein Kilogramm zu erhöhen, so benötigt man für die Produktion von 3 kg Schweinefleisch die Jahreskopfquote eines Normalverbrauchers an Kartoffeln.

Was weiter noch überaus interessant in dem Bericht des Kartoffelwirtschaftsverbandes ist und was an die fundamentalen Grundsätze unseres Kampfes um Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit rührt, das geht aus folgender Darstellung über die Kartoffellieferungen an die Länder hervor. Es war gedacht, Tirol und Vorarlberg aus Oberösterreich-Nord zu versorgen, hingegen Salzburg aus Oberösterreich-Süd. Oberösterreich-Süd setzte mit einer starken Frühkartoffelernte ein und wollte seine übergebietlichen Ablieferungen rasch erfüllen. Bei einem starren Festhalten am ursprünglichen Verladeplan hätte Salzburg seinen ganzen Zuschußbedarf in nicht haltbaren Frühkartoffeln bekommen, während die Länder Tirol und Vorarlberg infolge der späten Ernte des Mühlviertels ohne Kartoffeln geblieben wären. Aus diesem Grunde wurden Salzburg, Tirol und Vorarlberg vorerst aus Oberösterreich-Süd versorgt und der Plan gefaßt, die Restlieferungen für Salzburg vorerst aus Oberösterreich-Nord durchzuführen.

Nun heißt es hier (liest): „Salzburg war mit dieser Lösung nicht einverstanden und beschwerte sich bei der Besatzungsmacht. Diese veranlaßte in weiterer Folge eine Sperre der Ausfuhr aus Oberösterreich-Süd, wodurch das russische Element sich bemüßigt sah, seinerseits die Ausfuhr aus der sowjetischen Zone zu sperren. Dieses Vorgehen bewirkte einesteils die Unmöglichkeit, die Steiermark aus den Überschüssen des Burgenlandes zu versorgen, andererseits die Lieferungen aus dem Mühlviertel flott durchzuführen, und brachte die Einführung der Abstempelungspflicht für alle Transporte aus der sowjetischen Zone. Außerdem gelangte die ganze Angelegenheit vor den Alliierten Rat, wo nach langen, wechselvollen Unterhandlungen ein neuer

1992 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

Verteilungsplan festgesetzt wurde. Derselbe brachte eine Beschränkung der Auslieferung für alle Bundesländer bis zum Ende der 39. Versorgungsperiode, also bis zum 25. April 1948.“

Eine österreichische Landesbehörde wendet sich gegen eine bundesbehördliche Verfügung an die Besatzungsmacht, worauf im Laufe dieser Begebenheit Folgen entstehen, die für die selbständige Wirtschaft Österreichs und für die Verfügungsgewalt außerordentlich bedenklich sind.

Noch eine andere Sache liegt uns besonders am Herzen. Die Schweineaufzucht im Lande steigt, aber die Milchablieferung geht zurück. Von dem vorgeschriebenen Jahreskontingent von 646.400 t Milch sind bis 30. September 484.000 t fällig. Tatsächlich geliefert wurden 366.627 t, also um 117.373 t weniger. Im September, Oktober und November ist die Milchlieferung noch weiter zurückgegangen. Dadurch ist eine Reihe von folgenschweren Einschränkungen für Wien notwendig geworden. Die Milchzuteilung für Arbeiter in Hitze- und Giftbetrieben mußte gestrichen werden, werdende und stillende Mütter bekommen statt Vollmilch Magermilch, Kinder zwischen 6 und 12 Jahren, für die bei der Kontingentaufstellung ein halber Liter Vollmilch festgesetzt wurde, bekommen jetzt, und auch das nur fallweise, ein Achtelliter Milch, und bei weiterem Absinken der Milchlieferungen in der an Grünfuttermittel armen Zeit wird die Gruppe der Kinder zwischen 6 und 12 Jahren die nächste sein, die noch weniger oder gar keine Milch bekommen kann. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, wie schwer das für uns alle sein wird. Wo die Gesunderhaltung unserer Kinder, wo die Zukunft auf dem Spiele steht, da muß man an alle verantwortungsbewußten Stellen appellieren, sich der Frage der Milchablieferung mit wirklichem Opferwillen anzunehmen.

Der Träger unserer Kalorienbasis aber ist das Brot. Die letzten Monate waren durch die öffentliche Diskussion von Unsicherheit darüber erfüllt, ob das Brotgetreidekontingent eingehalten werden kann oder nicht. Die Vereinbarung hat auf 240.000 t gelautet, für die Ablieferung war eine Frist von drei Monaten gestellt. Jetzt, nachdem zwei Monate dieser Frist um sind, schaut die Ablieferung folgendermaßen aus: Wien-Randgebiete 38 Prozent der vorgeschriebenen Quote, Niederösterreich 50 Prozent, Burgenland 32,5 Prozent, Oberösterreich-Nord 63 Prozent, Oberösterreich-Süd 64 Prozent, Steiermark 30 Prozent, Kärnten nur 25 Prozent, Salzburg 45 Prozent und Tirol 26 Prozent. Das ergibt insgesamt eine Ablieferung von 49,5

Prozent während einer Zeit von zwei Drittel der Frist.

Wer aber den Schluß daraus ziehen würde, daß etwa die Länder so in Bausch und Bogen besser leben als Wien, würde einen Fehlschluß ziehen. Die Überprüfung der aufgerufenen Rationssätze und Kalorien für die Nichtselbstversorger in der 33. Periode in den Ländern zeigt, daß auf Grund der mangelhaften Aufbringung in den Ländern die Nichtselbstversorger aller Bundesländer leiden. Nur Wien, die Randgemeinden und zum Teil Oberösterreich-Nord haben die Kalorienbasis annähernd voll erhalten. Schon der niederösterreichische Normalverbraucher hat um 80 Kalorien täglich weniger bekommen, der burgenländische Normalverbraucher um 40 Kalorien weniger, in Oberösterreich-Süd, in diesem reichen Land, hat der Schwerarbeiter täglich um 475 Kalorien weniger bekommen, als aufgerufen und ihm zugesagt worden sind. In Salzburg haben die Kinder von 3 bis 6 Jahren um 181 Kalorien täglich weniger, in Steiermark die werdenden und stillenden Mütter um 268 Kalorien weniger als zugesagt, in Kärnten die Schwerarbeiter um 390 Kalorien und die werdenden und stillenden Mütter um 400 Kalorien weniger, in Tirol die werdenden und stillenden Mütter um 367 Kalorien, die Schwerarbeiter um 125 Kalorien weniger. Die Nichtselbstversorger in den Ländern gehören also auch nicht zu den Satten, sondern zu den Hungrigen, und ein Schnitt geht mitten durch die Länder, die Städte und die Dörfer.

Der Friede in Österreich bedeutet aber die Sicherung der Ernährung in Österreich. Wer die Sicherung der Ernährung in Österreich antastet, wer sie stört, wer sie sabotiert oder durch Nichteinhaltung einer übernommenen Lieferverpflichtung bedroht, durch unzeitgemäße Reden über die Lockerung in der Bewirtschaftung und durch Angriffe auf das Preisgefüge die Lebenshaltung der breiten Massen in Mitleidenschaft zieht, der gefährdet auch den Frieden in Österreich! (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. **Hinterndorfer**: Hohes Haus! Das Kapitel 22 des Bundesvoranschlages beinhaltet unsere österreichische Ernährungswirtschaft, an und für sich ein ganz kleines Kapitel in der Reihe der großen Kapitel, und doch von entscheidender Bedeutung, denn es geht in diesem Kapitel um Sein oder Nichtsein unseres Volkes. Nur ein Volk, das zu essen hat, kann leben, und nur ein Volk, daß zu essen hat, kann arbeiten. Wir in Österreich brauchen aber ein Volk, das arbeiten kann, müssen wir doch aus dem Chaos und Trümmerhaufen, den uns Nazismus und Krieg hinterlassen haben, ein Österreich

aufbauen, das uns allen wieder lebenswert erscheint.

Für die Ernährungswirtschaft in Österreich ist in erster Linie unsere Regierung verantwortlich, und ich glaube sagen zu können, daß diese Regierung sich von allem Anfang an dieser Verantwortung bewußt war, denn die Regierung hat sofort ein Ernährungsministerium und später ein Ernährungsdirektorium bestellt. Dem Ernährungsministerium obliegt die große und verantwortungsvolle Aufgabe, eine Organisation zu schaffen, die eine klaglose und einwandfreie Führung unserer Ernährungswirtschaft in Österreich gewährleistet. Dieser Organisation obliegt vor allem die Aufbringung und Ablieferung, der Transport, die Bearbeitung, Verarbeitung und die Verteilung.

Wie steht es nun mit der Ernährungslage in Österreich? Mehr als Worte vermögen dies Zahlen zu beweisen. Wir haben in Österreich insgesamt 7 Millionen Menschen zu versorgen. Von diesen 7 Millionen Menschen sind nur 2 Millionen Selbstversorger, 5 Millionen sind Nichtselbstversorger, also Verbraucher. Das allein zeigt Ihnen schon, daß es bei einer Ernährungskrise in diesem Lande nicht leicht ist, die Gesamtbevölkerung zu versorgen. Interessant ist aber noch eine weitere Statistik, die vom Forschungsinstitut für die Wirtschaft erstellt wurde. Von diesem Forschungsinstitut wurde festgestellt, daß vor 150 Jahren und in den meisten agrarischen Ländern auf einen Konsumenten noch zehn Selbstversorger kamen, während heute auf einen Produzenten zweieinhalb Nichtselbstversorger, also Konsumenten kommen.

Noch aufschlußreicher für die Ernährungslage ist die Gegenüberstellung der Kaloriensätze. Vor 1938 hatte unser Volk einen Kalorienatz von rund 2900 Kalorien, heute haben wir — und zwar auch erst seit kurzem — 1700 Kalorien erreicht. Um ein Volk gesund zu erhalten, bedarf es eines Kalorienatzes von mindestens 2100 Kalorien. Diese Gegenüberstellung beweist schon deutlich, daß unser Volk hungert, daß die Ernährung des Volkes unser brennendstes Problem ist. Ja, leider ist es tatsächlich so, daß wir von der Hand in den Mund leben und die Beschaffung des täglichen Brotes unsere größte Sorge ist.

Wie erfolgt nun die Ernährung unseres Volkes? Allem voran aus der Aufbringung aus eigener Scholle, dann aus den Importen und durch Hilfsaktionen. Es ist selbstverständlich, daß wir aus der eigenen Scholle produzieren und aufbringen müssen, was nur menschenmöglich ist. In dieser Notzeit, in dieser Ernährungskrise lastet sicherlich auch auf unserer Bauernschaft eine schwere Ver-

antwortung, und wir können wohl trotz aller Angriffe, die immer und immer wieder erfolgen, sagen, daß unsere Bauern in dieser schweren Zeit ihre Pflicht erfüllt haben.

Wenn ich nun von der Produzentenseite spreche, muß ich doch auf einige Schwierigkeiten hinweisen, unter denen unsere Landwirtschaft heute zu arbeiten hat. Wir alle wissen und haben es mitgemacht, was Druck und Zwang bedeutet, und waren froh, daß der nazistische Zwang im Jahre 1945 von uns gewichen ist. Aber auf einem Berufsstand, und zwar dem der Bauern, lastet vom Jahre 1938 bis heute unentwegt Druck und Zwang. Die Bauern arbeiten und produzieren, aber alles, was sie produzieren und schaffen, ist bewirtschaftet und obliegt der totalen Ablieferungspflicht. Wir haben diesbezüglich einige Gesetze geschaffen, die das augenscheinlich bestätigen, so das Anbaugesetz, das Landwirtschaftliche Aufbringungsgesetz, das Bedarfsdeckungsstrafgesetz, und in Kürze wird ein Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz dazukommen. Die Bauernschaft fügt sich dem Zwang, der ihr durch die Not der Zeit und durch den Hunger des Volkes auferlegt wurde, im Bewußtsein, daß es immer so ist, daß im Krieg die Kanonen das erste Wort und in den Nachkriegsjahren die Lebensmittel das letzte Wort haben.

Wenn ich nun aber von den Schwierigkeiten spreche, die die Produzenten betreffen, so muß ich die Frage der Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte erwähnen. Es ist eine selbstverständliche Voraussetzung jeglicher Produktion, daß die Rentabilität gegeben ist. So ist es im Gewerbe, im Handel und in der Industrie, kurz überall. Nur in der Landwirtschaft soll es anders sein? Hier sollen Preise gelten, die nicht einmal die Gesteungskosten decken! In der Nazizeit waren für alle landwirtschaftlichen Produkte Stopppreise festgelegt, die mit nazistischen Gewaltmaßnahmen bis zum Schluß gehalten wurden. Seit 1945 bis heute erfolgte allüberall eine Preisregelung; aber wir müssen objektiv doch zugeben, daß bei der Preisbildung aller Güter die landwirtschaftlichen Produkte offensichtlich hinter allen anderen Waren zurückgeblieben sind.

Arm ist der Boden vor allem in unseren Alpenländern, karg sind die Einkünfte unserer braven Bergbauern, von denen heute schon gesprochen wurde. Da ist es doch nicht angängig — um nur ein Beispiel aufzuzeigen —, daß der Bergbauer oder ein anderer Landwirt, wie das heute gesagt wurde, für eine Mistgabel den Gegenwert von 40 Liter Milch hergeben muß oder für den Taglohn eines Handwerkers den von 50 Liter Milch. Schlechte Preise aber sind nicht dazu angetan,

1994 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

die Produktionsfreudigkeit zu heben. Ein Wahrwort gilt auch noch heute: Hat der Bauer das Geld, hats die ganze Welt.

Eine weitere Schwierigkeit auf seiten der Produktion, die unsere Ernährungswirtschaft schädigt, ist der große Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft, der heute auch schon beim Kapitel Land- und Forstwirtschaft erörtert wurde. Ja, es ist so wie die Vorredner gesagt haben. Jede Arbeit ist hart und schwer, aber die Arbeit des Bauern ist noch härter und noch schwerer, und darum will niemand diesen Beruf ergreifen. Eine Ursache des großen Arbeitermangels in der Landwirtschaft ist die Tatsache, daß der Bauer in bezug auf die Entlohnung, die sozialen Einrichtungen und die Wohnverhältnisse nicht das bieten kann, was der Arbeiter in anderen Branchen zugebilligt erhält. Denn die Ausgabenseite beim Bauern hängt von der Einnahmenseite ab. Solange die Einnahmen kaum die Gestehungskosten decken, können auch die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt werden. Somit steht die Landflucht, unter der wir heute leiden, nicht zuletzt mit der Frage der Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte in engstem Zusammenhang.

Als weitere Schwierigkeit für die Produzenten sei noch der Mangel an Saatgut, Düngemitteln, Traktoren, Maschinen usw. erwähnt; ferner die Kriegs- und Bombenschäden, speziell im Ostteil unseres Vaterlandes. Nicht unerwähnt soll der Mangel an Arbeitsschuhen, Kleidern und Wäsche bleiben, den wir in der Landwirtschaft besonders verspüren.

Wenn wir die Ernährungswirtschaft objektiv betrachten, so müssen wir sie selbstverständlich auch von der zweiten Seite, vom Konsumenten her betrachten. Und da steht eines fest: Nichts verfolgt unsere darrende und hungernde Bevölkerung mit vollem Recht kritischer als die Lenkung und Leitung der staatlichen Ernährungswirtschaft. Hier auftretende Mängel und Mißstände werden schärfstens verurteilt. Daher müssen wir verlangen, daß in diesem Sektor vom Minister angefangen bis zu seinem letzten Mitarbeiter beste und verantwortungsvollste Arbeit geleistet wird.

Die vordringlichste Forderung ist eine gerechte Verteilung aller Waren an alle. Dabei soll der Grundsatz gelten: Nicht wenigen alles, sondern das Wenige allen! Der Weg, den die Produkte vom Produzenten bis zum Konsumenten nehmen, soll ein möglichst kurzer und gerader sein, die Produkte sollen keine krummen Wege oder gar Abwege gehen.

Die Abgeordneten der Volkspartei haben schon im Budgetausschuß ihre Wünsche und Ansprüche eingebracht. Ein dringender

Wunsch, der heute schon vorgebracht wurde, ist die Gewährung von Zusatzkarten für unsere Frauen und Hausgehilfinnen. Wir alle wissen, daß gerade unsere Hausfrauen unter den Ernährungsverhältnissen am meisten leiden und daß gerade sie es sind, die von ihren Karten ihren Familienangehörigen noch Zulußen gewähren. Ich bitte daher den verehrten Herrn Ernährungsminister, diesem Wunsch, wenn es nur irgendwie möglich ist, Rechnung zu tragen.

Ich wende mich noch gegen jenes Kontrollsystem, das nur eine Schikane für die kleinen Leute ist. Wir treten für die Freigabe des Rucksackverkehrs mit Gemüse, Obst und den bewirtschafteten Kartoffeln ein. Es ist schon so, wenn ein Bekannter, ein Verwandter oder ein Freund auf das Land kommt, ein paar Kilogramm Kartoffeln gibt jeder Bauer gerne her. So schleppt sich der Städter mit dem Rucksack bis Wien, und dort nehmen ihm Polizeiorgane das weg, was er sich mühsam erworben hat. Es muß endlich einmal festgelegt werden, welche Menge frei ist und welche Menge diese Leute auch sicher nach Hause bringen dürfen.

Nicht minder wichtig als die Ernährung ist für uns die Versorgung mit Schuhen, Kleidern und Wäsche, wie beim Kapitel Handel schon erwähnt wurde. Auch hier trete ich für die Wiedereinführung der Kleiderkarte ein, damit das Wenige, das vorhanden ist, gerecht verteilt wird. So sehr Zuweisungen von Schuhen, Kleidern usw. an bestimmte Berufsgruppen berechtigt sein mögen, muß es dennoch endlich so weit kommen, daß neben den Berufstätigen auch jede Hausfrau in der nächsten Zeit zu einem Paar Schuhe kommt. Das sind die Wünsche, die wir eingebracht haben.

Ein allgemeiner Wunsch, der hier auch schon ausgesprochen wurde, betrifft die Verbesserung des Brotes. Wünschenswert wäre es, daß im ganzen Bundesgebiet die Qualität des Brotes einheitlich wäre. Wir wissen, daß der Ausmahlungsprozentsatz vorgeschrieben ist; das Getreide muß zu 95 Prozent ausgemahlen werden. Wir wissen aber auch, daß bei diesem Ausmahlungsprozentsatz dem Körper Stoffe zugeführt werden, die er gar nicht verdauen kann, ja, die bei kränklichen Personen zu gesundheitlichen Störungen führen. So wollen wir besonders den Wunsch unterstreichen, daß eine Verbesserung des Brotes durchgeführt wird. Ich glaube, die Bevölkerung ist sogar bereit, eine geringe Verminderung der Quantität des Brotes zugunsten der Qualität hinzunehmen. Ein weiterer Wunsch geht dahin, daß vor allem Magenranke, deren es mehr als genug gibt, Rekonvaleszente und alte Leute in weitestgehendem Maße mit Weißbrot bedacht werden mögen.

70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947. 1995

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß wir in Österreich 600.000 sehr, sehr unerwünschte Mitesser haben; es sind die sogenannten Versetzten Personen, mit denen wir unser Brot teilen müssen. Wenn die Alliierten innerhalb von zwei Jahren schon nicht imstande gewesen sind, das Schicksal dieser Leute zu bestimmen, mögen sie dafür sorgen, daß die Verpflegung dieser Leute zur Gänze von anderer Seite erfolgt.

Noch ein Wort zu den häßlichen Begleiterscheinungen der Notzeiten. Eine solche ist vor allem der Schwarzhandel. Wohl kein Land in der Welt vermag des Schleichhandels restlos Herr zu werden. Die Bevölkerung verlangt aber, daß solche Nutznießer an der Not des Volkes, wenn sie endlich einmal vor Gericht stehen, mit Höchststrafen bedacht werden mögen, damit ihnen für längere Zeit ihr schmutziges Handwerk gelegt wird.

Eine weitere unangenehme Erscheinung unserer Ernährungskrise ist die Tatsache, daß mit dem Hunger auch Parteipolitik gemacht wird. Es vergeht kein Tag, an dem nicht die „Volksstimme“ ihre Hetzartikel von Stapel läßt und wider ihr besseres Wissen die Regierung und die Bauernschaft allein für die Ernährungskrise in Österreich verantwortlich macht. Hiefür einige Beispiele. Eine Berühmtheit und Sensation hat die Innviertler Bauernhochzeit erlangt, von der heute schon gesprochen wurde. Nun, meine sehr Verehrten, ein Hochzeitstag ist immer ein Hochfest, das feierlich begangen wird. Ich glaube, der Herr Minister Altmann, der heuer geheiratet hat, wird auch nicht in der Werksküche seine Hochzeit gefeiert haben. Das ist nun einmal auf dem Lande so. Wenn die, die an der Quelle sitzen, einmal einen Hochzeitstag feiern, kann man es ihnen verübeln, wenn es dabei etwas höher hergeht? Diese Innviertler Bauernhochzeit war schon Ursache einer Interpellation im oberösterreichischen Landtag, und wenn die werte Vorrednerin das alles bezweifelt hat, was darüber bekanntgegeben wurde, so muß ich schon sagen: die Sache wurde durch die Gendarmerie erhoben, und ich glaube, daß wir nach wie vor doch die Verpflichtung haben, den Erhebungen der Gendarmerie Glauben zu schenken. Es ist alles überprüft worden; es waren nicht tausend Personen bei dieser Hochzeit, sondern wesentlich weniger. Einzig und allein eine Sperrstundenüberschreitung war der strafbare Tatbestand, der damals festgestellt wurde. Nun, wir werden ja, wenn die Erhebungen weitergehen, sehen, ob hier wirklich andere Dinge vorliegen.

Ein weiteres Beispiel für solche Verhetzungen bietet die „Volksstimme“, die am Sonntag,

den 14. Dezember, also am Silbernen Sonntag, von einem Weihnachtsfest ohne Fett schreibt. Ich kann mir vorstellen, daß ein Kommunist, der alles nur durch die rote Parteibrille sieht, wütend wird, wenn er diese Meldung hört. Ich meine aber, daß unser Herr Ernährungsminister, wenn er sich das ganze Jahr hindurch kümmert, daß wir unser Fett bekommen, uns wohl auch für das hohe Weihnachtsfest Fett zuweisen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die werte Vorrednerin hat von ihrem Standpunkt aus als Städterin ihre berechtigte Klage über die geringe Milchlieferung zum Ausdruck gebracht, aber Sie dürfen doch nicht übersehen, daß wir heuer ein katastrophales Jahr der Dürre und Trockenheit gehabt haben, daß wir beispielsweise eine Mißernte an Futtermitteln zu verzeichnen haben, weil draußen alles durch die Sonne abgebrannt ist. Daher kommt es, daß die Kühe weniger Milch geben und daß die Abverkäufe ständig zunehmen, weil die Bauern das Futter für die Kühe nicht mehr haben.

Eine kurze Illustration zu der Behauptung, unsere Bauern sabotierten die Ablieferungspflicht. Anfangs Oktober schrieb eine kommunistische Zeitung: Unsere Bauern sabotieren schon wieder die Ablieferung! Im Vorjahr sind bis zu diesem Zeitpunkt so und so viele Kilogramm Brotgetreide abgeliefert worden, heuer nur die Hälfte. Auch in der Brotgetreidelieferung ist ein katastrophaler Rückgang im Ernteertragnis gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Trockenheit und Dürre bis zum Herbst hatten eine Stromkrise zur Folge, die wieder die Ursache war, daß die Bauern nicht einmal imstande waren, das Getreide zu dreschen, weil kein Strom da war. Sie konnten auch mit dem Benzinmotor nichts anfangen, weil sie kein Benzin hatten. Ich kenne Ortschaften, wo die Bauern tatsächlich erst in der Nacht, wenn der Strom stärker war, zum Dreschen gekommen sind. Das also vor allem sind die Ursachen des Rückganges der Milchproduktion und der Abfuhr des Brotgetreides im heurigen Jahre.

Sind nun wirklich die Regierung und die Bauernschaft an der Ernährungskrise in Österreich schuld, wie man das alle Tage in der „Volksstimme“ mit dem Schlußsatz: Die Regierung möge abtreten, wir fordern Neuwahlen! zu hören bekommt? Wenn von ganz Europa nur wir in Österreich eine Ernährungskrise hätten, dann könnte das zutreffen. Aber wir wissen doch, daß in ganz Europa eine Ernährungskrise herrscht, nicht nur in Deutschland und Italien, sondern auch in den herrlichen Staaten der Volksdemokratie, in den reichen Agrarländern Ungarn und Rumänien.

1996 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 16. Dezember 1947.

Wir wissen, daß sogar in der Tschechoslowakei mit 1. Dezember die freie Bewirtschaftung eingestellt wurde und daß man wieder zur Rayonierung zurückgekehrt ist. Der Hitlerkrieg, der in der Normandie begonnen hat und am Schwarzen Meer endete, ist über ganz Europa hinweggebraust, und ganz Europa ist ein Schlachtfeld geworden. Es ist eine traurige Tatsache, daß in Österreich die agrarische Nutzfläche stark verringert wurde. Vor Jahrzehnten war es schon so, und diese Entwicklung nahm in der Hitlerzeit seit 1938 katastrophale Formen an. Ich verweise darauf, daß Hitler in Österreich allein 54 Flugplätze errichtet hat; damit noch nicht genug, haben wir in Niederösterreich in Sommerein durch die Vergrößerung des Brucker Lagers 14.000 ha und im Waldviertel für Truppenübungsplätze 21.000 ha verloren; 42 Dörfer wurden ausgesiedelt. So haben wir in Niederösterreich allein über 50.000 ha fruchtbarsten Ackerbodens durch Hitlers Kriegsmaschinerie verloren.

Hohes Haus! Auch die Potsdamer Beschlüsse treffen uns im Ernährungssektor schwer. Durch diese Potsdamer Beschlüsse, die wir heute schon als Weltsünde von Potsdam bezeichnen können, fallen unter den Begriff Deutsches Eigentum nicht nur Hunderte von Mittel- und Großbetrieben der Industrie, sondern auch insgesamt 154.000 ha österreichischen Ackerbodens in der östlichen Zone. Die Erträge dieser 154.000 ha gehen unserer Ernährungswirtschaft voll und ganz verloren. So kann heute schon gesagt werden, daß die Lösung der Frage des Deutschen Eigentums, mag sie kommen wie immer, für Österreich und für unser Volk einen schweren, ja allerschwersten Verlust bedeuten wird.

Schließlich darf, wie ich schon erwähnt habe, auf die größte Ursache unserer Ernährungskrise, auf die durch die Trockenheit und Dürre hervorgerufene katastrophale Mißernte im heurigen Jahr nicht vergessen werden. Das sind die wahren Ursachen unserer Ernährungskrise. Es sind also nicht etwa, wie man es in der Hetzpresse immer wahr haben will, die Bauern, die angeblich sabotieren, und die ÖVP für diese Krise verantwortlich.

Wir müssen heute wie in aller Zukunft und wie selbst im tiefsten Frieden importieren, weil unsere österreichische Scholle nicht das hervorbringt, was wir für unser Volk zum Leben brauchen. Und so sind wir auch heute vor allem auf die uns von Amerika gewährte Hilfe angewiesen. Da aber sind es wieder die Herren Kommunisten, denen die Hilfe von den Amerikanern nicht paßt, die ihre Annahme als Westkurs bezeichnen. Aber wir müssen

feststellen, daß sie, wenn sie auch unaufhörlich über deren Bezug schimpfen, die amerikanischen Lebensmittel gerne essen. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe, Herr Kollege Honner, wenn Sie sich mit Ihren guten Beziehungen an die USIWA, die von uns einen Großgrundbesitz von 154.000 ha hat, wenden würden, daß sie uns das geben möge, was dort produziert wird. (Zwischenrufe bei den Kommunisten.)

Hohes Haus! Pflicht der Dankbarkeit ist es, daß wir bei Behandlung der Ernährungswirtschaft derer gedenken, die uns Hilfe zukommen ließen. Es waren dies vor allem die alliierten Besatzungsmächte in Österreich und jene Staaten, die uns durch die UNRRA Hilfe zuteil werden ließen. Ich will nur einige Staaten erwähnen: die Schweiz, Schweden und vor allem Amerika. Wir danken ihnen für die uns bisher geleistete großzügige Hilfe. Wir müssen die Bitte an sie richten, daß sie uns diese Hilfe auch weiterhin angedeihen lassen, denn nur so kommen wir über den Engpaß hinweg. Dank gebührt auch unserer Regierung und nicht zuletzt unseren österreichischen Bauern, die als Nährstand unseres Volkes trotz aller Not und allen Schwierigkeiten in harten Zeiten ihre Pflicht erfüllt haben.

So wollen auch wir als Abgeordnete in dieser entscheidenden Frage der österreichischen Ernährungswirtschaft unsere Pflicht erfüllen. Wir können sie am besten erfüllen, wenn wir in dieser für unser Volk wichtigen Frage jegliche Parteipolitik zurückstellen und eine Volkspolitik im besten und wahrsten Sinne des Wortes voranstellen. Wie die Gesundheit das höchste Gut des einzelnen Menschen darstellt, so ist die Volksgesundheit das kostbarste Gut der ganzen Nation. Ich richte an alle Abgeordneten des hohen Hauses den Appell, in den entscheidenden Fragen unserer Ernährungswirtschaft zusammenzuarbeiten zum Nutzen und Frommen unseres Volkes und damit zum Nutzen und Frommen unseres Vaterlandes! (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Abg. **Horn**: Hohes Haus! Wieder steht ein Winter vor unserer Türe. Von Seiten der städtischen Bevölkerung und der Bevölkerung der Industriebezirke ertönt die bange Frage: Was wird uns dieser Winter bringen? Wie wird sich die Ernährungslage bis zur nächsten Ernte gestalten? Wenn man die Mitteilungen verfolgt, die darüber berichten, welche Mengen von Lebensmitteln dem Herrn Ernährungsminister zur Verfügung stehen, und wenn man den Bericht meiner geschätzten Parteifreundin Krones verfolgt hat, dann kann man gewiß verstehen, daß diese Frage von Seiten der Industriebevölkerung und der städtischen Bevölkerung zu Recht gestellt wird.

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, die „Volksstimme“, hat sich in der letzten Zeit bemüht gefühlt, den Herrn Ernährungsminister wegen der Ernährungslage ständig anzugreifen. Wie so oft haben sie diesen Brief an die falsche Adresse geschickt. Es wäre besser gewesen, wenn sie diese Angriffe gegen eine andere Seite gerichtet hätten. Kein Mensch kann mehr geben, als er besitzt; und wenn dem Herrn Ernährungsminister nur ein gewisses Quantum von Lebensmitteln zur Verfügung steht, dann ist es eben nicht immer möglich, die Aufrufe zu erfüllen.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat für das heurige Jahr ein Kontingent erstellt und hat in Reden wiederholt erklärt, daß dieses Kontingent erfüllt werden kann. Ich möchte mir nicht erlauben, einem so ausgezeichneten Fachmann in irgend einer Form zu widersprechen. Ich will nur bestätigen, daß die Angaben des Herrn Landwirtschaftsministers sicherlich auf Richtigkeit beruhen. Ich möchte mir nur erlauben, dazu zu sagen, daß dieses Kontingent nicht nur erfüllt werden kann, sondern daß dieses Kontingent erfüllt werden muß, wenn wir jene Gruppe der Bevölkerung, die nicht zur Gruppe der Selbstversorger gehört, vor einer Ernährungskatastrophe schützen wollen.

Bei der Aufteilung des Kontingents, die ja von Fachleuten durchgeführt wurde, mußte man annehmen, daß sie auch wirklich nach fachlichen Grundsätzen erfolgte. Es dürfte aber anders der Fall gewesen sein. Die Aufteilung des Kontingents ist nach einer Schablone erfolgt, und ich möchte den leisen Verdacht nicht von der Hand weisen, daß hiebei auch politische Hintergründe eine Rolle gespielt haben. (Widerspruch bei der ÖVP.) Man hat das Kontingent den Bezirken überwiesen, und die Bezirke mußten es auf die einzelnen Ortschaften aufteilen.

Ich möchte hier zum Beispiel den Bezirk Schwechat heranziehen. Dem Bezirk Schwechat wurde ein Kontingent vorgeschrieben, das ohne Rücksicht auf die Bonität der Felder, auf die Feuchtigkeitslage usw. errechnet wurde und das auf Grund der Aufteilung bei einzelnen Sorten Summen ergibt, die im krassen Widerspruch zu dem Nachbarbezirk Bruck stehen. Wir müssen zum Beispiel in unserem Bezirk pro Hektar 6000 kg Kartoffeln aufbringen, der Bezirk Bruck nur 3000 kg. Nun gibt es da Gemeinden, die ganz eng aneinander grenzen. Ich nehme nur die Gemeinden Klein-Neusiedl und Enzersdorf an der Fischa. Klein-Neusiedl liegt im Bezirk Schwechat, Enzersdorf im Bezirk Bruck. Die Felder der Landwirte von Enzersdorf liegen zum Teil in Klein-Neusiedl und umgekehrt.

Die Landwirte von Klein-Neusiedl müssen 6000 kg pro Hektar abliefern, die von Enzersdorf nur 3000 kg. Man sieht, daß die Aufteilung des Kontingents nicht auf Grund der Bodenbeschaffenheit, nicht auf Grund der Bonität der Felder, sondern auf Grund irgendwelcher Anschauungen durchgeführt wurde. Uns wurde mitgeteilt, daß bei der Aufteilung des Kontingents der Herr Landeshauptmann Reither erklärt hat: Die Randbezirke haben voriges Jahr sehr brav abgeliefert, denen können wir heuer ein größeres Kontingent vorschreiben. Ich glaube, das ist bestimmt kein Vorgehen. (Abg. Rupp: Wollen Sie uns das auch dann bestätigen, wenn ich den Herrn Landeshauptmann frage?) Das wurde mir, Herr Kollege Rupp, von dieser Seite mitgeteilt. Aber Sie wissen ja selber, daß die Aufteilung nicht gerecht durchgeführt wurde. (Abg. Rupp: Ich werde Ihnen schon antworten!) Ich weiß, daß Sie mir antworten werden. Das spielt auch gar keine Rolle. (Andauernde Zwischenrufe.) Wir haben bei der Aufteilung des Kontingents auf jeden Fall das Verlangen gestellt, daß es so aufgeteilt werde, daß in jedem Bezirk das Kontingent auch wirklich aufgebracht werden kann, wie das auch der Herr Landwirtschaftsminister erklärt hat.

Ich glaube, wenn einerseits ein Fachmann erklärt, daß das Kontingent aufgebracht werden kann, wenn wir andererseits aber aus den vorhergehenden Ausführungen gesehen haben, daß bis heute nur 50 Prozent des Kontingents aufgebracht wurden, so muß die Ursache dafür irgendwo liegen. Auf der einen Seite der Fachmann, der bestätigt, daß das Kontingent aufgebracht werden kann, und auf der anderen Seite die fehlende Quote. Der Grund liegt in der Ablieferungsunlust. Das, meine Damen und Herren, ist der Fall. Ein Teil der Landwirtschaft ist sich ihrer Pflicht der städtischen Bevölkerung und der Arbeiterschaft gegenüber nicht bewußt. Sie führen heute wieder Klage darüber, daß wir fliegende Kontrollen durchführen, die bei ihren Revisionen große Mengen von landwirtschaftlichen Produkten feststellen, welche in irgendeiner Form in die unterirdischen Kanäle gelangen sollen.

Gerade Sie, Herr Abg. Rupp, haben mich im vorigen Jahr angegriffen, weil ich bei der Ablieferung mit einer gewissen Schärfe vorgegangen bin. (Zwischenrufe des Abg. Rupp.) Ich sage Ihnen heute, daß ich auch heuer wieder mit einer gewissen Schärfe vorgehen werde. Ich lasse mich auf diesem Weg nicht irre machen, denn die arbeitende Bevölkerung dieses Landes muß leben können. Damit sie ihrer Arbeit nachgehen kann, muß sie etwas zu essen haben.

Gestern hat ein Herr aus Ihren Reihen, der Herr Abg. Hans, erklärt, daß die Produktion der Arbeiter zurückbleibt. Er hat die Arbeiterschaft in heftiger Weise angegriffen, obwohl sie unter den schwersten Bedingungen arbeitet. Es gibt in unserem Lande eine Gruppe von Menschen, die zum Beispiel auch in bezug auf die Ernährung besser lebt als die Arbeiter, aber auch ihre Produktion ist bei weitem zurückgeblieben.

Im Jahre 1937 betrug die Produktion an Weizen 4.000.000 q, im Jahre 1946 2.330.000 q; an Roggen 4.766.000, im Jahre 1946 2.510.000 q; an Gerste 2.881.000, im Jahre 1946 1.060.000 q; an Hafer 4.748.000, im Jahre 1946 1.870.000 q; an Mais 2.063.000, im Jahre 1946 960.000 q. Die Produktion sämtlicher Körnerfrüchte im Jahre 1937 betrug 18.461.000 q, im Jahre 1946 8.730.000 q. (Abg. Rupp: Dazwischen war aber ein kleiner Krieg!) Die Zahlen zeigen, daß die landwirtschaftliche Produktion 1945/46 gegenüber 1937 um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist!

Sie, meine Damen und Herren, machen dem Arbeiter Vorwürfe, daß die Produktion zurückgegangen ist. Auf Ihrer Seite ist sie bedeutend weiter zurückgegangen! (Zwischenrufe.) Wir kennen auch die Ursachen dafür, aber Sie haben bei der Arbeiterschaft die Ursachen nicht angeführt. Sie kehren nur immer Ihre Ursachen hervor. Sie müssen auch die Ursachen auf der anderen Seite kennen. (Erneute Zwischenrufe.)

Ich habe vorhin erwähnt, daß jetzt in bezug auf die Ablieferung schärfere Maßnahmen durchgeführt werden. Sie wird jetzt so gehandhabt, daß sämtliche Selbstversorger, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen, keine Bewilligung zur Hausschlachtung erhalten. Der Weg zur Klagemauer beginnt. (Abg. Rupp: Dazu haben Sie gar kein Recht!) Er beginnt auf der rechten Seite, wechselt aber sogar auch auf die linke Seite hinüber. Auch von der Seite der Kommunistischen Partei wird ebenso wie von der Seite der ÖVP interveniert, wenn man ablieferungsunwilligen Landwirten die Schlachtgenehmigung nicht erteilt. (Lebhafte Zwischen- und Gegenrufe.) Wir Sozialisten wissen, daß gewisse Maßnahmen nicht populär machen, aber wenn sie für die Bevölkerung notwendig sind, stehen wir zu diesen Maßnahmen. Sie machen es nicht! (Zwischenrufe.)

Die fliegenden Revisionen haben Erfolg. Dafür habe ich hier einige Beispiele. In der Ortschaft Wienerherberg — verehrter Herr Kollege Rupp, Sie kennen sie — hat der Ortsvorsteher erklärt, daß die Landwirte keine Schweine liefern können. Auf

Grund des Verbotes der Hausschlachtungen wurden gestern von der Ortsgemeinde Wienerherberg sofort elf Stück Schweine im Gewicht von 946 kg abgeliefert. Die Ortsgemeinde Rauchenwarth hat ebenfalls erklärt, sie könne nicht abliefern. Auf Grund des Verbotes der Hausschlachtung wurden gestern 24 Schweine im Gewicht von 2425 kg abgeliefert. (Ruf: Der Bürgermeister von Rauchenwarth...) Der Bürgermeister von Rauchenwarth ist ein tadelloser Mensch, dessen können Sie versichert sein, wenn er auch unserer Partei angehört!

Wir haben Revisionen durchführen lassen, die folgendes ergaben: In der Gemeinde Klein-Neusiedl wurden 7 Jungschweine, 2 Zuchtschweine und 3 Mastschweine verheimlicht, in Himberg 16 Jungschweine, 2 Zuchtschweine und 5 Mastschweine, in Pellendorf 4 Jungschweine und 2 Mastschweine, in Moosbrunn 5 Jungschweine und 9 Mastschweine, in Mannswörth 7 Jungschweine, 7 Zuchtschweine und 11 Mastschweine, in Rauchenwarth 63 Schweine, in Velm 31 Ferkel, 13 Jungschweine, 4 Zuchtschweine und 14 Mastschweine.

Verehrter Herr Kollege Rupp! Unser Bürgermeister kann für die Verheimlichung durch die Landwirte nichts, aber er hat dafür gesorgt, daß diese Schweine jetzt zur Ablieferung kommen! (Lebhafte Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß Ihnen die Sache sehr unangenehm ist, aber ich stehe als Praktiker da draußen und ich sehe die Dinge, wie sie sind. Wenn Sie wirklich wollen, daß die Ablieferung ordnungsgemäß durchgeführt wird, daß die Landwirte nicht mit einer solchen Schärfe angefaßt werden, warum gehen Sie nicht auf die Planwirtschaft in der Landwirtschaft ein? Machen Sie Planwirtschaft! Sagen Sie den Landwirten schon im Herbst, was sie auf Grund des Hektarertrages nach der Ernte abliefern müssen, dann werden Sie gleich eine Erleichterung haben!

Sie wissen ganz genau, daß auf den 16 großen Meierhöfen meines Bezirkes heuer nur ein kleiner Teil Getreide angebaut wurde; die großen Flächen wurden mit Kürbis bebaut. Österreichs arbeitende Bevölkerung verzichtet auf Kürbisse. Sie wird sie vielleicht zu sich nehmen, wenn sie veredelt sind. Aber wir wissen schon, warum heute Güter und Landwirte so viele Kürbisse anbauen: weil sie weniger Arbeit bedürfen, weil sie nicht bewirtschaftet sind und weil sie einen viel größeren Ertrag bringen. (Zwischenrufe.) Ich wiederhole nochmals: Machen Sie die Planwirtschaft in der Landwirtschaft und Sie werden sehen, daß sich die Dinge leichter gestalten!

Wir haben gar keine Ursache, in irgendeiner Form besonders scharf vorzugehen, wir wollen nur, daß das, was produziert wird, auch tatsächlich abgeliefert wird. Wir wollen der arbeitenden Bevölkerung helfen. Für Maßnahmen, die der arbeitenden Bevölkerung das Recht einräumen, zu leben und zu essen, treten wir jederzeit ein. (Beifall bei den Parteigenossen.) Sie wissen ganz genau, daß nur eine Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit die wirtschaftliche Lage des Volkes in Stadt und Land sichern wird. Das halten Sie sich vor Augen!

Und nun eine kleine Bemerkung. Der Herr Abg. Ing. Raab hat vorige Woche anlässlich einer Sitzung erklärt, daß ich der Diktator von Schwechat bin. Was ich in Schwechat mache, mache ich für die arbeitende Bevölkerung dieses Bezirkes. Aber ich habe bei meiner Diktatur immer eines vermieden: Ich habe mir nicht den großen Diktator als Vorbild genommen, den Diktator von Niederösterreich, den Herrn Ing. Raab! (Lebhaftes Zwischenrufe. — Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Dr. Nadine Paunovic: Hohes Haus! Die Notzeit, in der wir leben, ist augenscheinlich auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft noch mehr spürbar als auf anderen Gebieten. Wenn wir immer betonen, daß wir arbeiten müssen, um aus dieser Sackgasse herauszukommen, um den Wiederaufbau unserer Heimat zu beschleunigen, dann müssen wir darauf Bedacht nehmen, daß die Menschen, die arbeiten, auch zweckentsprechend ernährt werden. Denn Arbeitsleistung, Arbeitsfähigkeit und Spannkraft des Menschen sind wesentlich mit dem Stand der Ernährung verbunden.

Soweit sind wir uns alle einig. Nur eine Gruppe von arbeitenden Menschen wird als Stiefkind behandelt: das sind die Hausfrauen und Hausgehilfinnen, obwohl gerade die Hauswirtschaft notwendig und wesentlich für unsere Volkswirtschaft ist und eigentlich eine zentrale Stelle in unserem öffentlichen Leben einnehmen sollte. Nun wurde uns bei den Budgetberatungen im Ausschuß gesagt, daß die Hausgehilfin endlich ihre Zusatzkarte bekommt. Aber die bittere Pille ist nicht ausgeblieben; aus einer kleinen Zeitungsnotiz mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß dies diesmal noch aus diesen oder jenen Gründen unmöglich ist. Die Hausfrau, die ohne Haushaltshilfe die schwersten Arbeiten auf sich nimmt und entbehren muß, weil sie von ihrer Normalverbraucherration dem Mann, den Kindern und den anderen Mitgliedern der Familie noch etwas abgibt, ist überhaupt ein Stiefkind.

Man wertet die Hauswirtschaft nicht richtig, und ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß, wenn in der Hauswirtschaft

hauptsächlich Männer arbeiten würden, diese gerechter behandelt würden. Deshalb können wir diese Ungerechtigkeit nicht unwidersprochen hinnehmen und stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Hausgehilfin und die Hausfrau, die ohne Haushaltshilfe ihre Arbeiten verrichtet, mit einer Zusatzkarte bedacht werden muß. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Man wird uns sagen, es ist eben so knapp und man könne nicht anders. Aber da muß ich Ihnen sagen: Gleiches Recht und auch gleiche Opfer für alle! (Zustimmung.) Was würden irgend welche arbeitenden Menschen in unserem Staate sagen, wenn man ihnen vorhielte: Ihr müßt weitere Opfer bringen! Sie würden mit Recht einen wilden Aufschrei ausstoßen. Nur die Hausfrau, die immer still ihre Pflicht erfüllt, Opfer bringt und eigentlich nur dazu da ist, um ausgenützt zu werden, wird vergessen.

Auch die Zuteilungen für die Klein- und Kleinstkinder und die alten Leute lassen viel zu wünschen übrig. Es wäre gut, wenn gerade auf diesem Sektor der Ernährungswirtschaft die Frauen eingeschaltet und eingebaut würden, denn wir Frauen wollen nicht aus einer oberflächlichen Geltungssucht überall geschäftig mitreden, sondern dort, wo wir unsere schöpferischen Kräfte in den Dienst unseres Volkes stellen können! (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Krisch: Hohes Haus! Bei dem vorliegenden Kapitel Volksernährung erscheint es mir notwendig, eine Frage der Ernährung besonders zu erwähnen, die mit der Qualität unseres Brotes und unseres Mehles, also mit unseren allerwichtigsten Lebensmitteln in Zusammenhang steht. Auf Grund der derzeitigen Vorschriften über die Ausmahlung von Brotgetreide müssen Weizen und Roggen bis zu einem Ausmaß von 95 Prozent ausgemahlen und zu Mehl verarbeitet werden.

Die hohe Ausmahlungsquote von 95 Prozent ist höher als in der schlechtesten Zeit während der Nachkriegsjahre des ersten Weltkrieges. Sie bringt es mit sich, daß die Qualität des Brotes sehr schlecht ist. Wenn wir uns in der übrigen Welt umsehen, können wir feststellen, daß eine so hohe Ausmahlungsquote außer in Österreich nur noch in Südafrika besteht. Wir verstehen ohne weiteres, daß wir in der Frage der Brotqualität noch lange nicht zu jenen Zuständen zurückkehren können, wie sie vor dem zweiten Weltkrieg bestanden haben. Wir sind so einsichtsvoll, festzustellen, daß ein derartiges Begehren unerfüllt bleiben müßte, wenn es auch gestellt würde.

Was wir aber glauben, mit vollem Recht verlangen zu können, ist, daß der Bevölkerung durch eine Verringerung der Ausmahlungs-

quote um mindestens 5 Prozent — als durch eine Herabsetzung der Ausmahlungsquote von 95 auf 90 Prozent — doch eine etwas bessere Brotqualität gegeben werden könnte. Die überhöhte Ausmahlungsquote von 95 Prozent wird in den Mühlen in den allermeisten Fällen nur dadurch erreicht, daß die Müller und die sonst in der Mühle Beschäftigten dem erzeugten Mehl Mahlerzeugnisse beimischen müssen, die für die menschliche Ernährung vollkommen ungeeignet, ja sogar gesundheitsschädlich sind.

Ist das zu 95 Prozent ausgemahlene Getreide schon im allgemeinen gesundheitsstörend, so erst recht für jenen Teil der Bevölkerung, der dieses schlechte Brot infolge hohen Alters nicht mehr verdauern kann und daher gesundheitlichen Schaden nimmt. Dieser unmögliche Zustand erheischt eine dringende und eheste Verbesserung der Brot- und Mehlqualität, die — wie gesagt — nur dadurch erreicht werden kann, daß die Ausmahlungsquote von 95 Prozent herabgesetzt wird.

Daß die durch die überhöhte Ausmahlungsquote dem Mehl beigemischten Mahlerzeugnisse der Verfütterung entzogen werden, soll nicht unerwähnt bleiben. Würde die Brotqualität verbessert werden, dann könnten der Landwirtschaft um 5 Prozent mehr Futtermittel zur Verfügung gestellt werden und diese Futtermittel würden wieder zur Verbesserung der Milchwirtschaft verwendet werden können, sofern die Landwirte die daraus erzeugte Milch auch wirklich zur Ablieferung bringen. Die Bevölkerung brauchte also nicht mehr Mahlerzeugnisse essen, die für die menschliche Ernährung nicht bekömmlich sind, sich aber für die Verfütterung an Tiere sehr gut eignen.

Das Bundesministerium für Volksernährung wird gegen diese mehr als berechtigte Forderung vielleicht deshalb Einspruch erheben, weil sich durch die Herabsetzung der Ausmahlungsquote ein mengenmäßiger Ausfall bei dem für das Brot benötigten Mehl in der Höhe von 5 Prozent ergeben könnte. In dieser Hinsicht stehen wir Sozialisten auf dem Standpunkt, daß eine Verbesserung der Qualität des Brotes durch eine geringe Verminderung der Quantität erzielt werden könnte, daß aber garantiert werden müßte, daß es auch tatsächlich bei einer solchen geringen Quantitätsverminderung bleibt.

Aus diesen angeführten Gründen richten wir als sozialistische Fraktion des Hauses an den Herrn Bundesminister die dringende Bitte, der Angelegenheit der Verbesserung der Qualität des Brotes vom Standpunkt der Gesundheit der Bevölkerung aus sein ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden und ehebaldigst die Verbesserung der Brotqualität durchführen zu wollen.

Die seit dem Wiederezusammentritt des Hohen Hauses, seit Dezember 1945, erhobene Forderung, wonach die in privaten Haushalten beschäftigten Hausgehilfinnen höhere Rationen in Form der Angestelltenkarte erhalten sollen, ist ja bereits der Verwirklichung zugeführt. Wir danken dem Herrn Bundesminister für Volksernährung für seine Tatkraft, die die Erfüllung dieses unseres sozialistischen Antrages gebracht hat, wodurch die Hausgehilfinnen die Angestelltenkarte bekommen.

Wir erinnern gleichzeitig aber auch daran, daß wir dieselbe Forderung im Zusammenhang mit der Forderung der Beteiligung der Hausgehilfinnen mit der Angestelltenkarte auch für die Hausfrauen gestellt haben. Auch nach der Richtung hin bitten wir den Herrn Bundesminister für Volksernährung, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß ebenso wie den Hausgehilfinnen auch den Hausfrauen die Angestelltenkarte zuerkannt werden kann.

Als Sozialistische Partei richten wir an alle jene verantwortlichen Institutionen und ihre Funktionäre, die in der Landwirtschaft tätig sind, die Forderung: Stellt der Arbeiterschaft die für die Ernährung und für die Erhaltung ihrer Gesundheit und Arbeitskraft notwendigen, auf eigenem Grund und Boden gebauten Lebensmittel zur Verfügung, wie dies im Sinne der Ablieferung notwendig ist! Die Arbeiterschaft wird es Ihnen, meine Damen und Herren, durch vermehrte Produktion jener Bedarfsgüter danken, die der Bauer dringend für seine landwirtschaftliche Produktion benötigt.

Zum Schlusse meiner Ausführungen möchte ich noch auf einen Umstand zu sprechen kommen, der vom Herrn Abg. Honner hier in diesem Hause angeführt worden ist. Er hat sich mit der Verarbeitung der Kopra beschäftigt. Es ist eine Tatsache und kann nicht bestritten werden, daß für die Verarbeitung von Kopra in Österreich die industriellen und gewerblichen Anlagen nicht in dem Maße vorhanden sind, wie wir sie im Interesse der raschen Verarbeitung dringend notwendig hätten. Es dauert lange, bis man die Kopra mit einem Schiff herangeschafft hat, es dauert lange, bis man die mit Schiff einlangenden Produkte der Verarbeitung zuführen kann. Es ist begreiflich, daß aus diesem Grunde manchmal Schwierigkeiten in der Versorgung mit Fett zu Tage treten. Wir bemühen uns aber, gerade bei den Arbeitern unseren Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß sie, wenn unmittelbar Gefahr im Verzuge ist und die Verteilung auf diesem Gebiet ins Stocken geraten würde, nicht davor zurückschrecken, im Wege von Sonntagschichten die Produkte herzustellen, die für

die Versorgung der Bevölkerung notwendig sind.

Das glaube ich, verpflichtet zu sein, dem Hohen Hause zu dieser Angelegenheit noch zur Kenntnis zu bringen. Ich möchte abschließend nochmals meinen Appell an den Herrn Bundesminister für Volksernährung wiederholen, der Verbesserung der Brotqualität sein ganzes Augenmerk zuzuwenden.

Abg. **Rupp**: Hohes Haus! Ich bitte, mir nicht ungehalten zu sein, wenn ich nicht in das Schwechater Diktator-Horn blase. Ich will mich bemühen, auch dem Miniaturdiktator sachlich zu antworten. Wenn wir heute hier im Hohen Hause die Ernährungsdebatte abführen, so glaube ich, ist ein bewußter Irrweg beschritten worden, wenn man die Mängel in der Ernährung dem bösen Willen der Bauernschaft in die Schuhe schieben will.

Wenn sich der Abg. Horn so als Diktator gegeben hat, so ist mir dabei der größere Diktator Hitler in Erinnerung gekommen, der im „Völkischen Beobachter“ immer den Jahresplan erstellt und schon am 1. Jänner gewußt hat, wie hoch die Steigerung der Agrarproduktion im Großdeutschen Reich ausfallen wird. Auch sein Ton war ähnlich den Worten, die Horn gesagt hat: „Die Ablieferung muß erfüllt werden!“

Lassen Sie mich einen Rückblick halten. Bevor im Jahre 1945 die Alliierten gekommen sind, als die Lebensmittelversorgung noch nicht geregelt war, war wohl vor allem für Wien eine sehr schwere Zeit. Damals, als die gesamte Bevölkerung von Wien in Strömen hinausziehen mußte in die Gemeinden, um sich ein bißchen Nahrung zu holen, war wohl die traurigste Zeit. Als die Alliierten gemeinsam eingezogen sind und als dann im September 800 Kalorien gegeben werden konnten, wurde damit das erste Fundament zu einer geregelten Ernährungswirtschaft gelegt. Die 1200 Kalorien nachher wurden schon begrüßt, und als unser Kanzler Figl 1550 Kalorien einführte, hat ein prominenter Ernährungsfachmann gesagt: „Mit zitterndem Herzen vernehme ich die Einführung der 1550 Kalorien. Es wäre mir lieber gewesen, man hätte davon noch nicht Gebrauch gemacht.“ Es war ein leitender Mann des Ernährungsministeriums. Er wollte lieber Reserven angelegt haben. Es hat sich aber gezeigt, daß der Mut des Kanzlers und die Unterstützung seiner alliierten Freunde es ermöglichen haben, diese 1550 Kalorien einzuhalten. Gott sei Dank ist es heuer unserem Kanzler dank seines anerkannten Hinwirkens im Ausland, unterstützt von Ackerbau-minister Kraus und von Minister Sagmeister, gelungen, uns die 1700 Kalorien-Basis zu ermöglichen. Somit, glaube ich, wäre

es schon an der Zeit, daß man dieses Kapitel sachlich behandelt.

Wenn Sie vorher erwähnt haben, wieviel im Jahre 1937 produziert wurde und wieviel jetzt erzeugt wird, so gestatten Sie die Bemerkung: Da ist ein bißchen was dazwischen gewesen. Sieben Jahre Krieg! Auspowerung! Militär! (Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Auch von den Fabriken, den Erzbergwerken und den Kohlengruben wird heute nicht mehr so viel wie früher geliefert. Kein Betrieb und keine Industrie liefert das, was sie 1937 liefern konnten. Wenn ich aber das kritisieren wollte, so müßte ich in dieselbe Demagogie verfallen wie die anderen, weil ich weiß, daß sie das nicht leisten können. (Zwischenrufe und Gegenrufe.) Wenden Sie sich an eine beliebige Adresse, an wen Sie wollen. Es kann auch unser Grund und Boden nicht mehr produzieren, wenn man keine Traktoren, keine Pferde, keinen Dünger, keinen Kunstdünger und keine Arbeitskräfte hat. Und, geschätzter Herr Miniaturdiktator, kommandieren Sie einmal, daß es regnen soll! Es werden auch Sie sehen, daß, wenn es nicht regnet, die Kürbisse nicht größer werden.

Gestatten Sie vielleicht nur eines: Ich möchte Ihrem Gedächtnis etwas nachhelfen und aufzeigen, was es bei uns in Österreich schon gegeben hat. Im Jahre 1919, nach dem ersten Krieg, als es nicht so viele zerstörte Betriebe und nicht so viele unfreiwillige Spenden gab, haben wir eine Gesamtefischung an Roggen von 236.000 t gehabt. Im Jahre 1922 waren es 345.000 t. Diese Menge stieg dann auf 500.000 t, und im Jahre 1937 waren es 476.000 t. Die Gesamtaufbringung von Weizen stieg von 141.000 t auf 410.000 t, bei Gerste von 80.000 auf 288.000 t. Das ist eben, geschätzter Herr Horn, dann möglich, wenn ein Betrieb richtig geführt wird und wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Aber wenn wir uns wirklich sachlich mit unserer traurigen Ernährungslage befassen wollen, dann müssen wir sagen, daß wir leider Gottes durch den Irrsinn, mit dem in den letzten Jahren mit dem Boden in Europa gewirtschaftet wurde, vor dem Verhungern stehen, wenn uns Amerika künftighin nicht unterstützt. Denn im letzten Jahrzehnt konnte in Siebenbürgen, in der Batschka, im Banat, in Westungarn, in Südmähren usw. fruchtbarster Boden des Kontinents dank so mancher Anordnungen nicht bebaut werden. Wenn Sie sich der Mühe unterzogen hätten, die Statistikkennachzusehen, dann hätten sie konstatieren müssen, daß im Jahre 1946 in Europa allein 60 Millionen Tonnen Getreide weniger produziert wurden.

Vergessen Sie auch nicht, wenn Sie kritisieren, wie viele Schweine heute vorhanden

sind und welches geringe Gewicht sie haben. Haben Sie sich auch schon der Mühe unterzogen nachzurechnen, um wie viel mehr als 10.000 t Futtermittel wir in den Jahren 1932 bis 1937 pro Jahr eingeführt haben? Vonschönen Sprücheln und vom Schimpfen auf die Bauern werden die Schweine nicht fetter, geschätzter Herr Horn; nehmen Sie das zur Kenntnis!

Es ist nur traurig, daß eben Europa für die Versorgung so stark ausfällt. Wie unser Herr Minister Kraus, der zur Erstellung des Aufbringungsplanes nach Genf gefahren war, erfahren mußte, sind leider Gottes die Anforderungen an die paar Staaten, die einen Überschuß haben, zu groß; nicht zuletzt deswegen, weil seit 1939 auf der ganzen Welt nicht weniger als 20 Millionen Menschen mehr leben. Ich glaube, unsere Aufgabe müßte es sein, durchsetzen zu helfen, daß, so wie der österreichische Bauer alles bebaut, auch sonst nirgends Grund und Boden un bebaut bleibt. Und wenn Sie sich ein bißchen aus Ihrer Kanzlei in Schwechat hinausbemühen, werden Sie sehen, daß es draußen keinen Achtstundentag gibt, daß sich unsere Bauern vielmehr Tag und Nacht hindurch schinden und rackern. Appellieren wir daher an die Welt, daß endlich einmal auch in Europa die Voraussetzung geschaffen wird, daß dieser Grund und Boden wirklich von Bauern wieder bearbeitet werden kann! Dann werden wir auch hier in Österreich eine viel leichtere Aufbauarbeit haben.

Wenn sich die geschätzte Vorrednerin, Frau Kollegin Krones, bemüht hat, die Schuld der schlechten Ernährungslage künstlich auf die Schultern der Bauern zu überwälzen, möchte ich sie nur — schon im Interesse Österreichs — ersuchen, objektiv zu sein. Es geht nicht an, daß Sie sagen, wir haben heute 1.700.000 Schweine, und als Vergleichsgrundlage nehmen Sie den Schweinebestand von 1945 her. Geschätzte Frau Kollegin, ist Ihnen nicht bekannt, daß ein Hitler in seiner planlosen Landwirtschaft sieben Jahre den Schweinemord gepredigt und bei uns, um die Fettlücke zu schließen, den Ölfruchtanbau propagiert hat, der dann ein totales Fiasko geworden ist? Bedenken Sie, daß wir im Jahre 1938 nicht weniger als 2.868.000 Schweine hatten! Es muß Ihnen doch bekannt sein, daß durch die kriegerischen Ereignisse in Niederösterreich, Wien und dem Burgenland die Schweine nicht mehr geworden sind, sondern sehr viele als „Spenden“ abgegangen sind. (Abg. Hilde Krones: Das ist das Ergebnis der Schweinezählung vom November 1947!) Bitte, wieviel sind es? (Abg. Krones: 1.700.000!) Das sind die 1.700.000. Sie haben aber als Grundlage die Vergleichsziffer des Jahres 1945 mit einer Million genommen, damit Sie sagen können, um wieviel wir mehr haben. Bitte, bemühen

Sie sich nicht, das zu tun, denn das war kein Normalzustand. Der Normalzustand war im Jahre 1938 mit 2.868.000 Schweinen. Das will ich nur kurz erwähnt haben.

Nun zur heurigen Ernte. Wir haben eine Kontingentierungspflicht übernommen. Bei der Kontingentierungsbesprechung aber war eine normale mittlere Ernte die selbstverständliche Voraussetzung, und man ist darüber übereingekommen, daß bei schlechten Ernten natürlich Ausnahmen gemacht werden können. Gestatten Sie, daß ich Ihnen hier vielleicht einige Tatsachen aufzähle.

Wir haben gewöhnlich am 1. März mit dem Anbau begonnen und wir haben im März sonst nie einen Frosttag gehabt. Im Jahre 1947 aber haben wir 16 Frosttage im März gezählt und daher im März noch nicht bauen können, sondern erst ab 1. April. Fragen Sie einen Fachmann, was es heißt, wenn die Vegetationsperiode im Frühjahr um einen Monat zu kurz ist!

Wir haben in meinem Gebiet, im Bezirk Gänserndorf, Marchfeld, Brucker Boden usw., dem ausschlaggebenden Getreidegebiet Österreichs, in den letzten drei Jahren infolge des pannonischen Klimas eine katastrophale Dürre gehabt. Die durchschnittliche Niederschlagsmenge, die im Jahre 1943 280 mm betrug, hat im heurigen Jahr nur ganze 81 mm ausgemacht. Ich habe den Herrn Minister Altman nicht dafür verantwortlich gemacht, er hat nur Pech gehabt, denn als er weggegangen ist, hat es zu regnen angefangen. (Heiterkeit.) So hatte er die Ausrede, daß kein Strom da sein konnte. Ich mache auch den Herrn Minister Übeleis nicht dafür verantwortlich, daß er ohne Kohlen die Eisenbahn nicht fahren lassen kann. Aber wenn irgend jemand die Landwirtschaft kritisiert, so müssen Sie wissen, was es heißt, bei zu wenig Arbeitskräften, ohne Traktoren und bei einem solchen Klima.... (Abg. Hilde Krones: Der Kanzler hat noch im Herbst erklärt, er steht zur Kontingentierung! — Andauernde Zwischenrufe.) Das ist richtig, daß er im Herbst erklärt hat, daß er sie nach Möglichkeit hereinbringen wird. Ich möchte Ihnen aber nur eine Gemeinde, die unter einem SPÖ-Bürgermeister steht, hier anführen, nämlich die Gemeinde Deutsch-Altenburg. Ihr waren als Kontingent 46 Waggon Brotgetreide vorgeschrieben. Unter schärfster Kontrolle von Ihrer Seite sind aber nur 22 Waggon gewachsen. Da soll nun jemand hergehen und zeigen, wie das Kunststück zu machen ist, aus einem 50 kg-Sack 100 kg Mehl herauszuwägen. Ich werde Ihnen noch Beispiele aus anderen Gebieten bringen.

Bei den Kartoffeln ist es noch ärger. Es ist ein großes Glück, daß die Wiener ihre Schrebergärten haben. Auch wir draußen in den Gemeinden haben getrachtet, daß jeder ein

Stückchen Grund für seine Kartoffeln hat. Sie haben in den Artikeln in der „Volksstimme“ und in der „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben, der Bauer sei ein Saboteur der Ablieferung. Jeder Arbeiter wußte aber dank seiner Erfahrung in seinem Garten, daß die Dürre die schlechte Ernte verursachte. Damit ich Ihnen aber eine gute Adresse gebe, will ich Ihnen das Gut Gutzenhofen nennen, das der Gemeinde Wien unterstellt ist. Es hat auf 12 ha nur 400 Meterzentner geerntet. Gehen Sie zu dem Verwalter und sagen Sie ihm, er soll mehr liefern!

Wer sich die Mühe gemacht hat, nach Ebreichsdorf bei Wien oder ins Burgenland zu fahren, weiß, was für eine Getreide- und Kartoffelernte wir heuer gehabt haben, und jedem, der, als unser Herr Minister Kraus nach Genf gefahren ist und dort erklärt hat, daß diese 240.000 t nicht aufzubringen sind, dies bestritten hat, kann gezeigt werden, daß er eine Unwahrheit gesagt hat, wenn er behauptet, daß die Bauern nicht liefern wollten.

Diese Herrschaften und all diese Blätter aber haben mit diesen Behauptungen den Konsumenten keinen guten Dienst erwiesen. Ich möchte Ihnen kurz ein paar Ziffern nennen. Im Jahre 1938 wurden an Kunstdünger 72.160 t, im Jahre 1946 dagegen viel weniger, nämlich 8640 t aufgebracht. Es sind hier gewisse Kreise, die das nicht verstehen wollen, die den Bauern ihren verdienten Lohn vorzuenthalten, weil sie den berechtigten Ansprüchen nicht zustimmen.

Es war für uns Bauern gewiß nicht ermutigend, daß wir, als wir in die Ernte gegangen sind, noch keinen gerechten Getreidepreis festsetzen konnten. Sie können doch nicht behaupten wollen, daß für einen Liter Milch 50 g oder für einen Meterzentner Frucht 52 S genügend sind. Betrachten Sie die Verhältnisse in Amerika. Für 110 q Weizen kann ein Bauer einen Traktor haben. Bei uns bekommt er ihn nicht einmal für sieben Waggon Getreide. Ich bitte, das sind doch Mißverhältnisse, und ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht verabsäumen, den Herrn Ernährungsminister zu ersuchen, hier sehr bald etwas nachzuholen. Gott sei Dank haben wir heute 1700 Kalorien erreicht, aber es ist auch Zeit, daß der Bauer statt 11 kg wieder 15 kg Brotgetreide zur Vermahlung bekommt.

Nun möchte ich zum Abschluß, nachdem uns so manches vorgehalten wurde, erwähnen, daß die Bauern bis 1. Dezember 1947 im Verhältnis zum vergangenen Jahr trotz großem Mangel an Treibstoff, Arbeitskräften, Maschinen, Kunstdünger usw. um 24.858 t mehr Brotgetreide geliefert haben als 1946. Ich glaube, unsere Bauernschaft hat dadurch bewiesen, daß sie unermüdlich jeden Quadratmeter Boden bearbeitet hat, und wir hoffen,

daß diese Leistung bald bei der Preisbildung eingesehen wird. Wir werden das möglichste leisten, das für eine bessere Ernährung der Stadtbevölkerung getan werden kann! (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Gierlinger: Hohes Haus! Das Kapitel Volksernährung ist auch eine Folge des Krieges. Niemand hat daran eine große Freude, vom Minister angefangen bis herunter zum letzten Mann eines Aufbringungsausschusses. Die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist schwer. Wir müssen Wege gehen, die sonst nicht gebräuchlich sind. Zwang auf der einen, gutes Zureden auf der anderen Seite.

Im Vorjahr, als wir die Verlängerung der Aufbringungs- und Ernährungsgesetze auf der Tagesordnung des Ernährungsausschusses hatten, haben wir uns auch schon darüber unterhalten, wie der Übergang in die freie Wirtschaft am besten gemacht werden soll, und wir haben damals die Kontingentierung als das beste Mittel gefunden. Man soll dem Bauern wieder Freude an seiner Arbeit, an seinem Schaffen geben.

Wenn wir nun die Ernährungsfrage im besonderen ins Kalkül ziehen, so sind es zwei Dinge, bei denen wir ansetzen müssen: Wir müssen trachten, daß die Inlandsproduktion gefördert wird, und wir müssen trachten, daß die Einfuhr erleichtert und erweitert wird.

Zur Produktionsförderung: Beim Kapitel Landwirtschaft wurden ja schon die verschiedenen Schwierigkeiten aufgezählt, und auch jetzt haben die Herren Vorredner schon darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten sich der Produktionsförderung entgegenstellen. Ich möchte nur einige Punkte herausheben. Vor allem ist es der Arbeitermangel, der so schwer ins Gewicht fällt. Wenn wir in den einzelnen Aufbringungsausschüssen, sei es im Bezirk oder in den Gemeinden, die einzelnen Produzenten durchgehen, so zeigt sich immer, wenn das Ablieferungssoll nicht erreicht wird, als eine der schwersten Sorgen, daß der Betreffende nicht über die entsprechenden Arbeiter verfügt. Wenn wir die besten Leistungen prüfen, so finden wir eben auch da die Bestätigung, daß es immer die kinderreichen Familien sind, welche, da sie wenige oder gar keine Dienstboten brauchen, die Produktion voll erfüllen, ihr Kontingent voll abliefern, ja sogar sehr oft noch ein Überkontingent liefern.

Ich nehme nur zum Beispiel meine eigene Gemeinde her, wo ich das Glück habe, Bürgermeister zu sein. Wenn ich da nur die fünf bis sieben kinderreichen Bauern betrachte, die in dieser glücklichen Lage sind, so sehe ich, daß sie nicht nur das Kontingent erfüllen;

fünf Bauern, denen zum Beispiel die Ablieferung von 28.813 kg Roggen vorgeschrieben wurde, haben darüber hinaus noch ein Überkontingent von 6000 kg geliefert. Auch das ist ein Beweis meiner Behauptung.

Und so geht es weiter. Besonders bei den Kartoffeln und bei der Milch tritt das zutage. Bei diesen zwei Produkten kann man wohl auch leicht den Grund finden. Die Kartoffel bedarf während der ganzen Vegetationsdauer einer ganz besonderen Sorgfalt. Besonders im heurigen Jahr, wo wir im Frühsommer doch noch einigen Regen hatten, kam es darauf an, ob dieses Moment ausgenützt wurde, um die Kartoffelfelder zu bearbeiten; schon damals haben sich große Unterschiede ergeben. Wer da seine Leute dazu bringen konnte, ohne Arbeitsbeschränkung bis in die Nacht hinein zu arbeiten, der hatte dann bei der Ernte den vollen Erfolg. In diesen Wirtschaften konnte sich die Trockenheit nicht in so starkem Ausmaße auswirken. Auch bei der Milchleistung können wir konstatieren, daß die kinderreichen Betriebe besser geführt werden können, weil dort eine sorgsame Fütterung und eine genaue Einhaltung der Fütterungszeiten gegeben ist; daher sind auch die Milchleistungen dementsprechend hoch.

Ich will nicht weiter mit Zahlen dienen, aber ich möchte doch betonen, daß wir bei verschiedenen karitativen Sammlungen und bei den Kinderaktionen „Wiener Kinder aufs Land“ dort stets offene Türen gefunden haben. Daher müssen wir auch an die kinderreichen Familien denken, und ich möchte hier nur unterstreichen, was gestern schon mein Kollege Fink besonders zu berichten wußte. Es ist ein unbedingtes Gebot des Dankes und unsere Pflicht, daß wir für die kinderreichen Familien sorgen, für die, die ansonsten keiner sozialen Fürsorge teilhaftig sind.

Wenn wir den Landarbeitermangel bekämpfen wollen, so sind es, wie ich schon bei anderer Gelegenheit darauf hingewiesen habe, nicht Lohn, Urlaub und Vergnügungen, die den Landarbeiter draußen beim Bauern halten. Wir müssen in ihm auch wieder einen gewissen Idealismus fördern. Daß dieser Gedanke auch seine Früchte bringt, haben wir in meinem Bezirk erlebt. Der Bezirksschulinspektor hat bei einer Lehrerkonferenz seine Kollegen auf dieses Kapitel aufmerksam gemacht. Der Erfolg der eingeleiteten Berufsberatung hat im heurigen Übergangsjahr dort das schöne Bild gezeigt, daß 70 Prozent der Schulentlassenen wieder der Landarbeit zugeführt werden konnten.

Ich möchte nur noch auf einige Umstände verweisen, die vielfach die Ablieferung erschweren. Mit bestem Willen ist es oft nicht

möglich, der Aufbringung gerecht zu werden, weil es verschiedene Hemmnisse verhindern, so zum Beispiel gerade in der jetzigen Zeit der Mangel an Benzin, wodurch der Drusch nicht durchgeführt werden kann. Es gibt immerhin auch in meinem Bezirk noch Bauern, die nicht gedroschen haben, weil eine andere Möglichkeit des Drusches nicht besteht. Ein weiteres Hindernis macht sich zum Beispiel auch bei der Ablieferung der Produkte, insbesondere der Kartoffeln, bemerkbar. Wiederholt schon sind die Aufbringungsausschüsse an die Körperschaften herangetreten, dafür Sorge zu tragen, daß das Beförderungsmittel, sei es nun Bahn oder Lastauto, zur Zeit der Kartoffelernte bereit sein muß. Denn wenn die Kartoffeln in den Keller gebracht werden müssen, so wird bestimmt nicht der Erfolg garantiert werden können wie in dem Fall, wenn man sie gleich vom Feld weg schon dorthin bringen kann, wohin sie gebracht werden müssen. Es ist daher auch heute schon der Appell an die maßgebenden Faktoren zu richten, daß sie im nächsten Jahr dafür Sorge treffen sollten; heuer haben wir das Glück gehabt, daß der Frost später einsetzte und die Arbeit vorher geleistet werden konnte. Im Vorjahr aber — das müssen wir schon konstatieren — waren es keine kleinen Mengen, die bei diesem Transport zugrunde gingen. Sie sind für die menschliche Ernährung verloren gegangen, weil man sie dann einer anderen Verwendung zuführen mußte.

In der Produktionsförderung hemmt uns besonders die Tatsache, daß man den Bauern immer wieder nur als denjenigen hinstellt, der seine Pflichten nicht erfüllt, daß man immer nur über ihn herfällt und schimpft und das noch dazu verallgemeinert. Nur mit wenigen Worten findet man vielleicht eine Ausnahme für die, die der Lieferungspflicht nachkommen, obwohl es weit über 50 Prozent sind. Es bedeutet keinen Ansporn für den Lieferwillen, wenn der Bauer sieht, daß sowieso alles umsonst ist, daß sich über ihn sowieso immer wieder das Geschimpfe ergießt.

Was ein solcher Bauer draußen an einem Tag mitzumachen hat, möchte ich Ihnen nur kurz mitteilen. Zuerst kommt der Hamsterer; der schimpft über die Bauern, wenn er nichts kriegt, daß sie herzlos sind, aber derjenige, der seine Pflicht erfüllt, muß ihn leer ausgehen lassen, er kann ihm nichts geben. Besonders müssen wir hier die Geduld der Frauen bewundern. Es ist auch nicht einmal, sondern öfters vorgekommen, daß die Frauen, wenn sie die Zeitung lesen und dort finden, wie man ihre Arbeit einschätzt, auch unwillig werden und sagen: Ja, dann hören wir halt auch einmal auf. Aber gerade an der Frau liegt es, denn wenn sie am frühen Morgen oder

in der Sommerzeit in der Nacht nicht aufsteht und in den Stall geht, dann, meine sehr Geehrten, ist es um die Produktion in solchen Wirtschaften geschehen, besonders in jenen, wo Not an Dienstboten herrscht, wo man von der Früh bis spät in den Abend hinein, solange man noch sieht, an der Arbeit sein muß, wenn man seiner Aufgabe gerecht werden und eine gute Ernte haben will.

Es ist daher nicht angezeigt, wenn in der Presse und in Versammlungen immer nur die schwarzen Seiten der Bauern aufgezeigt werden und nie auch die Lichtblicke in der Produktion erwähnt werden. Ich richte daher einen Appell an die Mitglieder des Hauses wie auch an die Herren Minister, sich bei Versammlungen in ihren Äußerungen einer gewissen Vorsicht zu befleißigen, denn solche Dinge, wie sie in der letzten Zeit vorgekommen sind — zum Beispiel die Behauptung von tausend Hochzeitsgästen im Innviertel — und immer weiter geschehen, tragen nicht dazu bei, die Lieferwilligkeit und die Produktion zu fördern.

Zweitens sollen wir auch die Einfuhr vermehren. Wir haben uns bei gewissen Anlässen schon darüber unterhalten. Gerade das in der letzten Zeit beschlossene Währungsschutzgesetz soll auch dazu dienen, daß wir unsere Währung den wirtschaftlichen Verhältnissen so anpassen, daß es möglich wird, die Einfuhr in dem notwendigen Maße auszubauen.

Wir müssen insbesondere derer gedenken, die uns in den letzten Jahren unterstützt haben. Wenn wir unseren besonderen Dank an die Amerikaner aussprechen, so geschieht das nicht, weil wir uns dort Liebkind machen wollen. Es obliegt uns aber eine Dankespflicht, wenn wir sehen, daß wir in unserem Staat allein nicht in der Lage sind, das Volk zu ernähren, und wir müssen daher jenen Dank wissen, die uns unterstützen.

Leider müssen wir bedauern, daß unser Staatsvertrag noch immer auf sich warten läßt und viele Belange nicht geordnet werden konnten. Denn wir könnten damit rechnen, daß die Ernährung besser gesichert wäre, wenn wir einmal wüßten, was unser Eigentum ist. Eines dürfen wir aber nicht vergessen: Die karitative Tätigkeit hilft auch mit, über die großen Schwierigkeiten in der Ernährung hinwegzukommen. Ich verweise dabei nur auf die Tatsache, daß wir in Oberösterreich heuer allein über 10.000 Wiener Kinder zur Erholung aufgenommen haben.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich möchte den Herrn Redner damit aufmerksam machen, daß seine Redezeit bereits überschritten ist.

Abg. Gierlinger (fortsetzend): Ich werde mich kurz fassen. Es ist daher, meine sehr Verehrten, wohl auch darauf zu rechnen, daß die hiebei gebrachten Opfer schließlich und endlich auch gewürdigt werden.

Zum Schlusse kommend, möchte ich noch sagen, daß wir gewiß alles dazu beitragen werden, um die Ernährung durch unsere Produktion zu sichern. Wenn aber der Himmel nicht mittut und wir trotz unserer Bemühungen einsehen müssen, daß schließlich und endlich — wie es im Herbst ausgesehen hat — alles umsonst ist, dann, meine sehr Geehrten, geht der Bauer gesenkten Hauptes durch seine Felder und der Gesang ist draußen verstummt. Wir hatten jetzt das Glück, daß uns Regen beschert wurde. Es können aber auch später noch Mißjahre kommen, und wenn eine Regenperiode einsetzen würde, die so lange währt, wie die letzte Trockenheit, könnte es im Jahre 1948 noch schlechter sein. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Abg. Mayrhofer: Hohes Haus! Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur noch einige wenige Worte. Der Herr Abg. Honner hat auf irgendeine Weise — es kann nur im Wege eines Vertrauensbruches geschehen sein — ein Protokoll der Sitzung des Ausschusses des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes in die Hände bekommen, hat Nachforschungen angestellt und nach irgendwelchen Argumenten gesucht, die er für seine agitatorische Tätigkeit verwenden könnte. Und siehe da, er meinte eines zu finden in der Frage der Kopraeinfuhr. Ich glaube nun nach diesen Ausführungen, dem Hohen Hause als Obmann dieses Ausschusses schuldig zu sein, eine Aufklärung darüber zu geben, wie es sich damit verhält.

Die Firma Unilever in Wien hat sich, um die Fettversorgung in Österreich sicherstellen zu können, an die Unilever in London, also an ihr Stammhaus, mit dem Ersuchen gewendet, sich um Kopra umzusehen. Dem Stammhaus in London ist es gelungen, auf den Philippinen 10.000 t Kopra zu einem recht günstigen Preis mit der Bestimmung für Österreich einzukaufen. Nun bestand einerseits die Sorge der Devisenbeschaffung und andererseits die Sorge wegen des langen Transportes. Das amerikanische Element und seine Vertreter haben die Sorge wegen des Transportes etwas zu hoch eingeschätzt und meinten, man solle von diesem Vertrag Abstand nehmen. Sie haben aber dafür angeboten — das steht auch im Protokoll, Herr Abg. Honner —, daß sie das entsprechende aus diesem Quantum Kopra zu gewinnende Fett in der Form von reinem Schweineschmalz zur Verfügung stellen werden. Es ist also nicht Mangel an

20 06 70. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. -- V. G. P. — 16. Dezember 1947.

Hilfsbereitschaft seitens der Amerikaner gewesen, wie Sie es da erscheinen haben lassen, sondern die Sorge, es könnte die Kopra nicht rechtzeitig hier eintreffen, was sie veranlaßt hat, ein Gegenangebot in Form von Schweinefett zu machen.

Die Kopra hat nun tatsächlich — das sei auch in aller Öffentlichkeit gesagt — den Seeweg hinter sich und ist in Triest angekommen. Sie lagert nunmehr in Atzgersdorf, und die Verarbeitung ist im vollen Gange. In Atzgersdorf wird diese Kopra in Form eines Werklohnvertrages mit einem zur USIWA gehörenden Betrieb verarbeitet, und wir werden das so gewonnene Fett im Laufe der Monate der Zuteilung zuführen können.

Das sei zur Klarstellung in dieser Frage gesagt, auch deswegen, weil wir das amerikanische Element dadurch nicht verärgern dürfen und wollen. Wenn Sie, Herr Abg. Honner, die Protokolle des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes der Reihe nach durch-

sehen würden, so fänden Sie bei jeder Sitzung, daß für jede Versorgungsperiode nahezu die Hälfte — zirka 30 bis 50 Prozent — des benötigten und zur Ausgabe gelangenden Fettes von Amerika beigestellt wird. Das verpflichtet uns zur Dankbarkeit und nicht zu einer herausfordernden Kritik. (Beifall bei der ÖVP.)

*

Damit ist die Debatte über die Gruppe XII beendet.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Die nächste Sitzung wird für Mittwoch, den 17. Dezember, 10 Uhr vormittag, angesetzt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Spezialdebatte.

Die Sitzung wird geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 40 Minuten.